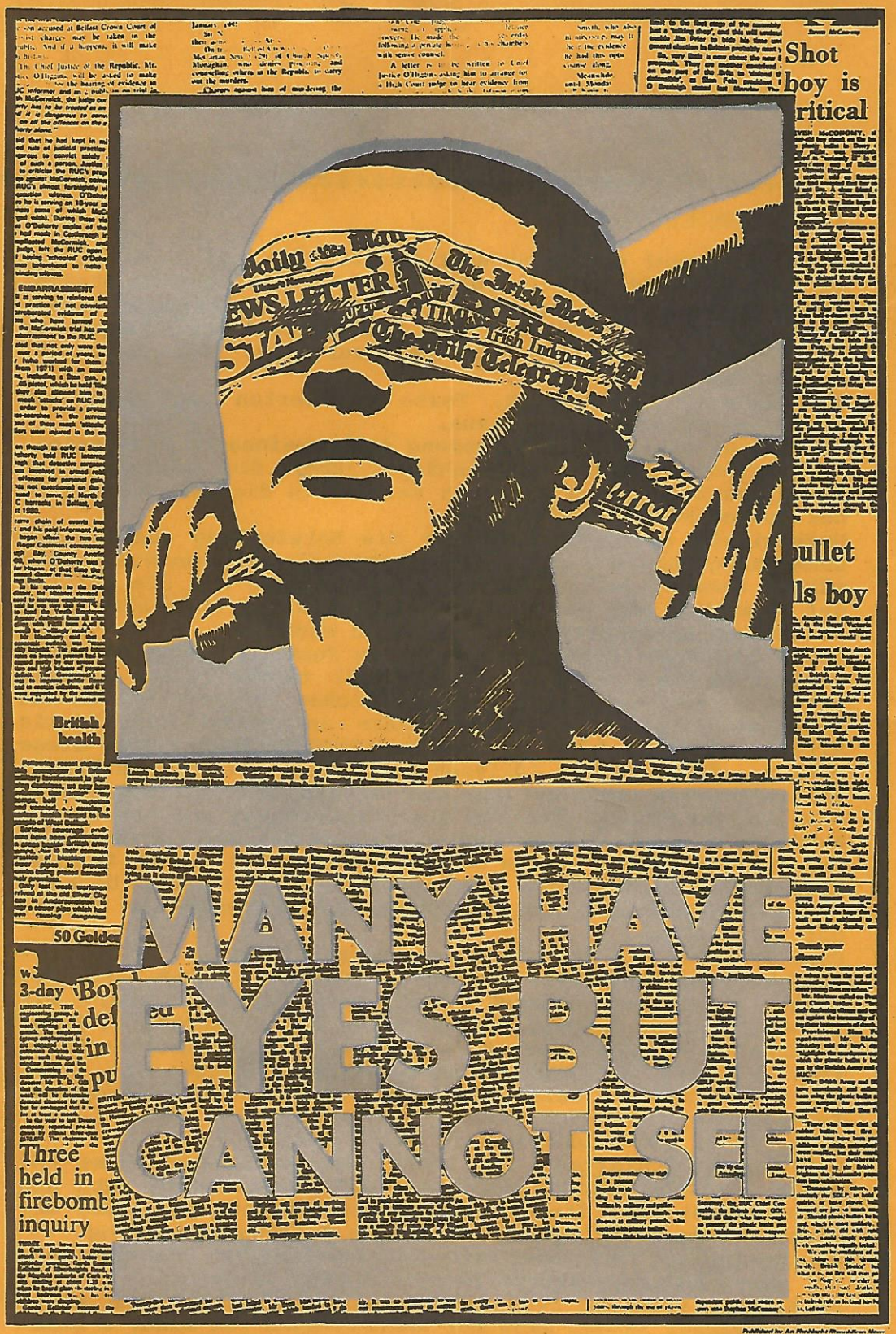
# DE KNIPSELKRANT




GUERRILLA STRIJD, SMERIS,
IMPERIALISME, FASCISME,
COUNTER INSURGENCY...

# Resistance

# DE KNIPSELKRANT

## Documents and Analysis

## the Illegal Front

**********

Zum Knipselkrant

De Knipselkrant erscheint seit August 1978, jetzt ca. 35 mal im Jahr. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch (hauptsächlich), holländisch und englisch. Themen: Bewaffneter Kampf und Widerstand in Westeuropa, Antimilitarismus, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Wir benutzen Erklärungen, Texte und werten weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus.
Unser Ziel ist die Verbreiterung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.
Unzensierte Zeitungen sind für die Entwicklung unserer Zusammenhänge enorm wichtig. International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.
Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozess mit der Praxis. Noch vor wenigen Jahren gab es Dutzende linker Zeitungen. Die Repression hat diese Zahl bis auf wenige dezimiert. Doch es ist in erster Linie keine Frage der Zahl, sondern der Stärke der Strukturen.
Dazu brauchen wir vor allem auch eure Hilfe:
schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als garnicht. Wir verstehen de Knipselkrant als Teil unserer gemeinsamen Kommunikationsstruktur. Schnelle und präzise Informationen stärken die Kraft des Widerstandes - helft uns dabei: es ist unsere gemeinsame Zeitung.
Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).
Buchläden: erhalten 30 % Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim)

**********

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

Der Hunger nach einem anderen leben -
Die Sehnsucht, die Herrschaft des Menschen über den Menschen endgültig zu beenden schafft die Solidarität, die die Gebäude ihrer Macht zum einsturz bringen wird.

Die Verschärfung der Repression - die Bullenaktionen und die Verhaftungen von Bärbel, Norbert und Thomas in Duisburg sind ein Teil davon - sehen wir nicht losgelöst von der Entwicklung des revolutionären Widerstands in der letzten Zeit. Die Herrschenden zielen einerseits auf die tatsächliche Zerschlagung des Widerstands, anderseits sollen Menschen, die Verständnis und Sympathie für unsere Politik entwickeln, abgeschreckt und die bisher gleichgültigen Menschen sollen reaktionär gegen uns mobilisiert werden.
Die Kämpfe gegen das herrschende System haben sich weiterentwickelt, beziehen sich teilweise aufeinander und wirken zusammen. In den letzten zwei Jahren hat es viele Angriffe und Aktionen gegeben:

-- der Kampf der Gefangenen aus RAF und Widerstand für ihre Zusammenlegung und die Freilassung von Günter Sonnenberg. Und darin die Vorstellung von zusammen kämpfen, drinnen und draußen, eine Front. Das drückte sich in den vielen Aktionen und Angriffen der Guerilla und dem Widerstand aus, wo aus den verschiedenen politischen Ansätzen und Gruppen ein gemeinsames Handeln möglich wurde.
-- die Kämpfe um die besetzten Häuser - für selbstbestimmte Strukturen .
-- der Kampf gegen die Atompolitik, darin die Vielzahl der Angriffe auf Strommasten und die militanten Demos.
-- die Angriffe gegen die Gen-Forschungsinstitute.
-- die Angriffe der Guerilla und dem antiimperialistischen Widerstand auf die aktuellen Projekte der westeuropäischen Formierung.
-- die Kämpfe für das freie Aufenthaltsrecht aller Flüchtlinge und Ausländer, darin die Angriffe auf die Ausländerbehörde und Polizei.

In diesen Kämpfen haben wir die Erfahrung gemacht, daß es Veränderungen die unseren Zielen und Vorstellungen entsprechen, innerhalb dieses Systems nicht geben wird. Wichtig war die Erfahrung, daß da wo wir uns zusammentun und gemeinsam kämpfen, die Maßnahmen und Pläne des Systems zu durchbrechen sind. In den ganzen Kämpfen, verstärkt im letzten Jahr, hat sich das Bewußtsein durchgesetzt, das der Widerstand gegen einzelne Projekte als gemeinsamer Kampf gegen das ganze System begriffen werden muß, daß der Aufbau einer freien Gesellschaft nur zu erreichen ist, wenn das herrschende System als Ganzes zerschlagen wird Die Entwicklung der Kämpfe hier wirkt zusammen mit den Kämpfen in anderen westeuropäischen Staaten und dem Kampf der Befreiungsbewegungen in den drei Kontinenten. Das ist der Hintergrund auf der die Reaktion der Schweine zu sehen ist, ihr Versuch auf allen Ebenen in die Offensive zu kommen, mit dem Ziel, die ganze Entwicklung der Kämpfe hier und international zurückzurollen.

Einige Beispiele für ihr Vorgehen gegen den Widerstand sind:
-- Räumung von besetzten Häusern, z.B. Köln und Hamburg, um die Orte zu zerstören, wo Leute zusammenkommen, gemeinsam leben und kämpfen.

-- das Räumen von Info-Läden, das Verbot von Zeitungen wie z.b. Radikal, s'Blättle oder L'International, wo sie die ganze Redaktion eingeknastet haben und das Verbot einer Veranstaltung in München zur Situation der politischen Gefangenen .
-- das Verbot der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen, als Versuch, die Auseinandersetzung und Entwicklung revolutionärer Politik und deren Vermittlung zu zerschlagen.
-- durch die Verabschiedung der sogenannten Sicherheitsgesetze wollen sie sich einerseits die juristische Handhabe verschaffen, jeden , der Widerstand gegen das herrschende System leistet für Jahre in den Knast zu bringen, anderseits soll jeder abgeschreckt werden, der mit revolutionärer Politik und Praxis sympathisiert.

Die ganzen Terrormaßnahmen und die Verhaftungen von Bärbel, Norbert und Thomas sind die staatliche Vergeltung für die ganze Entwicklung des Widerstands. Ansätze dieser Entwicklung gab und gibt es auch in Duisburg. Anschläge auf Banken, den Unternehmerverband, die RWE, Stadtwerke, Opel Franken, es liefen Veranstal-

## STAATSSCHUTZTERROR IN DUISBURG

**13.AUGUST 86**

Morgens durchsuchen die politischen Bullen in Kampfanzügen mehrere Wohnungen in Marxloh. Begründung: Ermittlungen wegen eines Brandanschlags auf die RWE-Beratungsstelle. Beschlagnahmt wurden kiloweise Papiere und Informationsmaterial, nach 2 Stunden ziehen die Bullen wieder ab. Nachmittags kommen sie wieder und verhaften Norbert und Bärbel.

**14.AUGUST 86**

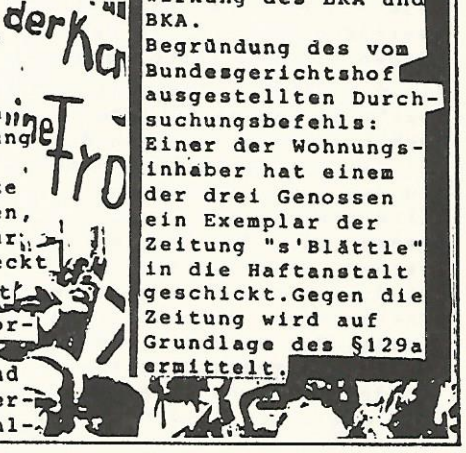
Erneut werden Wohnungen in Marxloh durchsucht. Diesmal unter Beteiligung des LKA und BKA. Bei diesen Durchsuchungen wird Thomas verhaftet.

**3o.AUGUST 86**

Durch den Einsatz von Reizstoff-Sprühgeräten entfernen die Bullen ein Transparent in Marxloh. Die Bewohner des Hauses hatten auf dem Transparent die Freilassung der 3 festgenommenen Genossen gefordert.

**15.OKTOBER 86**

Erneute Hausdurchsuchung in Marxloh. Diesmal unter Mitwirkung des LKA und BKA.
Begründung des vom Bundesgerichtshof ausgestellten Durchsuchungsbefehls: Einer der Wohnungsinhaber hat einem der drei Genossen ein Exemplar der Zeitung "s'Blättle" in die Haftanstalt geschickt.Gegen die Zeitung wird auf Grundlage des §129a ermittelt.



tungen zum Kampf der politischen Gefangenen - es gab Sprühaktionen zum antiimperialistischen Kampf. Es gab kämpferische Demos zu Nikaragua und Südafrika.

Vor diesem Hintergrund ist es uns jetzt noch mal wichtig darzustellen, was sie gegen Bärbel, Norbert und Thomas alles zusammen lügen - wie sie Sachen gegen die drei drehen, wie das Gebäude der Bundesanwaltschaft aus Lüge und Dreck konkret aussieht. Wir denken, daß es klar sein muß, daß die staatliche Repression nicht nur analysiert und diskutiert werden darf - ganz im Gegenteil - einen Keil in ihre Konstrukte zu schlagen, sie anzugreifen, auch sie öffentlich zu machen, letztendlich zu verhindern das sie damit durchkommen ist zuallererst eine politische und praktische Aufgabe für uns. Wir stellen in diesem Zusammenhang die Forderung nach Einstellung der Verfahren gegen Bärbel, Norbert und Thomas auf. Wir begründen diese Forderung aber nicht mit der "Unschuldigkeit" der Genossen. Die Unschuldigkeit wollen wir bei dennen belassen, die sich als Betrachter und Begutachter der Geschehnisse sehen. Wir stellen die Forderung auf, weil sie Front macht gegen die Strategie der Herrschenden, sich aus dem Widerstand Leute rauszusuchen und sie exemplarisch für die gesamte Entwicklung des Widerstands für Jahre im Knast verschwinden zu lassen und sie als Geiseln zu benutzen. Außerdem denken wir grundsätzlich, das kein bürgerlicher Klassenrichter das Recht hat, in einem Verfahren über uns zu richten.
DAS EINZIG GERECHTE VERFAHREN, DAS WIR UNS VORSTELLEN KÖNNEN, IST DIE REVOLUTION !

Bärbel, Norbert und Thomas wird vorgeworfen den Anschlag auf den BGS-Stützpunkt Swistalheimerzheim verübt zu haben, einen weiteren Sprengstoffanschlag vorbereitet zu haben und eine "terroristische Vereinigung" gegründet zu haben. Mittlerweile wird noch zusätzlich versucht, ihnen auch den Anschlag auf das Laserforschungsinstitut der Frauenhofer Gesellschaft in Aachen anzuhängen. Ausserdem lassen sie im Haftbefehl noch anklingen, das sich die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft auch noch darauf erstrecken, daß es sich bei den drein um "illegale Militante" - Mitglieder der RAF handeln könnte. Ihre Lügengeschichte beginnt damit, das sie behaupten, sie wären auf die drei Genossen erst gestossen, nachdem sie ihre Adressen bei der in Rüsselsheim festgenommenen Genossin Eva-Haule Frimpong, angebliches Mitglied der RAF, gefunden hätten. Außer das das natürlich Lüge war, zielte das darauf ab, den Widerstand zu verunsichern - die Guerilla sollte als verantwortungsloser Haufen dargestellt werden, deren Nähe man besser nicht sucht. Das die Adressen bei Eva-Haule gefunden worden wären, ist dann zwei Wochen nach den Verhaftungen zurückgenommen worden. Die Vorverurteilung in der Presse "RAF in Hamborn" war da bereits aber perfekt.
Der Hauptanklagepunkt, die drei hätten den Anschlag auf die BGS-Kaserne verübt, soll durch ein bei den drein gefundenes Bekennerschreiben belegt werden. Außerdem wird dadurch, daß Norbert einen VW-Bus und Thomas ein Motorrad fährt die "Tatbeteiligung weiter erhärtet", da "ein solcher Bus in den Tagen vor dem Anschlag auf den BGS-Stützpunkt in der Nähe des Tatortes beobachtet worden sei" und Zeugen bekundet haben "das ein schweres Motorrad nach der Detonation mit hoher Geschwindigkeit davonfuhr".
Zu dem Bekennerschreiben ist zu sagen, daß alle drei es nie gesehen haben, außerdem ist jedem klar, daß Bekennerschreiben verschickt werden. Was hier also als Beweis angeführt wird, ist die Auseinandersetzung anhand von Erklärungen, Zeitschriften und Broschüren. Leute, die sich mit revolutionärer Politik auseinandersetzen wollen, soll klargemacht werden, daß ein gefundenes Bekennerschreiben auf dem Schreibtisch ausreicht, um einen in den Knast zu bringen.

Die beiden Fahrzeuge von Norbert und Thomas werden von der Bundesanwaltschaft noch weiter dazu benutzt, den drein ein Ermittlungsverfahren wegen "Tatbeteiligung" an dem Anschlag gegen das Laserforschungsinstitut der Frauenhofer Gesellschaft in Aachen anzuhängen, da die BAW behauptet, sie hätten genau wie in Swistal-Heimerzheim Zeugen, die die Fahrzeuge gesehen haben wollen.

Das die Existenz dieser Zeugen eine Lüge ist, tritt Wochen später offen zutage, als das Landeskriminalamt sich durch Din-A2-Plakate in Aachen mit Fotos von Norberts Bus und genauster Beschreibung, wo und wann der Bus gesehen worden sein soll, versucht, sich diese "Zeugen" zu verschaffen. Hierdurch wird irgendwelchen speichelleckenden Denunzianten die Möglichkeit gegeben - ohne den Bus jemals gesehen zu haben - sich"genau zu erinnern" und vielleicht auch in der Hoffnung eine dicke Belohnung zu kassieren.

Zur Konstruktion der "terroristischen Vereinigung"

Norbert und Bärbel haben zusammen zwei Kinder, Thomas soll angeblich des öfteren mit Norberts Bus gefahren sein - und vor allem haben Thomas und Bärbel Besuche bei Sieglinde Hofmann, einer Gefangenen aus der RAF, gemacht. Diese drei Sachen sollen dazu ausreichen, aus den drein eine terroristische Vereinigung nach § 129a zurechtzuzimmern. Auf der einen Seite wird hier vor allem ihre Schwäche deutlich, ihre Beweisnot bringt sie dazu, die normalen Beziehungen unter Menschen, hier konkret zwischen Eltern und deren Kindern als Beweis für eine terroristische Vereinigung anzuführen, die Menschenverachtung der Bundesanwaltschaft wird hier für jeden ersichtlich.
Auf der anderen Seite bedeutet das, daß die Bundesanwaltschaft dahinkommen will, daß jede Diskussion der politischen Gefangenen mit Leuten draussen - in diesem Fall zwischen Bärbel, Thomas und Sieglinde, kriminalisiert werden soll. Der Kampf gegen die Isolationsfolter, für eine Veränderung der Bedingungen im Knast, d.h. für Zusammenlegung, wird als "RAF im Knast" und "RAF

draussen" diffamiert. Die Bundesanwaltschaft versucht das Konstrukt "Gesamt-Raf" hier auf einer Ebene, nämlich der sogenannten "RAF im Knast" durchzusetzen. Gleichzeitig versuchen sie damit ihre eigenen Schweinestrukturen, Hierachie - wo einer das Sagen hat und die anderen folgen - auf den Widerstand zu übertragen, um damit den selbstbestimmten Kampf gegen Projekte des Imperialismus als vom "Kommando RAF" gesteuert darzustellen.

## Haftbedingungen:

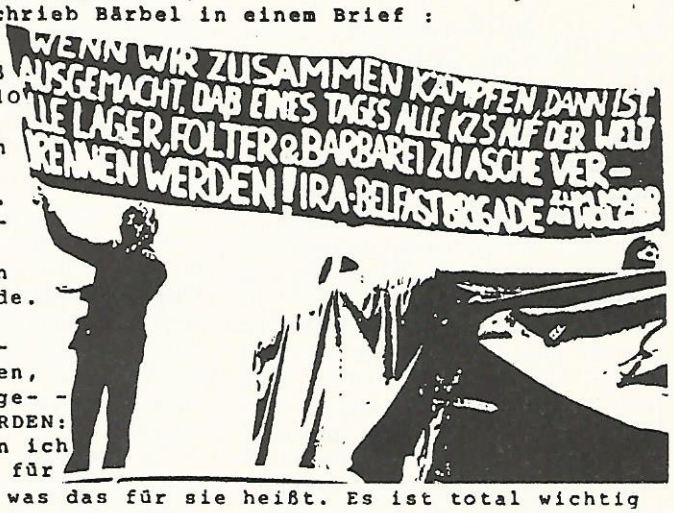
Seit ihrer Verhaftung im August 86 sitzen Thomas, Bärbel und Norbert in Isolationshaft, wie alle politischen Gefangenen in den BRD-Knästen. Konkret bedeutet das: speziel ausgebaute Hochsicherheitstrakte - Besuche mit Trennscheibe unter Überwachung des LKA, Briefe an und von den Gefangenen werden zensiert oder gar nicht erst weitergeleitet. Die türen der Zellen sind durch besondere Schlösser gesichert, die Fenster mit Fliegendraht zugemacht. Aus Zeitungen, Broschüren wie z.B. Eschhausheft, Arbeiterkampf... werden ganze Seiten rauszensiert, die Gefangenen werden Tag und Nacht überwacht .....

DA WO DIE BULLEN UND DAS BGH SCHWÄCHEN BEI DEN EINZELNEN GEFANGENEN VERMUTEN, VERSUCHEN SIE DANN NOCH INDIVIDUELL REINZUSCHLAGEN

- So können die beiden Kinder von Bärbel und Norbert ihre Eltern nur zweimal im Monat eine Stunde besuchen. Diese Besuche finden unter Überwachung und in viel zu kleinen Räumen statt. Bärbel und Norbert haben mehrmals Anträge gestellt gemeinsam mit den beiden Kindern in geeigneten Räumen zusammen zu sein. Diese Anträge wurden jedoch alle vom BGH abgelehnt. Stattdessen versuchte der Generalbundesanwalt über das Vormund - schaftsgericht Duisburg die Kinder in ein Heim zu bringen. All das zielt auf die Zerstörung der Beziehung zu den Kindern ab, um Bärbel und Norbert so zusätzlich unter Druck zu setzen.
- ..oder Norbert hatte schon draußen, aber besonders in dem Betonloch, starke Rückenschmerzen, war deswegen seit langem in ärztlicher Behandlung. Norbert hatte von den Rückenschmerzen nach draußen geschrieben. Nach den Verhaftungen haben sie, wie bei den anderen, bei Norbert Fingerabdrücke, Fotos gemacht. Als er sich beim zweitenmal wei - gerte, weils nur Schikane ist, sind mehrere Knastbullen in seine Zelle gestürmt, haben ihn zu Boden geworfen, gezielt auf seinem Rücken gekniet und gewaltsam seine Fingerabdrücke genommen. Norbert konnte sich nach dieser Mißhandlung kaum noch bewegen.
- Bei Thomas versuchen sie es mit Verhörversuchen. So haben schon mehrmals LKA-Bullen über Stunden in seiner Zelle gesessen und versucht ihn auszufragen. Thomas ist gleich zu Anfang der Haft für einen Tag in den Knast nach Köln verschleppt worden, vermut - lich zu einer verdeckten Gegenüberstellung, auch hier massive Verhörversuche. Darüber hinaus tauchten LKA Bullen auf seiner Zivildienststelle, bei seiner Mutter, bei ehemaligen Freunden auf um die auszufragen.

DIE ISOLATIONSFOLTER GEGEN DIE POLITISCHEN GEFANGENEN ZIELT AUCH AUF DIE ZERSTÖRUNG der POLITISCHEN IDENTITÄT !

Bärbel ist am 10.November gegen ihren Willen vom Knast Köln nach Bielefeld zwangsverlegt worden. Im Bielefelder Knast sitzen unter anderen auch die beiden gefangenen Frauen aus der RAF Sieglinde Hofmann und Ingrid Jacobsmeier. Begründung des BGH für die Zwangsverlegung „ Lockerung der Haftbedingungen ". Dazu schrieb Bärbel in einem Brief :




„... Hafterleichterung soll ja dieser Aufschluß sein. Dazu jetzt: hier auf der Etage sind ca. 10 Frauen, alles U-Gefangene. Ingrid Jacobsmeier (eine Gefangene aus der RAF) ist auf dem selben Flur, mir gegenüber. Aufschluß heißt, daß von 19 bis 21 Uhr die Zellen aufgeschlossen werden. Im Flur ist 'ne Kamera. Wo der dazugehörige Monitor ist, keine Ahnung. Am Ende vom Flur ist die Kanzel, da hocken die Schließer, sie können alles einsehen, wohin ich gehe, mit wem ich rede. Sobald ich an die Tür von Ingrid gegangen bin, stand eine Schließerin hinter mir, mich am wegziehen. Bin dann noch 'ne Zeit stehen geblieben, dann gegangen. Hatte mir überlegt-mal ruhig angehen. JETZT IST DER GANZE DRECK ABER OFFEN GEWORDEN: Am Donnerstag haben mir die Frauen gesagt, wenn ich nochmal an Ingrids Tür gehe, ist der Aufschluß für alle Frauen beendet!! und ich müßte verstehen, was das für sie heißt. Es ist total wichtig daß die Zelle mal auf ist, sonst ...logo,daß heißt nicht ich werde bestraft, sondern alle -Kollektivstrafe-. In den Zellen wo ich war, ist am nächsten Tag Zellenfilze. Die, die mehr mit mir reden bekommen Aktenvermerke und so sieht die Hafterleichterung aus. Für mich ist das jetzt so: Ichgehe nicht mehr raus. Ich will mit Ingrid reden, wenn sie die anderen

Frauen als Geisel benutzen geht das nicht.."
Mittlerweile ist es jetzt so, daß Bärbel während des Hofganges von 2 Knastbullen überwacht wird. Die geringste Kontaktaufnahme, wie rufen in Richtung Zellenfenster von Ingrid oder Sieglinde, dazu führt, daß der Hofgang unter Gewalt brutal abgebrochen wird.
Norbert hat inzwischen einen Antrag auf Umschluß und gemeinsamen Hofgang mit Chris, einem Gefangenen aus dem Widerstand der auch in Köln sitzt, gestellt. Auch hier versuchen sie von Anfang an jeden Kontakt zwischen Norbert und Chris zu verhindern.(Hofgangsperre wegen Rufen, Rufe werden neuerdings mit Lautsprechergeräuschen übertönt)
Zwei Genossen von draußen haben generelles Besuchsverbot bei allen drei Gefangenen.
Diese Aufzählung ließe sich weiter fortsetzen, doch es wird schon so klar, worum es dem BRD-Staat geht: Durch die Isolation wollen die Herrschenden die politische Identität der Gefangenen vernichten. Sie wollen einzelne fertigmachen um alle aus dem politischen Zusammenhang zu treffen.

Grundsätzlich verbindet uns mit den politischen Gefangenen, daß sie für die gleichen Ziele eingefahren sind die auch unsere sind, daß sie die Befreiung durch die Revolution wollen.
Eine wichtige Voraussetzung für uns hier draußen zu kämpfen ist, daß wir politisch und praktisch zusammenkommen, diskutieren, uns gegenseitig unterstützen und helfen - orientiert am gemeinsamen Ziel, den Kampf für unsere Befreiung, gegen das Schweinesystem hier und weltweit.
Das Zusammenkommen im Knast ist erst recht Voraussetzung, nicht nur als Schutz vor Vernichtung, sondern für den Kampf der Gefangenen um Selbstbestimmung und Identität. Deshalb ist die Forderung der Gefangenen aus RAF und Widerstand nach Zusammenlegung in große Gruppen, freier Kommunikation und Information auch unsere Sache.

EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN BÄRBEL, THOMAS UND NORBERT

GEMEINSAMER BESUCH DER BEIDEN KINDER ZUSAMMEN MIT BÄRBEL UND NORBERT IN GEEIGNETEN RÄUMEN-UNÜBERWACHT-, SO OFT UND SOLANGE DIE ELTERN ES WOLLEN, MINDESTENS 1 TAG IN DER WOCHE

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND IN GROßE GRUPPEN !

FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG !

FÜR DIE EINHEIT DER REVOLUTIONÄREN BEWEGUNG !

SCHREIBT DEN GEFANGENEN:

Bärbel Perau, JVA Bielefeld-Brackwede I

Thomas Thöne, JVA Bochum

Norbert Hofmeier, JVA Köln- Ossendorf

die Post geht immer über:

Bundesgerichtshof
Ermittlungsrichter Gollwitzer
Herrenstraße 45a
7500 KARLSRUHE 1

Politische Berichte 02/87

**Politische Gefangene**

## Duisburger Verhaftete seit 5 Monaten in Isolationshaft

*Duisburg.* Mit Beschluß des Ermittlungsrichters am BGH, Gerlach, vom 13.1.87 wurde Norbert Hofmeier die Aushändigung der Regionalberichte Ruhr verwehrt.

Gründe: „In dem genannten Faltblatt wird in einem Artikel unter der Überschrift 'Duisburger Verhaftete seit nunmehr vier Monaten in Isolationshaft' in verzerrender Weise über das Ermittlungsverfahren 1 BJs 136/86, für das der Beschuldigte Hofmeier in Haft ist, berichtet. Der Artikel ist angesichts seiner aufwiegelnden Tendenz geeignet, beim Leser eine widersätzliche Haltung gegenüber den Vollzugsbediensteten herbeizuführen oder zu fördern und läßt daher eine Gefährdung der Ordnung in der Anstalt befürchten."

In den Regionalberichten Ruhr vom 26.12.86 wurde ein Interview mit dem Anwalt von Norbert Hofmeier veröffentlicht. Im Anschluß daran war ein Beschlagnahmebeschluß des Bildbandes „Machen Sie sofort die Schranktür zu", den die Volksfront Bärbel, Norbert und Thomas zugeschickt hat, dokumentiert.

Nachfolgend ein paar Auszüge aus dem Interview mit Rechtsanwalt M. Gödde:

Zur Frage der Haftbedingungen: „Er befindet sich seit dem 20.8.86 im Hochsicherheitstrakt in der JVA Köln-Ossendorf. Er ist dort fast völlig isoliert."

Zur Frage der Kontaktaufnahme mit anderen Gefangenen: „Zwei Gefangene, mit denen er anfangs durch das Fliegendrahtgitter der Zelle hindurch sprach, wurden schon sehr bald verlegt. Aber auch er selbst wurde wegen des Versuches einer Kontaktaufnahme zu anderen Gefangenen erst kürzlich mit einer Sanktion belegt."

Zur Frage des Brief- und Besuchsverkehrs: „Mein Mandant hat alle zwei Wochen Anspruch auf einen einstündigen Besuch. Obwohl sich zwischen dem Gefangenen und dem Besucher eine Trennscheibe befindet, sitzt auf jeder Seite der Trennscheibe ein Beamter des LKA. Diese überwachen nicht nur das Gespräch, sondern fertigen gleichzeitig schriftliche Aufzeichnungen vom Gesprächsinhalten. Der Briefverkehr wird durch den Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes überwacht, der nicht nur jeden Brief liest, sondern auch schon ein große Anzahl von Briefen beschlagnahmt hat."

Zur Frage der Besuchsregelung für die Kinder der Angeschuldigten: „Die Kinder von Bärbel Perau und Norbert Hofmeier sind in die normale, also 14-tägige Besuchsregelung eingebunden. Das heißt, daß sie in „Konkurrenz" zu anderen Besuchen stehen. Wenn sie von ihren Kindern besucht werden, fällt dadurch anderer Besuch flach; wenn andere Besucher kommen, geht das entsprechend zu Lasten der Kinder ... Anzumerken ist noch, daß Frau Perau – gegen ihren Willen – von Köln-Ossendorf nach Bielefeld-Brackwede verlegt wurde. Das bedeutet, daß die Kinder bei den Besuchen der Mutter jeweils eine Autofahrt von fünf Stunden (hin und zurück) hinzunehmen haben und das, um die Mutter unter unzumutbaren Bedingungen eine

Stunde lang zu sehen. Gerade auch deshalb halte ich bürokratische Einwendungen gegen eine Ausweitung des Besuchsrechts der Kinder ... für unerträglich." – (i.)

---

Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes

7500 Karlsruhe 1, den
Herrenstraße 45 a
Postfach 1661
Fernsprecher (0721) 159-0
Durchwahl 159-

1 BJs 136/86
I BGs 575/86

**Beschluß**

In dem Ermittlungsverfahren
gegen

Norbert Hofmeier, geboren am 1. Januar 1947 in Neustadt/Schwarzwald, zur Zeit in Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt Köln,

wegen

Verdachts eines Vergehens nach § 129a StGB u.a.

wird gemäß § 119 Abs. 3 StPO angeordnet:

Die Druckschrift "die Vergessenen" Nr. 7 wird von der Weiterleitung an den Beschuldigten ausgeschlossen und zu seiner Habe genommen.

**Gründe:**

Der Inhalt dieser Druckschrift ließe bei Aushändigung eine Gefährdung in der Anstalt befürchten (§ 119 Abs. 3 StPO i.V.m. Nr. 45 Abs. 4 UVollzO).

Die Druckschrift "die Vergessenen" Nr. 7 befaßt sich mit der Haftsituation in- und ausländischer terroristischer Gewalttäter.

Auf den Seiten 4 bis 16 wird in verzerrender und agitatorischer Weise gegen die Haftsituation von Mitgliedern der belgischen Terrorgruppe "CCC" polemisiert und dem bewaffneten Kampf das Wort geredet. Auf den Seiten 17 bis 28 wird von Veranstaltungen berichtet, die sich mit der Haftsituation terroristischer Gewalttäter der "RAF" befassen. In diesen Berichten wird insbesondere gegen Staat und Justiz agiert und dabei insbesondere die behaupteten Haftbedingungen sogenannter politischer Gefangener und die Handhabung des § 129a StGB durch die Justiz attackiert. Der "Aufruf der Angehörigen von politischen Gefangenen für die Freilassung von Günter Sonnenberg!" (Seite 29 bis 34) beschreibt die Haftsituation von Günter Sonnenberg in verzerrender Weise. Der Abdruck der "Prozeßerklärung von Heidi Hutt vom 15. April 1986 (w. g. § 129a)" (Seiten 35 bis 43) stellt eine Hetze gegen die Ermittlungsbehörden dar.

Angesichts ihrer durchgehend aufwiegelnden Tendenz sind diese Beiträge geeignet, bei dem Beschuldigten eine widersetzliche Haltung gegenüber den Vollzugsbediensteten herbeizuführen oder zu fördern und lassen daher eine Gefährdung der Ordnung in der Anstalt befürchten. Die Anordnung bezieht sich auf die gesamte Druckschrift, da bei der Vielzahl der zu beanstandenden Beiträge ein eigenständiger Teil der Zeitschrift nicht verbleibt.

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof führt gegen die unbekannten Herausgeber, Hersteller und Verbreiter der in Frankfurt erscheinenden Druckschrift "die Vergessenen" Nr. 8 ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts eines Vergehens nach § 129a StGB (Unterstützen der terroristischen Vereinigung "Rote Armee Fraktion/RAF"). Im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens wurde mit Beschluß des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes vom 6. November 1986 die an den Beschuldigten Norbert Hofmeier versandte Druckschrift "die Vergessenen" Nr. 8 nebst Briefumschlag gemäß §§ 94, 98 Abs. 1, 162, 169 Abs. 1 StPO beschlagnahmt.

Eine Aushändigung der Druckschrift "die Vergessenen" Nr. 8 sowie des Briefumschlages an den Beschuldigten Norbert Hofmeier kommt daher nicht in Betracht.

Gollwitzer
Richter am Bundesgerichtshof

BUNDESGERICHTSHOF

Ausgefertigt

# Diskussionsbeitrag Frankfurter Autonomen

**Folgende Auseinandersetzung wurde von Frankfurter Autonomen verfaßt und dem SF als Diskussionsbeitrag überlassen.**

★ ★ ★

Wir haben es satt, aus falscher Ehrfurcht und verhängnisvoller Mythologisierung des bewaffneten Kampfes das Maul zu halten. *Für Viele von uns verkörpert die RAF nur noch unseren blinden Haß, jedoch schon lange nicht mehr unsere Utopien von einer herrschaftsfreien Gesellschaft!*

Es ist längst überfällig, den Knoten aus moralischer Verpflichtung, bedingter Solidarität und eigener Feigheit zu durchschlagen, das wirklich Gemeinsame zu benennen, das Trennende klar und eindeutig zu formulieren. Es liegt an uns, ehrlich zu sein, gerade was das »sich-verhalten-zu-müssen« und »irgendwie-solidarisch-zu-sein« angeht. Diese diffuse Haltung täuscht eine Solidarität und eine Front vor, die es seit Jahren nicht gibt. Ein Großteil der moralischen Solidarität bezieht sich *nicht auf die Inhalte und Ziele der RAF*, sondern auf die Gewaltverhältnisse, denen sie – im besonderen Maße – unterworfen ist. Diese moralisch geprägte Solidarität drückt sich vor einer radikalen Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten der RAF; sie wird entfacht und erzeugt zu Beginn jedes Hungerstreiks. Und jedes Mal sagen wir uns, daß es notwendig ist, über den Hungerstreik hinaus, eigene antiimperialistische Positionen zu erarbeiten – doch wenn der *Druck* weg ist, verläuft sich die Auseinandersetzung und wir selbst, – bis zum nächsten Hungerstreik!

Die Kritik an der RAF-Politik ist also zugleich eine Kritik an uns selbst; eine Kritik, die unsere Schwäche miteinbeziehen muß, uns offensiv mit der RAF -Politik auseinanderzusetzen (. . .)

Die RAF war notwendig als Versuch, den bewaffneten Kampf zu entwickeln, zu einem Zeitpunkt, wo es pure Spekulation gewesen wäre, über die Erfolgsaussichten bewaffneten Kampfes zu mutmaßen. Sie ist entstanden, als es darum ging, Konsequenzen aus den antiimperialistischen internationalistischen Kämpfen der Studentenbewegung zu ziehen. Der bewaffnete Kampf war sowohl eine Antwort auf das Scheitern und den Zerfall der Studentenbewegung, als auch eine radikale Absage an den »Marsch durch die Institutionen«.

Doch nun existieren 14 Jahre Erfahrungen von bewaffnetem Kampf und wir fragen uns: Wo konnte sich die Guerilla ausdehnen, wo Fuß fassen? Wo gelang es ihr *politisches Bewußtsein* zu verbreitern, Sympathien und Menschen zu gewinnen? Wo hat sich bewahrheitet, daß »die Entwicklung der Klassenkämpfe selbst das Konzept (Stadtguerilla) durchsetzen wird«?

Doch wenn wir ehrlich sind, wissen wir auch nicht, woran wir die heutige RAF messen können. Auf welche politische Theorie bezieht sie sich? Haben für sie die grundlegenden Konzept- und Strategiepapiere der 70er Jahre noch Gültigkeit? Begreifen sie sich auch inhaltlich in dieser Kontinuität? Welche inhaltlichen Neubestimmungen haben sich in den letzten 14 Jahren ergeben? Davon wissen wir verdammt wenig und die heutige RAF offensichtlich auch nicht.

Doch wenn wir davon ausgehen, daß diese Konzeptpapiere in ihren Grundzügen noch Gültigkeit haben, dann können wir nur entsetzt sein, wie wenig die RAF dazu bereit ist, ihre heutige Politik an ihren eigenen Prämissen zu messen. Es hat sich einfach nicht bewahrheitet, »daß die Guerilla sich ausbreiten wird, Fuß fassen wird, daß die Entwicklung der Klassenkämpfe das Konzept durchsetzen wird.« (*Der bewaffnete Kampf in Westeuropa, S.402*). Fakt ist doch, daß mehr RAF-Mitglieder tot, im Knast oder ins Ausland geflüchtet sind, als hier in der BRD kämpfen. (. . .) Fakt ist doch, daß die Sympathie, die die RAF noch vor 14 Jahren zumindest in kleinen Teilen der Bevölkerung genoß, geschwunden ist, anstatt zu wachsen. (. . .)

1972 hat die RAF formuliert: »Die RAF redet vom Primat der Praxis. Ob es richtig ist, den bewaffneten Widerstand jetzt zu organisieren, hängt davon ab, ob es möglich ist, ist nur praktisch er ermitteln.« (*S.1354*)

Darauf müßte heute ein Antwort möglich sein. Dabei spielen spektakuläre Einzelaktionen nicht die Rolle, sondern die errungene Fähigkeit, sich im Volk zu verankern, Ausdrucks des Widerstands im Volk (und) eine revolutionäre Alternative gegenüber dem herrschenden System zu sein.

Wenn die Parole der RAF »Dem Volke dienen« auch ein Stück Wirklichkeit meint, dann muß sie auch von denen angenommen werden, für die die RAF kämpft. Doch von all dem ist die RAF weiter denn je entfernt.

(. . .) Der RAF bleibt nur die Anonymität der Großstädte und das Ausland. Da diese Anonymität nun auch allmählich zu schwinden droht, das »Volk« sie eher denunziert als schützt, beginnt eine neue Fluchtbewegung, die politisch als »neue Qualität« desbewaffneten Kampfes verkauft wird: die westeuropäische Guerilla. Doch was hier propagandistisch als neue Phase des Angriffs bezeichnet wird, ist erst mal nicht mehr als eine Überlebensfrage. Denn nicht nur die RAF weiß zu gut, daß es oft einfacher ist, im Ausland unterzutauchen, als in Deutschland selbst. Doch wer sich im Ausland sicherer fühlt als im eigenen Land, der muß nach 14 Jahren endlich die eigenen Politik *grundsätzlich hinterfragen*, anstatt die nationale Schwäche durch die Europäisierung der Schauplätze zu vertuschen.

### Die westeuropäische Guerilla

So sehr es objektiv stimmt, daß die Internationalisierung der »Innenpolitik«, der Repressionsstrategien und Kapitalakkumulation eine Internationalisierung des Widerstands verlangt, so sehr lenkt gerade der Zusammenschluß von AD, CCC und RAF von der subjektiven Unmöglichkeit ab, den bewaffneten Kampf auf ein »qualitativ höheres Niveau« zu heben. Nicht der Zusammenschluß also, sondern das, was mit diesem vorgetäuscht werden soll, halten wir für einen Bluff, der tödlich sein wird. Denn natürlich werden alle Sicherheitsorgane dieser Länder diese *»neue Stufe des internationalen Terrorismus«* als Alibi begierig aufgreifen. (An dieser Stelle fehlte aufgrund der schlechten Kopie eine Passage; es ging wohl darum, daß sich die Effizienz einer Gruppe oder Bewegung nicht daran messen läßt, wie groß der Repressionsapparat gegen sie wird; eine Feststellung, die sich auch als Selbstkritik der Autonomen, Anarchisten etc. lesen läßt; SF).

Wie wir auch versuchen »zurückzuschlagen«, es ist nie »angemessen«. Je mehr wir dennoch versuchen, angemessen zu reagieren, destomehr verlieren wir das aus dem Auge, worum es eigentlich geht: den Kampf um ein befreites Leben aus den eigenen, kollektiven Erfahrungen und Möglichkeiten zu entwickeln, anstatt ihn der militärischen Logik des Feindes zu opfern. Dies würde zuallererst bedeuten, die oft Schwindel erregende *Kluft zwischen staatlichem Gewaltmonopol und dem Niveau massenhaften Widerstandes* zu erkennen, anstatt sie wortradikal zu überwinden. (. . .) Die Kluft zwischen wachsendem staatlichen Gewaltapparat und den Erfahrungen und Möglichkeiten massenhaften Widerstands läßt sich weder durch militanteres Vorgehen, noch durch die Zusammenlegung isolierter Guerillazellen auf europäischer Ebene zuschütten. (. . .)

### Das »imperialistische Gesamtsystem« oder die politische Analyse als Form der Selbstentwaffnung

In den letzten Jahren tauchte bei der RAF immer häufiger die magische Zauberformel vom »imperialistischen Gesamtsystem« auf. Ein Begriff wie ein *Mülleimer*, in den man alles reinschmeißen kann. Man könnte achtlos daran vorübergehen, doch je öfter wir uns in die Quere kamen, desto klarer wurde, daß dieser Begriff nicht nur eine Zauberformel, sondern auch ein Schlüssel für das antiimperialistische Weltbild der RAF darstellt.

*Was ist also dieses »imperialistische Gesamtsystem«?*

». . . der Begriff der veränderten Bedingung ist: die Ausbildung des Gesamtsystems mit

seinem Kern . . . der NATO . . . d.h. Gesamtsystem, das unter der unaufhebbaren Hegemonie des US-Kapitals die konkurrierenden Interessen von Teilfraktionen des Ganzen, ob national oder ökonomisch als Teilfraktion definiert,in der umfassenden Krise der Kapitalverwertung reguliert und gegen den weltweiten revolutionären Prozeß zur Aggression, d.h. zum Versuch der Sicherung der Herrschaft auf neuer Stufe zusammenfaßt . . .« (*Gefangener aus der RAF, 10.4.81*)

Eine imperialistische Weltordnung, die ein klares oben und unten hat, einen Chef, eine Zentrale, einen Plan, ein Ziel, viele Handlanger, Lakaien und Marionetten. Ein imperialistisches Weltgefüge mit entwaffnender Perfektion, mehr *Hollywood* als Pentagon, ohne innere Widersprüche, ohne Führungskämpfe, ohne unterschiedliche Strategien, ohne innere Konkurrenz. Ein *Feind*, so märchenhaft und unwirklich wie sein Gegenbild: die westeuropäische Guerillafront!

So gern auch wir uns oft eine klare Front, einen eindeutigen Feind wünschen, so klar müßten wir uns auch sein, daß dieser Wunsch eher unserer Unfähigkeit als der Wirklichkeit entspringt. Dieses anti-imperialistische Weltbild sitzt in verhängnisvoller Weise dem *Schein*, der *Ideologie* der imperialistischen »Einheit« auf, – anstatt innerhalb ihrer Widersprüchlichkeiten offensiv zu agieren, den Schein imperialistischer Geschlossenheit zu zerstören, anstatt sich selbst daran aufzurichten. Vielleicht genügen einige spektakuläre Ereignisse der letzten Jahre, um deutlich zu machen, daß eine solche Einheit unter dem Oberkommando des US-Kapitals möglicherweise erwünscht, aber noch lange nicht Realität ist:

– der *versuchte* US-Boykott gegen Lybien
– der *versuchte* US-Boykott des Erdgasröhrengeschäfts zwischen europäischen Staaten und der UdSSR
– der *gescheiterte* Versuch, die EG bei der US-Invasion auf Grenada auf Linie zu bekommen
– die *unterschiedlichen* Positionen der EG und der USA zur Nicaragua-Frage
– die *unterschiedlichen* Wirtschafts- und Finanzstrategien zwischen der EG und den USA

(. . .) Was an der *Gesamtsystem*-Theorie aufstößt, ist das macro-politische Weltbild, das kosmo-politische Flair, das zur Mystifizierung des Feindes beiträgt, indem er unverwundbar anstatt angreifbar gemacht wird. (. . .) Wo die Analyse Unterschiede, Risse, Brüche und Widersprüchlichkeiten aufdecken und entfalten soll, da schrumpfen sie in der Gesamtsystemanalyse zu Unscheinbarkeiten und Nichtigkeiten – als käme es auf so hoher Stufe des Klassenkampfes nicht darauf an, die erste Stufe überhaupt erklommen zu haben. Ganz nach dem Motto: Das Große, Ganze im Auge behalten und am kleinen erblinden!

Auch hier wiederholt sich dasselbe Dilemma auf erweiterter Stufenleiter: die Kritik und Strategie wird nicht aus der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes heraus entwickelt, die »Heimat« der Analyse ist die Globalität und Universalität, der *Feldherrenhügel*. Die existierenden politischen, sozialen und kulturellen Widersprüche innerhalb des imperialistischen Blocks werden miniaturisiert, um militärisch klare Ziele zu bekommen.

Das ist der Tod der Guerilla als revolutionäre Befreiungsbewegung.

Denn an der Unterordnung der Politik *unter militärische Gesichtspunkte*, an einer Politik, die nur noch als Rechtfertigung für militärische Strategien dient, erkennt man den **reaktionären** Feind, aber nicht (mehr) eine Guerilla. Die Militarisierung der Politik führt konsequenterweise dazu, sich dem Feind anzupassenanstatt den »Unebenheiten« der politischen und sozialen Verhältnisse.

(Noch einmal konkreter:) Es gehe um die »Angleichung der Bedingungen« zwischen den Ländern des imperialistischen Blocks, um »ihr(en) Zusammenschluß zum homogenen konterrevolutionären Block« (*Erklärung der Gefangenen aus der RAF 1977*). Auch hier wieder der starre Blick auf den Kaiser (USA, BRD, Frankreich) und die Blindheit dem Hof gegenüber (Portugal, Irland, Griechenland). Eine Wahrnehmungs- und Denkweise, die hierarchische Strukturen offensichtlich *bereits so verinnerlicht hat*, daß sie das explosive *Gefälle* gar nicht mehr benennen kann. Anstatt dieses ökonomische und machtpolitische Gefälle zwischen den Kern- und den Peripheriestaaten bloßzulegen, um es gegen das »Europaprojekt« zu wenden, wird dieses schlichtweg eliminiert. Eine Feldschlachtlogik, die vor lauter feindlichen Uniformen den Unterschied zwischen Generälen und Soldaten nicht mehr machen kann!

### Zur »Angleichung der Bedingungen«

Natürlich konzentriert sich das Kapital, zentralisiert sich die ökonomische Macht auf multinationaler Ebene, gibt es engere Zusammenarbeit der Staaten. All das ist weder neu noch spektakulär, sondern die innere Logik von Kapitalakkumulation. Doch neben dieser tatsächlichen »Angleichung der Bedingungen« vollzieht sich eine Entwicklung, die von der RAF (und den Antiimps) fast vollständig unterschlagen oder ignoriert wird. (. . .) Widersprüche brechen doch dort unvermindert auf, wo sich die »Alliierten« auf internationalem Markt als Konkurrenten unversönlich gegenüberstehen. Was auf der einen Seite die Öffnung und Erschließung neuer EG-Märkte garantiert, führt auf der anderen Seite zur Schließung ganzer nationaler Industriezweige, die dem gesteigerten internationalen Konkurrenzdruck nicht mehr gewachsen sind. Da gibt es keine Einigkeit und gemeinsame Ideale und Werte, sondern nur Sieger und Besiegte. Die *Europäsisierung der Märkte*, das verschärfte Konkurrenz- und Ausbeutungsverhältnis im internationalen Maßstab, führt also gerade zu wachsenden Ungleichheiten und Ungleichzeitigkeiten. Die Öffnung europäischer Märkte wird also die Unterschiede zwischen den Kernstaaten und den Peripheriestaaten eher vergrößern als verkleinern. Die Schließung oder Stillegung der »unrentablen« englischen Kohlegruben, großer Stahl- und Werftunternehmen, der Niedergang der französischen Stahlindustrie, die Zerstörung billiger Agrarbinnenmärkte (Spanien, Portugal), der »Weinkrieg« sind sehr wahrscheinlich nur ein Vorgeschmack auf die wachsenden Spannungen innerhalb der EG. Wenn da die RAF von der »Angleichung« redet, erliegt sie der Ideologie der EG. Anstatt den Menschen den (Alp-)Traum vom vereinten Europa zu nehmen, treibt sie ihn auf die Spitze!

Nicht weniger peinlich ist die Analogie von der »Angleichung der Bedingungen für das europäische Proletariat« (*Zusammenschlußerklärung AD und RAF*). Man muß kein Wirtschaftsexperte sein, sondern nur aufmerksamer Tourist, um die zum Teil krassen Unterschiede zwischen z.B. einem portugiesischen und einem westdeutschen Bauern, zwischen dem Klassenbewußtsein italienischer und westdeutscher Arbeiter, zwischen spanischer und deutscher Arbeiterkultur mitzubekommen. Die Unterschiede haben sich in den letzten 15 Jahren nicht verringert, sondern verschärft! (. . .) Denn dort, wo die hochtechnologisierten Kernstaaten zum Nachteil der Peripheriestaaten den Einfluß ihres Kapitals und ihrer Herrschaft ausdehnen, dort wird auch das Proletariat in gewissem Maße am Gewinn beteiligt (Lohnerhöhungen, Sozialleistungen, Integrationsprogramme). Dort aber, wo die schwachen Nationalstaaten dem internationalen Konkurrenzdruck unterliegen, wird das Proletariat nur eines voll zu spüren bekommen: die Kosten der Krise, der Kapitalvernichtung, die Sozialisierung privatkapitalistischer Verluste. Was dies für die Lohnabhängigen jener Länder bedeutet, die nicht einmal ein löchriges Netz sozialer Absicherungen haben, können wir nur erahnen.

### »Der imperialistische Krieg als Normalzustand«

»Ihre Macht ist Militärstrategie, Aufstandsbekämpfung, Maschine – aber hohl, nur Gewalt, sonst nichts. Es ist ihre Reaktion . . .« (*HS-Erklärung Dezember 1984*)

»Ihre Ideologie ist an der Realität des Krieges zerbrochen.« (*Gefangene der RAF, April 1985*)

». . . weil die Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, ist auch die Politik gestorben bzw. darin kommt sie auf ihren ›reinen Begriff‹ . . .« (*Erklärung der Gefangenen aus der RAF 1977*)

Durch die ganzen Erklärungen der RAF der letzten Jahre zieht sich ein r o t e r Faden: »das imperialistische Projekt des globalen Faschismus«. Dieser kann sich nur noch mit nackter Gewalt, Terror und Vernichtung behaupten, denn die Ideologie vom »freien Westen«, von »Demokratie und Fortschritt« greift nicht mehr in den Köpfen der Menschen. Da der Weltimperialismus unfähig geworden sei, Massenproteste und soziale Unruhen politisch zu integrieren und reformistisch zu entschärfen, bliebe ihm nur noch ei-

ne Antwort: Aufstandsbekämpfung nach innen, Krieg gegen das eigene Volk. (. . .) Gegen den Prozeß weltweiter Befreiung setzt der Imperialismus sein »Projekt des globalen Faschismus«, dessen »Hauptmerkmal ist: die militärische Offensive, aus der der Imperialismus als Weltsystem hervorkommen will.« (*Gef. aus der RAF, April 1985*)

Sicherlich, die Strategie der Konfrontation, der militärischen Eskalation ist nicht zu übersehen (Grenada-Invasion, begrenzte Eskalation gegen Lybien, »verdeckter« Krieg gegen Nicaragua etc.). Doch diese Strategien sind nicht neu und keine Erscheinung der letzen 10 Jahre. Sie sind wesentlicher Eckpfeiler imperialistischer Politik, Krieg als legitimes Mittel der Interessen.

Die entscheidende Frage ist, ob diese militärische Strategie für den Imperialismus das *einzige und letzte* Mittel ist, um sich und seine Maroionetten an der Macht zu halten. So sehr sich der Blick der RAF auf die Waffenarsenale des Feindes reduziert, so wenig führt daran vorbei, daß der Imperialismus *politisch* noch lange nicht gestorben ist. Im Gegenteil: eine Entwicklung, die vor 10 oder 15 Jahren noch undenkbar war, hat sich z.B. in Südamerika vollzogen: der friedliche Übergang von einer Diktatur zur Demokratie nach westlichem Vorbild. So wenig die Militärdiktaturen in jenen südamerikanischen Ländern ohne massive US-Hilfe so lange überlebt hätten, so wenig ist dieser »friedliche Übergang« ohne US-Schützenhilfe denkbar. Der westliche Imperialismus hat also ganz offensichtlich mehr zubieten als nur Waffen und Folterspezialisten.

Die Demokratisierungswelle (Argentinien, Uruquay, Brasilien, Philippinen) unterstreicht vielmehr, daß der Imperialismus eine sich formierende Volksbewegung auch *politisch* bekämpfen kann; nicht, indem sie militärisch zerstört wird, sondern indem ihr das gemeinsame Angriffsziel geraubt wird: der einigende Haß auf die Militärs. Und wenn man sich die Bedingungen in jenen Ländern anschaut kann man wohl sagen, daß die reformistische Strategie von oben den revolutionären Kämpfen von unten um einiges zuvor gekommen ist. (. . .) Wenn also die RAF in ihrer Globalanalyse zu dem Schluß kommt, daß die »Militärstrategie zum Angelpunkt geworden ist, die Politik gestorben ist«, dann verleugnet sie nicht nur die blutige Zerschlagung der revolutionären Befreiungsbewegungen in diesen Ländern (Tupamaros, ERP, Montoneros), sondern auch die Fähigkeit des Imperialismus und der nationalen Bourgeoisie, die Volksbewegung weitgehend politisch zu integrieren, um so vor allem einer revolutionären Alternative den Boden zu entziehen.

So sehr also die RAF den *Reformismus* weltweit gescheitert sieht und für tot erklärt [*vielleicht eine Erklärung, warum sie Reformisten wie v. Braunmühl aussucht? Was nicht tot ist, wird tot gemacht? SF-Setzer*], so lebendig ist er nicht nur in den Köpfen der Herrschenden, sondern gerade auch in den Köpfen der Volksorganisationen. Nicht wenige der noch lebenden Guerilleros/-as sehen in der Demokratisierung von oben eine Chance von unten, den gewonnenen Spielraum für gesellschaftliche Veränderungen zu nutzen. In einer Erklärung der Tupamaros nach Abschluß ihres ersten öffentlichen und legalen Kongresses 1985 halten sie diesbezüglich fest:

*»Es besteht Einigkeit darüber, daß wir jetzt unsre Politik im Rahmen der Legalität fortsetzen werden. Wir werden nicht nur die Legalität respektieren, sondern auch keine Aktivitäten unternehmen, die für die Feinde des Volkes Anlaß sein könnten, ihre organisierte Gewalt wieder gegen das Volk zu richten!«*

(. . .) Man vergleiche dazu die heroisierenden Worthülsen der RAF: »In Lateinamerika, das sie 10 Jahre mit Militärdiktaturen überzogen haben zur planmäßigen Liquidierung der gesamten Linken, weil die Guerilla dort eine Massenbasis hatte, sind sie jetzt mit neuen Kämpfen konfrontiert und mit Menschen, die sich keine »Scheinlösungen« mehr bieten lassen, die vor dem Faschismus keine Angst mehr haben, weil ihr Widerstand aus dieser Erfahrung kommt.« (*Gef. aus der RAF, April 1985*).

Ganz falsch; denn gerade die Angst vor dem Faschismus, vor einem neuen Militärputsch bewegt ganz offensichtlich die Mehrheit der Menschen dort, sich erst einmal mit dem Sturz der Militärdiktatur zufrieden zu geben. (Eine vergleichbare Entwicklung war im Spanien nach Franco zu beobachten, wo zunächst – aus rein taktischen Gründen – die Mehrzahl der Bevölkerung eine konservative Regierung wählte; SF-Red.) Und wenn man weiß, daß in diesen Ländern nicht die Militärregimes zerschlagen wurden, sondern sie Guerillabewegungen, dann kann man auch verstehen, warum das Volk mit einer »Scheinlösung« zufrieden ist, anstatt die »neuen Demokratien« offensiv und revolutionär anzugreifen.

Hinzu kommt: Die Zerschlagung der Guerilla in diesen Ländern lag nicht nur an der militärischen Überlegenheit des Feindes: *»Wir haben in der Vergangenheit Fehler begangen. So maßen wir einer einzigen Kampfform, dem bewaffneten Kampf, zuviel Bedeutung bei; wir waren zuwenig in den Massen, in ihren gewachsenen Organisationen verankert.« (Erklärung der Tupamaros, Dezember 1985)*

Anstatt aus den Fehlern anderer Guerillabewegungen zu lernen, macht die RAF aus diesen Fehlern eine Strategie. (. . .)

»Für diese Art der Vernichtungspolitik bedarf es keiner Gaskammer mehr, die Luft zum Atmen soll durch die Totalität der Isolation systematisch abgedreht werden. Es ist das Gesicht des offenen Faschismus. Es ist so zugespitzt, weil sie jetzt aus der ganzen Entwicklung auf's Ganze gehen wollen. Der Hintergrund des eskalierenden staatlichen Terrors überall, liegt in der Ausdehnung des Widerstands in den letzten Jahren . . .« (*Eine Gefangene aus der RAF, Januar 1984*)

Auch auf die Situation in der Metropole bezogen also derselbe Kurzschluß: Unser und ihr Widerstand ist so stark, daß der Feind nur noch mit den Methoden des offenen Faschismus überleben kann.

**Wenn sich in den letzten Jahren irgend etwas ausgedehnt hat, dann doch nicht ihr (oder unser) Widerstand, sondern schlimmstenfalls die militaristische Vision der RAF, vor der »Entscheidungsschlacht« zu stehen. Was zwingt denn den Staat auf's Ganze zu gehen? Die überwiegend toten, in Knästen und im Untergrund isolierten Kader der RAF? Die militante Linke? Die Friedensbwegung? Das Proletariat?**

**Wie wenig hat der Krieg der RAF mit diesen Verhältnissen und vorallem mit den Menschen darin zu tun, daß sie sich bereits in der letzten Etappe des Krieges wähnt . . . Warum berufen wir uns denn noch auf bestimmte demokratische Rechte, warum verteidigen wir gewisse demokratische Errungenschaften, wenn der »offene Faschismus« bereits an der Macht ist? Warum zielen so viele soziale Bewegungen darauf ab, bestimmte Projekte »politisch nicht durchsetzbar« zu machen, wenn das Politische längst gestorben ist?**

**Oder aber: Ist die Faschismus-These der RAF ein Versuch, die eigene Liquidierung des Politischen zu rechtfertigen?**

**(. . .) Wie erklärt sich also die RAF, daß der überwältigende Teil der Friedensbewegung nicht den Krieg bekämpfen, sondern den *Frieden sichern*, sicherer machen will? Belegt nicht gerade die Friedensbewegung die Tatsache, wie viele Menschen nach wie vor an diesem Frieden festhalten wollen, anstatt diesen Frieden für diese Kriege verantwortlich zu machen? So schmerzlich und bedrohlich das auch ist: Der Alltag ist für die Mehrheit der Bevölkerung nicht imperialistischer Krieg an allen Fronten – dieser Krieg ist für sie noch weit weg, im Fernseher, irgendwo auf der Welt, nur nicht hier. Die Kluft zwischen der Wirklichkeit ihrer Kriege und der Wirklichkeit ihres Friedens läßt sich nicht militaristisch überspringen, sondern nur *politisch* bekämpfen. Eine Kluft, die deutlich macht, wie (. . .) stark nach wie vor die politische Akzeptanz des Systems in den Köpfen der Menschen verankert ist. Eine politische Akzeptanz, die nackte Gewalt überflüssig macht (. . .)**

**Konsequenzen aus dem angeblichen Tod des »Politischen«**

Wenn das Politische Gestorben ist, dann zählen nur noch die toten Uniformen. Der US-Air-Base-Anschlag war demnach alles andere als ein »Ausrutscher«; er ist die *logische Umsetzung jener fatalen Frontttheorie* und führt zur *Unkenntlichmachung revolutionärer Politik*.

Als wir von dem Anschlag auf einen Parkplatz innerhalb der Airbase erfuhren, glaubte niemand von uns an eine RAF-Urheberschaft. Selbst als über Radio und Fernseher der gemeinsame Bekennerbrief der RAF und AD bekannt gemacht wurde, vermuteten wir dahinter eine perfekt inszenierte counter-insurgency-Aktion des BKA. Als schließlich

das BKA einen Zusammenhang zwischen dem US-Airbase Anschlag und der Ermordung eines GI's in Wiesbaden konstruierte, dachten wir vollends an psychologische Kriegsführung. Denn dieses Horror- und Terror-Gemälde entsprach doch viel mehr den Anleitungen aus dem CIA-Handbuch für die Contras in Nicaragua, als dem – wenn auch rissigen Bild – der RAF. Zwischen fundamentalen Widersprüchen und schlichtem Wahnsinn wollten wir immer noch unterscheiden (. . .

Als zu mafiosihaft rekonstruierte das BKA den Ablauf: Ein GI wird in einer Wiesbadener Discothek, in der bevorzugt GI's verkehren von einer Frau angemacht. Gemeinsam verlassen sie die Diskothek. Sie gehen in einen Park für Liebespaare. Dort wird der GI später tot aufgefunden, mit einem Schuß ins Genick. Nur seine Identitätskarte fehlte. Früh morgends fährt jemand mit dieser ID-Karte auf's Airbase-Gelände, stellt kurz vor Arbeitsbeginn das Auto dort ab. Um 7.50 Uhr explodiert das Auto, ein x-beliebiger US-Angehöriger wird getötet, mehrere verletzt.

So pervers dieser Zusammenhang auch war, so eindeutig bekannten sich RAF und AD zu diesem Tatablauf: sie ließen der Presse die ID-Karte des hingerichteten GI's zukommen. Und um die letzten Zweifel auszulöschen, kam einige Tage später eine 2. Erklärung der RAF, die sich auf die Kritik der radikalen Linken bezog und auch damit in Rambo-Manier abrechnete: »Für uns sind die US-Soldaten in der BRD nicht Täter und Opfer zugleich, wir haben nicht diesen verklärten sozialarbeiterischen Blick auf sie.« (*2. Erklärung der RAF vom 25.8.85*)

Unmißverständlicher kann man Hard-Core-Politik nicht auf den Punkt bringen. Wer mit der Präzision einer Schrotflinte »alle Soldaten, die im Headquarter oder sonst wo ihren Job machen« zur Zielscheibe revolutionärer Politik macht, der täuscht mit soldatischer Härte nur radikale Konsequenz vor, hinter der sich nichts anderes verbirgt als maßlose Schwäche. Wer seine Angriffsziele so *genau* bestimmt, daß es alle Soldaten trifft, der nimmt *wahllos* Opfer in kauf. Wer *unterschiedslos* alles Personal auf US-Territorium zum Tod verurteilt, der ist nicht revolutionär, sondern terroristisch. (Hinzugefügt sollte an dieser Stelle werden, daß solch eindeutiger Terrorismus etwa Bombenanschläge auf Bahnhöfe, Münchner Oktoberfest etc. in der älteren und jüngsten Geschichte nie von links praktiziert wurde, ein echtes Novum also; SF).

**»Wir wollen aber festhalten, daß die Revolutionäre Aktionen vermeiden müssen, die der Feind gegen sie ausspielen kann: z.B. einen Mann zu töten, nachdem sie ihn gefangengenommen hatten. Wir haben dererlei nie getan, wie empört wir auch über die Grausamkeit des Feindes waren; . . . denn es ist ein Fehler, sich der Methoden zu bedienen, die die öffentliche Meinung dem Feind zuschreibt . . . (*Fidel Castro, Rede vom 13.3.1967, bezugnehmend auf die Ermordung eines Funktionärs der venezuelanischen Regierung durch die Nationale Befreiungsarmee Venezuelas*)**

**Der K r i e g als schmutziges, hartes Geschäft muß bei der RAF für etwas herhalten, was ihr in ganz entscheidendem Maße fehlt: revolutionäre Moral und politische Stärke.**

**Oder hat die Guerilla in El Salvador auch diesen verklärten, sozialarbeiterischen Blick, wenn sie sehr wohl zwischen Offizieren und einfachen Soldaten unterscheidet, wenn sie jedem Soldaten beste Behandluung zusichert, der sich ergibt, wenn sie einzelne Soldaten auch dadurch entwaffnet, indem sie ihnen eine menschliche Behandlung garantiert, die sie innerhalb der Regierungsarmee nie erfahren haben? Zeugt es von militärischer Schwäche oder politischer Stärke, wenn die von der Guerilla gefangengenommene Tochter Duartes nicht ermordet, sondern durch die von der Luftwaffe bombadierten und zerstörten Dörfer geführt wird, damit sie nach ihrer Freilassung vor der nationalen und internationalen Presse etwas mit eigenen Augen bestätigt, was ihr Vater und das gesamte Militär unentwegt leugnen: der ungebrochene, mörderische Krieg gegen die Zivilbevölkerung, auch und gerade unter einer zivilen, christdemokratischen Regierung. Spielt nicht gerade die Politik des revolutionären Beispiels eine entscheidende Rolle bei der Desertation, bei dem rapiden Verfall der Kampfmoral innerhalb des salvadorischen Heeres? Die moralische und politische Zersetzung des Feindes – gearde auch durch das eigene, beispielhafte Verhalten, ist eine viel wirkungsvollere Waffe als der Genickschuß. (. . .)**

**RAF und Widerstand – eine Front-Attrappe**

»Die imperialistischen Staaten können aus ihrer substanziellen Instabilität und dem fortschreitenden Verlust ihrer Legitimität *nur noch* ihre Potenz zu Herrschen demonstrieren. Sie sind heute mit der Tatsache konfrontiert, daß *sie für keine einzige ihrer Maßnahmen einen passiven Konsens haben.*« (*Gemeinsame Erklärung der RAF und AD).*

Entwaffnender kann die RAF kaum noch formulieren, daß sie mit dem »Widerstand« nichts zu tun hat. Wer in der Globalität der Kriegsschauplätze zuhause ist, der ist sich offensichtlich dafür zu schade, Eindrücke und Erfahrungen vor Ort zu machen. Denn wenn es eine ganz zentrale Erfahrung in unserem Widerstand gibt, dann die, daß viele – auch von uns – noch lange nicht mit diesem System gebrochen haben. Die Massenbewegungen, ob AKW, Frieden oder Startbahn sind nicht alleine an der Brutalität des staatlichen Gewaltmonopols zerbrochen, sondern an unserer Unfähigkeit, den Bruch mit diesem System *massenhaft* zu vollziehen. Der passive Konsens, die Sicherheiten des bürgerlichen Lebens, die Angst, einen Schritt weiter zu gehen, die Annehmlichkeiten, die das System trotz aller Krisen bietet, waren meist doch stärker, als unser Versuch, unser Leben auf allen Ebenen zu radikalisieren. Wieviele sind denn noch im Widerstand, die 1968 gegen das Establishment revoltierten, die 1970 revolutionäre Betriebsarbeit gemacht und 1972 Häuser besetzt hatten? Machen wir uns doch nichts vor, die Mehrzahl ist schon lange nicht mehr im Widerstand, sondern auf dem Weg ins Establishment oder auf dem Weg zur Arbeit! Während die Utopien wie schwarze Lederjacken auf dem Bügel hängen, . . .»klingeln morgens wieder verstärkt die Wecker bei den Linken, gähnen unausgeschlafene Gesichter in die blinden WC-Spiegel, stellen muffige Anarchos fest, daß die Welt morgens um 7 Uhr alles andere als in Ordnung ist. Und dann rennt sie los, die verpennte Ex-Bewegung, mit Fahrrad und U-Bahn und all ihren Ansprüchen von Freiheit und Abenteuer im Hirn.« (*Anagan, Nr.3)*

Dieser passive, verschwiegene Konsens hat unsere Reihen mehr gelichtet, als die Knüppelschläge, Knaststrafen . . . Es sind die»inneren« Niedelagen, die viel mehr verwunden und schmerzen, als die »äußeren« . . . und wenn wir ehrlich sind, ist die Situation der Autonomen innerhalb sozialer Bewegungen noch nie so desolat, orientierungslos und unorganisiert gewesen wie zur Zeit (daran ändern auch die letzten AKW-Schlachten und die fetten Schlagzeilen nichts). Wir sind aus den Hochzeiten der Bewegung nicht gestärkt hervorgegangen, haben uns in unseren Lebensbereichen nicht verankert . . . übrig geblieben ist ein Häufchen von Verschworenen . . . hin und hergerissen zwischen »Hau drauf, Tango« und ungewohnten Selbstfindungsprozessen.

Doch als ob die RAF all das nichts anginge, krönt sie ihre »Analyse« mit der Feststellung: »Die Offensive jetzt ist auch deshalb zur Entscheidungsschlacht geworden, weil die reformistische Variante, Sozialdemokratismus und verdeckter Krieg auf allen Ebenen aufgelaufen ist.« (*Gefangene aus der RAF, April 1985)*

Lebt die RAF noch hier? Womit sind wir als radikales, autonomes oder anrchistisches Spektrum innerhalb sozialer Bewegungen konfrontiert, wenn nicht mit der reformistischen Variante? Wogegen rennen wir denn an – oft mehr aktionistisch als inhaltlich überzeugend – wenn nicht gegen reformistische Strategien innerhalb sozialer Bewegungen? Was ist denn das Konzept der Gewaltfreiheit, wenn nicht das reformistische Programm eines Großteils der Repräsentanten der Bewegung? Warum haben denn diese Vertreter (incl. grüne Parteifunktionäre) einen nach wie vor großen Einfluß auf Inhalte, Vorgehensweisen und Strategien innerhalb des Widerstands?

So sehr die RAF auch den Reformismus, den passiven Konsens mit ihrer Analyse liquidiert sieht, so sehr sind wir damit konfrontiert. Und dort, wo die RAF die Politik gestorben sieht, müssen wir überhaupt erst richtig ansetzen: den passiven Konsens mit diesem Staat politisch massenhaft zu durchbrechen: Vorstellungen, Lebensformen und Strukturen entwickeln, die unseren Bruch nicht nur auf der Demo oder sonntags sondern *jederzeit* spürbar machen!

(. . .) Wer dem Feind mehr Aufmerksamkeit widmet als den sozialen Bewegungen, wer sich am Feind mißt, anstatt an den sozialrevolutionären Ansätzen, wer seine Strategie an der Strategie des Feindes bestimmt und nicht an den Entwicklungsprozessen von Massenbewegungen, wer mehr Worte über die Ziele des Feindes findet und über die eigenen kein einziges Wort (mehr) verliert, der schenkt der Waffe mehr Vertrauen als den Menschen. »Gegengewalt läuft Gefahr zu Gewalt zu werden, wo Brutalität der Polizei das Gesetz des Handelns bestimmt, wo ohnmächtige Wut überlegene Rationalität ablöst, wo der paramilitärische Einsatz der Polizei mit paramilitärischen Mitteln beantwortet wird.« (*Ulrike Meinhof, Mai 1968*)

Doch das ist nicht nur ein Problem der RAF, über das sie zutode stürzt, während wir darüber stolpern. Denn das, was die RAF im Großen macht, wiederholen wir auf niedrigerem Niveau: bei Fighter- und Putzdemos, wo unsere Helden ihre Schlachten und Sympathien gewinnen. Das Scheitern der RAF und unsere Schwäche als autonome Bewegung hat einige gemeinsame Wurzeln:

' Allzuoft orientieren sich unsere Widerstandsformen am Vorgehen des Feindes und nicht an unseren eigenen Entwicklungsprozessen und viel zu selten an unseren Utopien und Zielen

' Allzuoft ist unser Widerstand nur an spektakulären Projekten des Feindes fixiert, anstatt langfristig und weiträumig die soziale und ökonomische Infrastruktur anzugreifen.

' Nicht selten ersetzen ritualisierte Militanz (schwarze Lederjacke und A-Kappe) und symbolisierte Härte (Holzknüppel und Steine) langfristige Vorbereitungen, effektive Aktionen (ohne viel Lärm und Mediengewitter). Es gibt auch zuviele Autonome, die mann/frau eher an der A-Kappe erkennt, als am solidarischen Umgehen miteinander.

' Auch wir lassen uns viel zu sehr vom Spektakulären blenden (»Schwere, blutige Straßenschlacht«, »Sturm auf . . .«), sonnen uns in einer Wertschätzung, die sie diktieren, anstatt die unter uns mager verteilte Bestätigung und Ermutigung an unsere Wertvorstellungen zu knüpfen. Es gibt gerade unter uns eine Hierarchie der Wertigkeit, die zutiefst reaktionär ist, die die Widersprüchlichkeit zwischen Angsthasen und Furchtlosen, Drückebergern und Frontkämpfern, Wasserträgern und Fightern nicht aufhebt, sondern vertieft und *kult*-iviert. (Vorrang der soldatischen vor den weiblichen Tugenden.)

` Auch wir machen unsere Stärke gelegentlich zu stark und ungenau an den *materiellen* Verlusten des Feindes fest und vergessen dabei, daß die größten Verluste des Feindes die sind, die nicht reparabel und ersetzbar sind. (. . .) Kaputte Fensterscheiben, brennende Wannen lassen sich ersetzen, aber nicht zerstörte Rechtsgläubigkeit und Staatsloyalität. Neben dem (zer-)störenden Charakter unserer Handlungen müssen wir uns verstärkt nach dem *gewinnenden* Charakter unseres Vorgehens orientieren. Etwas pathetisch gesagt: Es muß uns um die Herzen der Menschen gehen, die wir gewinnen wollen.

**Die Entwicklung einer neuen revolutionären Strategie**

Sicherlich legt die Kritik an der RAF und an uns selbst nahe, an der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit revolutionärer Strategien überhaupt zu zweifeln. Die Legalisten einer »friedlichen« Veränderung innerhalb des Systems stützen sich ja mit beiden Armen auf das Scheitern der RAF und auf die offensichtliche »Erfolglosigkeit« militanter Strategien der letzten Jahre. Es liegt an uns jenen Repräsentanten etwas entgegenzusetzen, die davon leben, die Entfaltung revolutionärer Strategien zu verhindern, um die Unzufriedenheit für die Modernisierung des Systems abzuschöpfen. Es liegt an uns, über die oft bruchstückhaft geübte Kritik und Selbstkritik hinauszugehen, eigene Vorstellungen von revolutionären Strategien zu entwickeln, die endlich wieder mehr mit uns, unseren Erfahrungen und Phantasien zu tun haben. (. . .)

Es spricht für sich selbst, daß kaum einer von uns »Revolution« mit der BRD verbindet, schon eher mit Südafrika oder Mittelamerika. Vielleicht bis 1972 hatten die Unruhen noch etwas mit Revolution, Umsturz und Sozialismus zu tun . . . Ob wir selbst nicht längst – mehr oder weniger heimlich – revolutionäre Vorstellungen im eigenen Land begraben haben, weil wir von der Aussichtslosigkeit instinktiv überzeugt sind?

All das, was den Befreiungskampf in der 3. Welt ausmacht, fehlt uns anscheinend: ein revolutionäres Volk, der unumstößliche Glaube an die Revolution und den Sieg, Rückzugs-Terrain á la befreite Gebiete usw. (. . .) (Der Artikel deshalb kommt zum Schluß, daß eine militärische Option Selbstmord oder Wahnsinn ist, – denn: man muß nur El Salvador zum Vergleich heranziehen,wo es trotz aller revolutionären Bedingungen nur zum militärischen Patt reicht und die Guerilla auf die *politische und soziale Ausdehnung* setzt; SF)

(Eine revolutionäre Bewegung in der BRD muß sich deshalb) in den Gefühlen, Erfahrungen, Utopien der Menschen und deren Möglichkeiten »frei« bewegen (können. Sie ist) hier in viel stärkerem Maße von den »Freiräumen« abhängig, die die Massenbewegungen ständig schaffen, erhalten und ausdehnen müssen. Eine revolutinäre Strategie müßte *auf jeden Fall* zumindest die Sympathie und Unterstützung derer besitzen, die den Widerstand gegen dieses System tragen (z.B. Anti-Atomanlagen-Bewegung etc.). (Befreite Gebiete in Lateinamerika stellen eine lebendiges Beispiel der Gegengesellschaft vor, dies gewinnt die Sympathien, beantwortet die Frage nach der neuen Lebensweise, Gesellschaftsordnung konkret, nimmt Ängste und Vorurteile, gibt Selbstbewußtsein [– gekürzte inhaltliche Wiedergabe – SF]): Hier ist und wird es nicht anders sein: auch hier sitzt die Angst vor »Anarchie und Chaos« tiefer, als die Angst vor einem ungelebten, versagten Leben. Jede revolutionäre Bewegung hier wird sich das Vertrauen selbst schaffen müssen. Und da es auf absehbare Zeit in der BRD keine exterritorialen »befreite« Gebiete geben wird, müssen wir andere Wege finden, die Keime einer neuen Gesellschaft sichtbar zu machen. Die Strukturen dieser Gegenmacht werden jedenfalls *innerhalb* dieser Gesellschaft liegen, ein »außerhalb« wird es in der allseitig-erschlossenen BRD nicht geben. Umso wichtiger wird hier die *Waffe des eigenen Beispiels* sein, umso entscheidender wird es sein, Strukturen von Gegenmacht innerhalb und über soziale Bewegungen hinaus dauerhaft zu entwickeln. (. . .)

(Ausgangspunkt in der BRD ist auch – aber weniger die materielle Armut, weniger das Klassenbewußtsein [– gekürzte Wiedergabe, SF]. Denn:) Der »klassenlose« Konsum als Lebensersatz und Beweis für Gesellschaftsfähigkeit, der fast völlige Verlust von sozialer Kultur, die neuen Technologien als Lebensprogrammierer, die Ohnmacht selbstbestimmt zu handeln – sie tragen zur Aufrechterhaltung der Ordnung viel wirksamer bei, als die mit offener Gewalt erzwungene Loyalität und Unterordnung. Die ökonomische und politische Stabilität des »Modell Deutschland« zeichnet sich gerade dadurch aus, daß es nicht *gegen* die Menschen, sondern *durch sie hindurch* greift; man regiert nicht gegen die Gewerkschaften, sondern durch sie hindurch, man verbietet nicht die grüne Partei, sondern bindet sie mit ein, man vermeidet offene Gewalt – wo es geht – und gießt sie stattdessen in neue Techniken der Kontrolle, Überwachung und Verfolgung. Die allseitige Erfassung und Zurichtung erfolgt schon lange nicht mehr nur in der Fabrik bzw. am Arbeitsplatz; der Zugriff erfolgt auf alle unsere Lebensäußerungen und gerade dort, wo wir uns anscheindend unkontrolliert und frei fühlen. Ein Befreiungskampf also, der sich auf die ökonomische und militärische Gewalt fixiert, verharrt und beharrt auf einer historischen Entwicklung, die das Kapital in den Metropolen längst qualitativ überschritten hat. Ein Befreiungskampf hier würde in einem viel stärkeren Maße bedeuten, die soziale Identität, Kultur und Lebensräume und -zusammenhänge zurückzuerobern bzw. neu zu entwickeln. Nicht umsonst können wir mit der Geschichte, Kultur, dem Land BRD nichts oder gar nichts anfangen, während die Befreiungskämpfe in der 3. Welt gerade mit der Geschichte ihres Landes ihre Identität verknüpfen.(»Patria libre o morir«)[Darin dürfte allerdings keineStärke zu finden sein, denn eine Gegenkultur und Widerstand hier, richtet sich ja nicht allein gegen die Regierung, die Macht, sondern auch gegen *dieses Deutschtum* an sich; SF]

Auch müssen wir davon wegkommen, militantes Vorgehen an den *Mitteln* festzumachen, sei's ein Stein, eine A-Kappe, ein Molli oder eine Knarre. Die ganze dämliche Gewaltdiskussion hat offensichtlich auch bei uns Spuren hinterlassen: oft unbewußt und unausgesprochen setzen wir Militanz mit Putz und Randale gleich und reduzieren sie damit selbst auf ihre bürgerliche Interpretation. Doch was schlimmer ist: wir selbst fangen an,

die Gewaltfrage zur Trennungslinie unter uns und gegenüber anderen zu machen. Wer »gewaltfrei« ist, hat Schiß und verdient bestenfalls ein mildes, mitleidiges Lächeln; wer dagegen den Zoff mit den Bullen sucht, ist militant, kurzum gut drauf. Doch es geht gar nicht um die Frage, wer »gewaltfreies« oder »gewalttätiges« Vorgehen befürwortet, sondern darum, welches *Ziel* damit verfolgt wird! Wenn wir aber nicht mehr das Ziel zur Trennungs- und Konfrontationslinie mit anderen Teilen der Bewegung machen, dann machen wir uns *selbst* zu dem, wie uns andere allzugerne sehen möchten: Stahlkugelfraktion. Wenn mann/frau uns vorallem an der A-Kappe erkennt und nicht mehr an unseren Zielen, wenn mann/frau sieht, daß wir wie elektrisiert auf jeden Bullen reagieren, anstatt das anzugreifen, was *hinter* Bullenketten geschützt werden soll, dann messen wir uns mit denen, anstatt mit unseren Zielen.

(Ende des Beitrags, es existiert noch ein Nachtrag zur RAF-Einschätzung nach dem Autonomen-Treffen im August 1986, wobei sich die Diskussion auch um die Beckurts-Ermordung drehte. Ergänzend – und wohl auch auf v. Braunmühls Ermordung beziehbar – wird ausgeführt:) »Wer die Kritik an der RAF-*Politik* teilt und die *Praxis*, die Bekkurts-Ermordung Spitze findet, der verleugnet nicht nur das Selbstverständnis der RAF, der bleibt auch inkonsequent und *politisch* wenig glaubwürdig. Denn so lange die RAF die Beckurts-Ermordung aus *demselben* politischen und ideologischen Selbstverständnis heraus bestimmt wie die Pimental-Hinrichtung und den Airbase-Anschlag, bleibt die Beckurts-Ermordung – als Ausdruck einer politischen Strategie – konterrevolutionär. (. . .)

Die »Politik der Liquidation« ist auch eine Frage des Mittels. Sie hat eine Tradition: die der Freicorps in der Weimarer Republik, der SS/SA-Kommandos in der Nazi-Zeit und der Todesschwadronen in Mittel- und Südamerika. *Diese* Tradition lebt noch heute in der faschistoiden Bürgerwehr - und »Kopf ab«-Mentalität anständiger Bürger. Gerade deshalb ist Liquidation nicht eines von vielen Mitteln, (. . .) Denn gerade hier in der BRD, wo das Mittel der Liquidation mehr als faschistoide Lynchjustiz, als als revolutionäre Gegengewalt begriffen wird, müssen wir alles daransetzen, eben nicht mit den Mitteln des Feindes identifiziert und gleichgesetzt zu werden. (. . .)

Vielleicht aber hat auch die »klammheimliche Freude« vielmehr mit dem *Fehlen einer revolutionären Utopie, mit der fehlenden Hoffnung auf eine »Revolution der Massen« zu tun als mit der RAF*?!. Eine Freude, die aus unserer Schwäche kommt und eben nicht aus unserer Stärke. Wenn wir eh nicht mehr daran glauben, in diesem Land eine Mehrheit für einen revolutionären Prozeß zu gewinnen, dann kann's uns auch scheißegal sein, was sie über dies und jenes denkt – Hauptsache, es erwischt wenigstens auch ein paar von denen. Nach uns die Sintflut . . . Ich denke unsere Freude hat viel mit diesem Gefühl zu tun, ein Gefühl, das gelegentlich auch unsere Aktionen prägt, Hauptsache, es ging gut ab. Mag sein, daß wir eine Revolution hier vergessen können. Vielleicht gerade deshalb ist es wichtig, unsere Vorstellungen und Utopien *jetzt zu leben*, sie gemeinsam zu entwickeln und unser Handeln daran zu messen – gerade dann, wenn wir auf ein schwarz-rotes Morgen nicht zu warten brauchen.

Wir machen es uns zu einfach, wenn wir die Kritik an der »Stahlkugelfraktion« nur jenen zuordnen, die eh ein anderes, sprich reformistisches und legalistisches Ziel oder bereits einen Amtssessel unter'm Arsch haben. Denn diese Kritik haben auch jene, die mit uns ein gemeinsames Ziel teilen, die radikale Veränderung des Systems. Wenn also die Aktiven der *Graswurzelrevolution* und die Pazifisten Schwierigkeiten mit unseren Aktionsformen haben (und nicht wenige Autonome haben das auch, auch wenn wir kaum offen darüber reden – mann/frau macht dann einfach nicht mit), dann wird es höchste Zeit, diese Kritik ernst zu nehmen. Dabei geht es nicht darum, inwieweit der Putz andere gefährdet bzw. andere Aktionsformen defacto ausschließt oder dominiert.

Unsere Selbstkritik müßte vielmehr dort ansetzen, wo das Mittel selbst zum Ziel bzw. dessen Ersatz wird. Denn an einer fundamentalen Schwierigkeit der letzten Jahre kommen wir nicht mehr vorbei: die konkrete Bestimmung dessen, wie wir unserem Ziel näherkommen wollen. Es genügt eben nicht, ein *richtiges Ziel* zu haben, wir müssen auch sagen können, wie wir dorthin kommen. Außer »Hau weg den Scheiß« haben wir kaum etwas an Alternativen geboten bzw. den »Realos« entgegengesetzt. Doch darum geht es, wenn man uns auch an den besseren Argumenten und Vorschlägen erkennen soll.

Klar müßte sein, daß »gewalttätiges« Vorgehen nur *eine* Möglichkeit von vielen darstellt, militant zu handeln. Doch gerade auf Demos erkennt mann/frau uns nicht an der Vielfalt unserer Aktionsformen, sondern an der Einfalt – und das oft schon von weitem!

Der letzte Punkt betrifft die Orte und die Kontinuität unseres Widerstands. Gerade autonome Politik hat sich in den letzten Jahren vorallem an den »Brennpunkten« festgemacht, ob AKW, Internationalismus, Volkszählung etc., wechselten wir das Projekt und das Thema – autonome Feuerwehrpolitik (die Startbahn ist da wirklich eine tolle Ausnahme). Wenn es aber nicht nur um das Projekt gehen soll, sondern gerade auch darum, Zusammenhänge zuschaffen, Strukturen aufzubauen, eine Region unregierbar zu machen, d.h. lebenswert, dann müssen wir uns auch viel langfristiger, kontinuierlicher und alltäglicher engagieren, als wir das bisher gtean haben. Die wenigen festen autonomen Zusammenhänge und Gruppen in den einzelnen Städten drücken ja aus, wie aktionsgebunden unsere Strukturen sind und wie selten sie aus einem gemeinsamen Alltag herauswachsen.

Und je weiter die Orte des Widerstands von unserem Alltag entfernt sind, desto *sonntäglicher* wird unser Widerstand. Ein Sonntag macht noch lange keinen Revolutionär, wenn er/sie sich werktags wie ein Arsch verhält.

**lupus ★**

**(Der Text umfaßte 30 Manuskriptseiten und mußte etwas gekürzt werden, wir haben uns bemüht ihn inhaltlich trotzdem korrekt wiederzugegen), SF-Red.:**

SF januar 1987
(SF = Schwarzer Faden, nein nein nicht Science Fiction)

Auszüge aus dem gemeinsamen Redebeitrag von Autonomen und Antiimperialisten, gehalten auf der Veranstaltung der Initiative Bayr. Strafverteidiger zu den neuen Gesetzen am 1.12.86 an der Uni München

Wir sind Leute aus verschiedenen politischen Zusammenhängen. Nach den Ereignissen ums Zunfthaus, wo die VA zu den politischen Gefangenen in der BRD abgeräumt wurde, haben wir uns zusammengesetzt und an der Situation jetzt diskutiert. Der Redebeitrag ist Ergebnis und Ausdruck dieser gemeinsamen Diskussion.

I

Warum uns die Veranstaltung wichtig war:
Uns gings darum, eine breite Diskussion über die Situation der politischen Gefangenen in der BRD anzufangen, über die Tatsache der seit 15 Jahren praktizierten Isolationsfolter zu informieren und wie wir die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung in große Gruppen durchsetzen können und wollen. Dazu waren auch Angehörige der Gefangenen und ein Rechtsanwalt da, weil sie diejenigen sind, die am direktesten mitbekommen, wie es den Gefangenen geht, was ihre Bedingungen sind.
Unser Verhältnis zu den Gefangenen ist ein ganz direktes, weil ihr konsequenter Kampf um ihr Zusammenkommen genau dem entgegensteht, was der Staatsschutz mit Knast und Isolationshaft erreichen und vermitteln will: daß deine politische Identität drinnen aufhört, deine Menschlichkeit und deine Ziele, für die du draußen in nem kollektiven Prozeß gekämpft hast, vernichtet werden.
Die Zusammenlegung durchzusetzen heißt für uns, dem Staatsschutz an seinem schärfsten Mittel, wo sie den Widerstand brechen wollen, eine Grenze zu setzen und mit den Gefangenen die Bedingungen durchzusetzen die sie brauchen, um als politisch denkende und handelnde Menschen leben und überleben zu können.

Selbst vor dem UNO-Menschenrechtsausschuß in New York wurde die BRD wegen Isolationsfolter angegriffen und verurteilt. D.h., durch die jahrelangen Kämpfe drinnen und draußen haben sie die politische Legitimation für die Vernichtungshaft hier und international verloren. Sie operieren nur noch mit offenem Terror, wo sie die Gefangenen als terr. Vereinigung bezeichnen, und die Diskussion um die Zusammenlegung über den § 129a kriminalisieren, und verhindern wollen.
Ich werde euch jetzt erzählen, wie die Räumung der Veranstaltung vorbereitet wurde und wie sie abgelaufen ist, weil daran der militärische Charakter der Aktion deutlich wird; daß es ein Manöver der offen praktizierten Aufstandsbekämpfung war - so, wie sie in allen Staatsschutzaktionen der letzten Monate gegen den Widerstand - zuletzt gegen die BUKO in Regensburg - vorgegangen sind:
Sie hatten praktisch die ganze Straße abgeriegelt und sich in weiten Umkreis aufgebaut. Den Busfahrern wurde z.B. gesagt, ab so und soviel Uhr die und die Haltestellen nicht mehr anzufahren; die Presse wurde mit dem Hinweis angerufen, daß sie jetzt den legalen Arm der RAF abräumen.
Wir hatten gerade mit den Beiträgen angefangen, als sie mit hoher Geschwindigkeit und Blaulicht in die Hofeinfahrt brachen, und nach wenigen Sekunden war der Saal mit Bullen besetzt. Erst danach wurde das Verbot per Megaphon mitgeteilt, das vom BGH schon am Vortag ausgestellt war. Eineinhalb Stunden lang filmten sie den ganzen Raum ab, stellten Mikrophone auf, während sie einzeln alle Teilnehmer zur Personalienfeststellung, Taschendurchsuchung und Körperfilze nach draußen führten.

Auf dem Vorplatz hatten sie sich mit mehreren Hundertschaften - BGS, LKA und BKA - aufgebaut. Neun Leute wurden festgenommen; gegen mich läuft jetzt ein Verfahren wegen § 129a - Werbung -, was sie an der Raumanmietung festmachen. Während meiner Festnahme wurde meine Wohnung von LKA und Staatsanwaltschaft durchsucht.
Ich zitiere jetzt aus dem Durchsuchungsbeschluß, weil daran auch offen wird, worum es ihnen geht:
"Das Veranstaltungsziel, als Propagandamittel im Rahmen der breit angelegten 'Offensive' der RAF für die terroristische Rote Armee Fraktion zu werben, wird v.a. an folgenden Passagen des Flugblattes zur Veranstaltung deutlich:

'Der Kampf der Gefangenen aus RAF und Widerstand für ihre Zusammenlegung wird zu einem Bestandteil vieler Kämpfe gemacht, deren Ziel die Vermittlung von Kollektivität ist.' ...
Auch die folgende Aufzählung der 'Krisen- und Kriegsprojekte wie Gen- und Hochtechnologie, zivile und militärische Atomprogramme, Volkszählung und Asylrecht, deren Kern - imperialistische Herrschafts- und Ausbeutungssicherung - durch den Widerstand demaskiert wird' beinhaltet im Klartext, daß sich die Veranstalter mit den Anschlägen der RAF identifizieren und sie glorifizieren."
Das heißt praktisch, daß sie schon Informationen und Diskussionen über Projekte und Strategien des Staates als 'Werbung für die RAF' mit dem § 129a kriminalisieren und unterdrücken. Das ist auch ein Teil des Inhalts der neuen Gesetze: der offene Krieg gegen den Widerstand.
Der Angriff auf die Veranstaltung ist Ausdruck davon, wie sie jedes praktische Verhältnis zu den Gefangenen gewaltsam zerschlagen wollen, indem sie die Diskussion darüber kriminalisieren.
Der bayr. Innenminister Lang sagte in einer Stellungnahme, es werde auch in Zukunft nicht geduldet, "daß bei oberflächlich als Informationsveranstaltung kaschierten Treffen offen für die Ziele der terroristischen Bande RAF geworben, Unterstützer rekrutiert und Straftaten verherrlicht werden sollen".
Und Rebmann: "Es geht um den Teilnehmerkreis".
Es ist ihre Reaktion auf die Entwicklung der letzten Jahre, wo sie mit psychologischer Kriegsführung und Hetzpropaganda auf ne Grenze gestossen sind, wo die Zusammenlegungsforderung zu nem Bestandteil vieler Kämpfe geworden ist und verstanden wird, da zielen sie mit ihrer Kriminalisierung auf das breite Bedürfnis zur Auseinandersetzung, und im Widerstand zusammenzukommen.

## I I

Darum ging es ihnen auch mit dem Verbot der BUKO in Regensburg am Wochenende.
(folgt ein frei gehaltener Teil über die Ereignisse um die BUKO und zu der Durchsuchung der Kiefern- und der Räumung der Hafenstr.)

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist, die BRD bis zur Bundestagswahl "besetzerfrei" zu machen.
In einem besetzten Haus soll die Unterjochung des Menschen durch den Menschen sterben, Projekte gemeinsam für alle gestaltet werden. Die Alltäglichkeit ist Kunst, und die Einsamkeit eine Reliquie aus Eichendorff-Gedichten.
Das können sie auch durch Repression nicht mehr töten, denn das ist eindeutig: bei wem die Utopie Lebensgefühl ist, der kann nicht anders als sie zu leben!

## I I I

Gegen uns, die wir die Utopie leben, die wir den Staat bekämpfen, führt er Krieg, wir sind für ihn die "Terroristen":
Aber auch, wer erstmal nur Protest und Empörung gegen die Zerstörung des Lebens und der Lebensräume zum Ausdruck bringt ist, wenn er dies konsequent tut, schnell mit dem totalen Zugriff des Staates auf seinen Alltag konfrontiert. Von uns hat jeder schon die Erfahrung gemacht, was es heißt, tagelang auf Schritt und Tritt von Zivilpolizisten oder Verfassungsschützern verfolgt zu werden; du telefonierst mit dem bewußtsein, daß alles was du sagst aufgezeichnet wird; auch daß die Post gelesen und kontrolliert wird ist alltägliches Erscheinungsbild und Ausdruck der Verfügungsgewalt des Staates über jede nicht schon von ihm kontrollierte Regung.

## I V

Mit dem was wir sagen geht es uns nicht um Visionen vom "Atomstaat", oder vom "großen Bruder"; auch nicht um platte Vergleiche zum Nazifaschismus, sondern darum, den Staat in all seinen Erscheinungsformen zu erfassen, um ihn bekämpfen zu können.

Wir wollen an dieser Stelle darüber reden, warum die BRD politischen Widerstand so hart bekämpft, und warum sie's so macht, d.h. durch die

Verabschiedung neuer Gesetze, justiziell und auf institutionalisierter Ebene:
Die Ausschaltung der politischen Opposition durch die Justiz ist ein altes, aber keineswegs überholtes Mittel. Während der Nazi-Faschismus keine gesetzesmäßigen Grundlagen brauchte und der Volksgerichtshof der Zurschaustellung faschistischer Macht diente, indem jegliche Opposition im öffentlichen Schauprozeß zur Liquidation freigegeben wurde, vollzog die BRD einen äußerlichen Bruch mit dem weltweit als "Unrechtsstaat" identifizierten Deutschen Reich.
Dieser scheinbare Bruch war notwendig, weil das Kapital, d.h. ab 45 insbesondere das US-Kapital, einen soliden Stützpunkt in Westeuropa brauchte: als Bollwerk gegen den sozialistischen Block, als fester Stützpunkt für die Umsetzung amerikanischer Interessen in Westeuropa, und - später - als Ausgangsbasis für die verdeckten und offenen Kriege in Asien und im Nahen Osten. Um dieser Funktion gerecht werden zu können mußte die BRD ein mächtiger und v.a. nach innen stabiler Staat werden, politischen Widerstand auf "saubere Art" beseitigen.
"Demokratie und Rechtsstaat" heißt dafür das Zaubermittel, das in den 50er Jahren auch gegen all jene durchgedrückt wurde, die ne andere Vorstellung davon hatten, wie der Staat nach Hitler aussehen sollte: so die Zurücknahme der Sozialisierung in Hessen durch den US-General Clay, das KPD-Verbot 1956 usw.
Man kann an vielen Punkten sehen, daß der Bruch mit den faschistischen Konzeptionen und Planungen real nie stattgefunden hat:
Ein Beispiel ist, daß die Nazis mit der Erforschung der sog. "sensorischen Deprivation" begannen, d.h. sie machten in verschiedenen KZs Experimente, bei denen sie die Auswirkungen von vollständigem Reizentzug testeten, bzw. wie der Mensch sich in totaler Isolation verändert. Die Forschungsunterlagen wurden bei der Besetzung durch die US-Armee von dieser mitgenommen, in den USA von dortigen Wissenschaftlern weiterentwickelt und bildeten Anfang der 70er Jahre die wissenschaftliche Grundlage für den Aufbau der Hochsicherheitstrakte. Isolation ist so in der BRD und in anderen westeuropäischen Staaten zum "sauberen" Mittel für die schleichende Liquidierung der politischen Gefangenen geworden.
Die "Entnazifizierung" hat nie stattgefunden: die Richter und Staatsanwälte des 3. Reiches wurden fast vollständig in den neuen Justizapparat übernommen, und noch im Untersuchungsausschuß zum Tod Ulrike Meinhofs saß der ehemalige SA-Kämpfer und NSDAP-Staatsanwalt Erwin Schüle, der nach dem Krieg sogar Leiter der Zentralstelle zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen war; die alten Reichswehroffiziere bauten die Bundeswehr auf; ein gewisser Hanns-Martin Schleyer begann Anfang der 70er Jahre mit der Realisierung der von ihm 43/44 in der Tschechoslowakei ausgearbeiteten Arbeitsplanungskonzeptionen; die Krupps und Thyssens und wie sie sonst noch heißen wurden, sofern sie überhaupt jemals einen Fuß ins Gefängnis gesetzt hatten, nach wenigen Jahren amnestiert, weil der Staat sie zum "Neuaufbau" brauchte.
Schließlich der Aufbau der Geheimdienste, denn sie spielen - genauso wie private Sicherheitsinstitutionen (schwarze und silberne Sherrifs etc.) - für die Absicherung der inneren Stabilität eine besondere Rolle. Es ist bei ihnen so, daß sie scheinbar unabhängig vom Staatsapparat und so für den Einzelnen nicht greifbar sind, und daß sie außerhalb jeglicher angeblicher "parlamentarischer Kontrolle" liegen.
Beispielhaft ist die Entstehung des BND: Gehlen, der im Krieg Oberkommandeur in den Ostgebieten war, lief noch vor Kriegsende mit wichtigen Unterlagen zu den Amerikanern über. Aufgrund dieser Unterlagen konnten die alten Mitglieder der KPD gezielt ausgeschaltet werden. Später organisierte Gehlen die Ostspionage, wo er von der CIA wegen seiner genauen Kenntnisse als sehr kompetent geschätzt wurde. Danach baute er den BND auf und war jahrelang dessen erster Präsident.
Sie brauchen diesen geheimdienstlichen Apparat, genauso wie die präventive Aufstandsbekämpfung und den Justizapparat, denn sie müssen, wie Genscher das ausdrückt, "innenpolitisch die Voraussetzungen schaffen um außenpolitisch handlungsfähig zu bleiben".
Darin spielt die Justiz eine besondere Rolle - der NATO-Stratege Frank Kitson, der sich v.a. mit dem Thema Aufstandsbekämpfung befasste, schrieb in seinem Buch "im Vorfeld des Krieges" zur Rolle der Justiz:
"Ganz allgemein gibt es dafür zwei Alternativen. Erstens könnte die

Justiz als eine der Waffen im Arsenal der Regierung benutzt werden. In diesem Fall wird sie nichts weiter als eine propagandistische Verkleidung für die Beseitigung unerwünschter Personen des öffentlichen Lebens sein. Damit das wirkungsvoll funktioniert müssen die Tätigkeiten des Justizdienstes so diskret wie möglich in die Kriegsvorbereitungen einbezogen werden. Dies bedeutet, daß das für die Justiz verantwortliche Mitglied der Regierung entweder im obersten Gremium sitzt oder seine Weisung vom Regierungschef selbst bekommt. Bei der anderen Alternative soll das Recht unteilbar bleiben und die Justiz die Gesetze des Landes ohne Weisung der Regierung anwenden. Selbstverständlich kann die Regierung neue Gesetze für den Umgang mit Subversionen einführen die, falls erforderlich, sehr hart sein können. wenn diese Gesetze erlassen sind, wird die Justiz das auf ihnen beruhende Recht ausüben. ... diese zweite Alternative ist in der Regel nicht nur moralisch rechtens, sondern auch anzuraten, weil es den Zielen der Regierung mehr entspricht, die Loyalität der Bevölkerung zu erhalten."
Es gibt mittlerweile ein Dutzend von Beispielen für diese Vorgehensweise: das KPD-Verbot, die Notstandsgesetze, der Radikalenerlaß, die Lex Baader-Meinhof, die Antiterror-Gesetze 75, die Einführung des § 88a (Aufruf zur Gewalt), danach die Einführung des § 130a "Befürwortung von Gewalt".

Die Diskussion die es um ihn gab ist beispielhaft, weil bewährte Verfahrensmuster und Roßtäuschertricks benutzt wurden: zunächst sollte - zum Schein - die Befürwortung von Gewalt im § 130a allgemein unter Strafe gestellt werden. Nach den lebhaften Protestreaktionen, die von den Gesetzesinitiatoren einkalkuliert und erwartet worden waren, sowie nach den kritischen Stimmen, die sich im Ausland erhoben - beschloß der Gesetzgeber, die Strafvorschrift "einzuengen", nämlich auf das, worauf der Staatsapparat von Anfang an mit dem Gesetzesentwurf abzielte: nur solche Befürwortung von Gewalt unter Strafe zu stellen, die sich durch sogenannte "Verfassungsfeindlichkeit" auszeichnet, also einen Bezug auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD hat. Damit wurde dem breiten Proteststurm die Spitze genommen.
Man beachte die auffallende Übereinstimmung zur geräuschvoll und spektakulär geführten Kronzeugen-Diskussion. Bei ihr ist auch wichtig, daß der § 129a selbst schon die Möglichkeit zum Kronzeugen beinhaltet (Strafmilderung, wenn zur Zerschlagung der Vereinigung oder zur Aufdeckung von Planungen beigetragen wird) und so auch schon angewandt wurde wie z.b. bei Volker Speitel. Wenn also Strafrechtsprofessoren und liberale öffentlichkeit bei der Neufassung der Kronzeugenregelung so laut aufgeschrien haben, so liegt das daran, daß nach der neuen Fassung nicht der Richter, sondern die Bundesanwaltschaft über die Anwendung des Kronzeugenparagraphen entscheidet, und somit die angebliche "Gewaltenteilung" (als wesentlicher Rechtsgrundsatz der BRD) faktisch und nach außen manifest außer Kraft gesetzt außer Kraft gesetzt wird.
Das andere Beispiel dafür, wie ein schon bestehender Paragraph entsprechend der gesellschaftlichen Verhältnisse und damit der Bedürfnisse des Staates immer wieder umdefiniert wird, ist der §129a:
Wichtig ist, daß er immer der Hebel zur Verhinderung und Zerschlagung von politischer Organisierung war: als er als § 129 eingeführt wurde, war er Teil der Sondergesetze zur Verfolgung der Sozialisten, Anfang der 20er Jahre wurde er mit Unterstützung der nunmehr an der Macht teilhabenden Sozialdemokraten neu ausgelegt und in massiver Form zur Verfolgung der Kommunisten angewandt; zwischen 1933 und 45 war er überflüssig geworden, weil die politische Opposition auch ohne gesetzliche Grundlage zu Tausenden in die KZ's geschickt wurde. Nach 49 wurde er wieder ausgegraben, und nach dem KPD-Verbot v.a. häufig gegen sog. "Unterstützer" angewandt, die dadurch ebenfalls im Knast landeten. Auf dem Höhepunkt der staatlichen Repression Mitte der 70er Jahre wurde er als 129a verabschiedet und mit dem neuen Begriff der "terroristischen Vereinigung" belegt.



Terrorismus: der Angriff auf das Volk: Fürsten, die Leibeigene halten, Menschen zu Werkzeugen züchten und bis zum Tode auspressen.

Terrorismus, das ist die Gesetzlosigkeit der Herrschenden

- so begriffen es die, welche das barocke Feudalsystem bekämpften.

Nun Modell Deutschland - der perfekte Staat, die Verwurzelung des Wirtschaftssystems in jedem Einzelnen: Finde deinen Lebenssinn in der wirtschaftlichen Position!
Modell Deutschland: Nicht zu wissen, weshalb Mensch was macht weil alles Handeln im Zeichen des Gesetzes steht.
Modell Deutschland: Das Selbstverständnis des Einzelnen nur noch bestimmt von der Ich-Findung in der herrschenden Moral: der Bürger, der erst vom Fernseher erklärt bekommt, wie er zu denken hat; der sogenannte Kriminelle, der von Resozialisierung träumt.

Rechtsstaat ist der unreflektierte Glaube in das Parlament und die hündische Unterwerfung unter die Wahrheit der Medien.
Rechtsstaat heißt: den totalitären Polizeimaßnahmen die rechtliche Grundlage geben.

Der Staat sagt Terroristen und meint die, welche mit ihm gebrochen haben.

Und weil wir den Staat angreifen behauptet die Logik des Rechtsstaates wir würden das Volk treffen, weil das System keine Vorstellung zulassen darf, die über stabile Währung, ein Reihenhaus - isoliert, verriegelt und rechtlich geschützt - hinausgeht.

Der Rechtsstaat muß uns per Gesetzestext zu Volksfeinden definieren weil wir ihm unversöhnlich entgegenstehen.
Der Staat hat kapiert, daß nicht nur RAF und RZ die Tinte für seinen Todesurteil mischen.

VI

Daß der § 129a auch bei der jetzt bevorstehenden Ausweitung nicht zur "Bekämpfung Krimineller" dienen soll, wie permanent behauptet wird, zeigt eine Aussage des bayr. Innenministers Lang, der laut SZ vom 27.11. sagte, es handele sich bei den Strommastensägern um "ideologisch motivierte Gewalttäter", die mit der Störung der Energieversorgung das gesamte Gesellschaftssystem der Bundesrepublik treffen wollen.

Daß der Staat so vorgehen muß, daß er Widerstand zum kriminalistischen Problem macht und dazu immer mehr Gesetze verabschiedet, oder alte neu auslegt, um seine zentralen strategischen Projekte durchzusetzen, daran wird deutlich, daß er immer weniger Menschen von der angeblichen Notwendigkeit dieser Projekte überzeugen kann. Die Stationierung der Mittelstreckenraketen gegen die Mehrheit der Bevölkerung, die erneute Ausarbeitung der Volkszählung, und die Bekämpfung des nach Tschernobyl massiv angewachsenen Anti-AKW-Widerstandes zeigen im Gegenteil, daß er diese Projekte nur noch unter Anwendung militärischer Gewalt durchsetzen kann: Gummigeschosse, CS-Gas, Einsatz der GSG9 an der WAA sind Beispiele dafür.

Und es ist so, daß das offen harte Auftreten in den letzten Wochen Reaktion der staatlichen Organe darauf ist, daß all diese Gewalt und Maßnahmen, die sie schon längst praktizieren, immer weniger abschrekken, daß der Widerstand seit der Stationierung nicht mehr aufhört, sondern zunimmt, vom breiten Massenprotest, über militante Demos bis hin zu Sabotageaktionen und militanten und bewaffneten Angriffen.
Diese verschiedenen politischen Initiativen und Aktionen wirken gemeinsam gegen den Staat, v.a. weil innerhalb des Widerstandes die unterschiedlichen Vorstellungen, die real da sind, nicht mehr wie Mitte der 70er Jahre zur Abgrenzung gegeneinander benutzt und dadurch kanalisiert werden, sondern eine gemeinsame Trennungslinie gegen den Staat, seine Projekte, seine Profit- und Vernichtungsinteressen gezogen wird. Da spielen die gemeinsamen Erfahrungen mit der Brutalität der Staatsgewalt eine Rolle, aber mehr noch ist es, daß ein Austausch über gemeinsame Vorstellungen, Ziele, Perspektiven angefangen hat, weil wir das wollen und weil wir's zusammen anpacken. Das findet seinen Ausdruck auf unterschiedlichen Ebenen - die Organisierung der Häuser, wie in der Kiefern- und Hafenstrasse sind ein Beispiel. Ein anderes Beispiel ist die Demonstration in Hanau, wo mehr als 25000 Menschen gegen die Atompolitik und gegen die Spaltung des Widerstandes auf der Straße waren; dabei gab es Transparente, Flugblätter und Redebeiträge, die darüber weit hinaus gingen, und zum Beispiel die Zusammenlegung

der Gefangenen aus RAF und Widerstand forderten, da gab's Transparente mit der Aufschrift "zusammen kämpfen" und welche, die sich mit den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt solidarisierten, da rief Robert Jungk zur Sabotage an lebenszerstörenden Einrichtungen auf, und da wurden nicht nur die Nuklearfirmen Nukem und Alkem mit Steinen und Mollis angegriffen, sondern auch das Materiallager der US-Kaserne.

Dieser Widerstand trifft den Staat dadurch, daß er aufzeigt, wie's gehen kann, politische Einheit zu entwickeln und darin die Perspektive zur Beendung der Ausbeutung und Zerstörung durch die politischen, ökonomischen und militärischen Projekte des Imperialismus beinhaltet. Und es ist noch mehr: im Widerstand, in seiner Entfaltung und Organisierung, in dem, wie jeder seine Vorstellungen tatsächlich lebt, umsetzt, wo wir's zusammen anpacken, wo Solidarität und Gemeinsamkeit erfahrbar wird, wo spürbar ist, wie die totale Vereinzelung in der Gesellschaft aufgehoben werden kann, kommt zum Ausdruck, daß hier ein ganz anderes Leben nur im Kampf möglich ist.

Wenn jetzt die staatliche Repressionsmaschine hochgezogen wird, Veranstaltungen abgeräumt, Diskussionszusammenhänge zerschlagen und ganze Bevölkerungsgruppen kriminalisiert werden, und das, was seit zwei Monaten ohnehin schon läuft, durch im Schnellverfahren durchgepeitschte Gesetze juristisch abgesichert und verrechtlicht wird, so bekämpfen sie damit den Prozeß des Widerstandes hin zur politischen Einheit, seine Wirkung und diejenigen, die ihn tragen. Sie werden mit der geballten Macht des Staates konfrontiert - die Drohung heißt jahrelange Vernichtungshaft - und darin liegt jetzt v.a. ein Schwerpunkt auf der Verhinderung der Kommunikation.
Denn das ist klar, wir brauchen die Diskussion, wenn wir uns zusammen weiterentwickeln wollen, wir brauchen Solidarität und gemeinsames Verhalten, wenn wir uns gegen die Gewalt durchsetzen, und nicht allein und hilflos vor dem Apparat dastehen wollen. Und wir brauchen und wollen die Diskussion, und die politische Einheit weiterzuentwickeln - so wie die Demo in Hanau ein Beispiel auf einer Ebene dessen ist, worum's geht und wie's möglich ist: Einheit im Kampf, Vielfalt in der Aktion.

Und gleichzeitig müssen sie verhindern, daß sich unsere Erfahrungen und Vorstellungen in die Gesellschaft rein vermitteln lassen. Sie wissen, daß die soziale Basis dafür besser denn je ist. Herold hat laut Frankfurter Rundschau vom 3.5.79 schon damals gesagt "es wäre höchst gefährlich anzunehmen, daß der Prozeß der Revolutionierung Europas nicht eingeleitet werden könnte."
Und die Bedenken, die einige Strategen wegen der neuen Gesetze äußern, haben ihre Wurzel im Bewußtsein dieser Situation. So schrieb die SZ am 27.11.: "Nach Ansicht eines Praktikers, des Hamburger Verfassungsschützers Lochte, kann die massive Ausweitung von Strafgründen und Strafhöhen zur einer Solidarisierung von Betroffenen mit der RAF führen, also die bisher noch bestehende Isolierung der Terroristen in der Gesellschaft durchbrechen."

Denn die gesellschaftlichen Verhältnisse, Umweltkatastrophen, Arbeitsplatzvernichtung, Überwachung und Beschnüffelung durch den Staat, werden immer neue Kämpfe und Revolten erzeugen. Ob aus ihnen jedoch eine organisierte Kraft wird, ob sie eines Tages in der Lage sind, die Projekte der imperialistischen Staaten zu zerschlagen und so die soziale Revolution einzuleiten, oder ob sie wieder in sich zusammenfallen und ihre Wirkung verpufft, gleich Aufständen im Ghetto, das liegt an uns, daran, wie wir uns zusammenkriegen und weiterentwickeln, gemeinsam mit all denen, die das auch wollen.

DER MENSCH KANN NUR ZUSAMMEN MENSCH WERDEN!!

## „Kronzeuge" erneut auf Flucht vor Rache der RAF

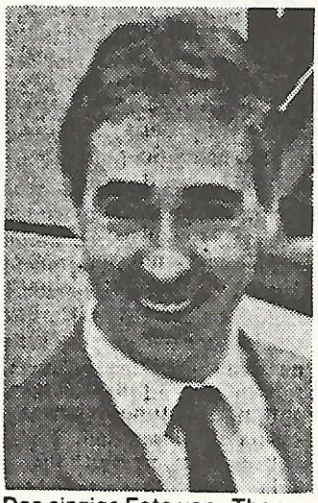
# Ex-Terrorist Speitel tauchte als ‚Werbeboß' unter – Nun enttarnt

**Gütersloh/Wiedenbrück.** (khs/uf) Die Fotografen hatten sich schon immer gewundert: Ausgerechnet der Pressesprecher des bekannten Wohnwagen-Herstellers „Westfalia" in Rheda-Wiedenbrück war so kamerascheu wie eine alternde Film-Diva. Jedesmal, wenn bei Messen und Ausstellungen ein Objektiv auftauchte, verdrückte sich Thomas Keller in die nächste Ecke: „Ich muß ja wohl nicht mit aufs Bild." Mittlerweile ist klar, warum der 36jährige sein Gesicht nicht gern in Zeitungen sah: Bei dem dynamischen Öffentlichkeits-Arbeiter handelte es sich um den ehemaligen Terroristen Volker Speitel.

Das Ex-Mitglied der Rote Armee Fraktion (RAF), Ehemann der 1978 nach einem Schußwechsel mit der Polizei in Dortmund festgenommenen Angelika Speitel, lebte jahrelang unter falschen Namen und vom Bundeskriminalamt mit einer neuen Identität versehen als braver Bürger in dem Staat, den die RAF mit allen Mitteln bekämpft. Jetzt wurde Keller enttarnt – und ist seitdem wieder auf der Flucht.

Sich verstecken, immer in der Angst leben, entdeckt zu werden – Volker Speitel kennt dieses Gefühl. 1974 kam der angelernte Plakatmaler in Kontakt mit Terrorgruppen. In den folgenden Jahren war er als Kurier für die RAF im Einsatz. Er mietete Wohnwagen für die Terroristen an, beschaffte Waffen. Auch die Pistole, mit der sich RAF-Chef Andreas Baader im Stammheimer Gefängnis erschoß, hatte Speitel einige Wochen vorher besorgt.

In der Nacht des Selbstmords sitzt Speitel selbst schon in



Das einzige Foto von „Thomas Keller" – es entstand auf der Camping-Messe in Essen.

Haft. Am 2. Oktober 1977 hat ihn die Polizei im Skandinavien-Expreß von Kopenhagen nach Hamburg festgenommen. In seiner Zelle packt der damals 25jährige aus. Er habe sich von der Terrorszene losgesagt, erklärt Speitel den Ermittlungsbehörden und untermauert diese Abkehr mit einer Fülle von Aussagen über die RAF und ihr Umfeld.

Seine Kooperationsbereitschaft wird belohnt: Die ohnehin milde Strafe von 38 Monaten Gefängnis muß er nicht einmal ganz absitzen. Schon nach 23 Monaten ist der Ex-Terrorist ein freier Mann.

Ein freier Mann? Für seine ehemaligen Gesinnungsgenossen ist Speitel ein Verräter. Und für die kennt die RAF nur eine Strafe. Der Mann, der nach eigenen Aussagen „nie selbst töten" wollte, muß jetzt um sein Leben fürchten. Er taucht unter – diesmal mit Hilfe des Bundeskriminalamtes. Im September 1979 wird Volker Speitel zum Thema „Thomas Keller" – mit neuen Papieren und einem lückenlosen Lebenslauf. Er darf sich sogar aussuchen, wo er in Zukunft leben will. Die Karibik und Südamerika kommen in die engere Wahl. Speitel/Keller entscheidet sich für Brasilien.

WR 21.01.1987

## „Thomas Keller" fand neue Identität in Westfalen

In der Millionenstadt Sao Paulo wohnt der junge Mann aus Deutschland erstmal im Kolpinghaus. Später zieht er in eine eigene Wohnung. Finanziell hat er keine Probleme: 50 000 DM, so berichtet er später selbst, haben ihm die Behörden als Starthilfe mit auf den Weg gegeben. Mit diesem Geld und einem Kompagnon gründet Speitel eine Werbe-Agentur, arbeitet auch für die brasilianische Tochter des Volkswagen-Werks.

Eigentlich könnte Thomas Keller hier ruhig leben. Von seiner ersten Frau, der zu lebenslanger Haft verurteilten Terroristin Angelika Speitel geschieden, heiratet er in Sao Paulo seine Portugiesisch-Lehrerin. Doch den Mann mit dem Doppel-Leben zieht es zurück nach Deutschland.

Nach einer Zwischen-Station in Schwäbisch-Hall kommt Keller Mitte 1985 zum Wohnwagen-Hersteller „Westfalia". Aus Brasilien hat er Empfehlungsschreiben mitgebracht, seine Chefs sind von ihrem neuen Pressesprecher begeistert. „Unheimlich aktiv" schildern ihn die Kollegen, die sich nur über seine manchmal ruppige Art ärgern.

Der Ex-Terrorist ist zu einem versierten PR-Manager mit Krawatte und weißem Oberhemd geworden. Als biederer Bürger lebt er in Gütersloh mit Frau und zwei kleinen Kindern in einem gemieteten Reihenhaus und plaudert privat gern über moderne Kunst. Dann aber holt den smarten Thomas Keller sein wahres Ich wieder ein.

Geldsorgen oder Geltungssucht? Man weiß es nicht. Tatsache ist: Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einführung eines Kronzeugen meldet sich das ehemalige RAF-Mitglied zu Wort. Gegen Honorar läßt er sich von Illustrierten interviewen und fotografieren – zwar nur von hinten, aber das ist schon zuviel: Nach einer Presseveröffentlichung Ende 1986 wird Speitel erkannt und enttarnt. Wieder muß er untertauchen. Der Presse-Chef meldet sich in den Urlaub ab – und verschwindet mit seiner Familie auf Nimmerwiedersehen.

Im Ausland und mit wiederum neuer Identität versucht der Ex-Terrorist jetzt zum zweiten Mal, vor seiner Vergangenheit und der Rache der RAF zu fliehen.

## Schießerei in Rom mit Rotbrigadisten

SDZ 24.1.1987 a. Rom (Eigener Bericht)

Nach einer Pause von elf Monaten ist es in Rom auf's neue zu einer Schießerei zwischen Polizei und drei Rotbrigadisten gekommen, in deren Verlauf eine Terroristin schwer verletzt wurde; ihre zwei Komplizen wurden verhaftet. Zu dem Zwischenfall auf einer belebten Ausfallstraße der Hauptstadt war es gekommen, als die Banditen bemerkten, daß sie von mehreren Carabinieri in Zivil umstellt waren, und als einer der Terroristen aus einer Pistole das Feuer eröffnete. Bei dem unverzüglich einsetzenden Schußwechsel wurde ein 79 Jahre alter Arzt, der sich in der Nähe befand, leicht verletzt. Die Terroristen standen angeblich bereits seit mehreren Tagen unter Beschattung durch die Carabinieri.

Die verletzte Terroristin ist eine 31jährige Studienrätin aus Ventimiglia in Norditalien, Geraldine Colotti, deren Überlebenschancen als nicht hoch gelten. Einer der Verhafteten, der aus nächster Nähe das Feuer eröffnet hatte, der 26 Jahre alte Paolo Cassetta, war bereits 1982 wegen seiner Tätigkeit in einer politischen Mordbande verhaftet worden, mußte dann jedoch wegen Ablaufs der gesetzlichen Frist der Untersuchungshaft wieder freigelassen werden, ehe sein Prozeß begann. Der dritte Verhaftete ist der 25jährige Römer Fabrizio Melorio. Nach Erkenntnis der Polizei sind zur Zeit mindestens 290 Bandenmitglieder noch oder wieder auf freiem Fuß, darunter 161 als Flüchtlinge in Frankreich.

# München startet neue Aktion gegen Strommast-Anschläge

### LKA-Präsident: In einigen Fällen „ganz nah dran"

Mit einer neuen Plakataktion über Terroranschläge gegen Bahnanlagen und Strommasten will das bayerische Landeskriminalamt die Wachsamkeit der Bevölkerung aufrechterhalten und den Fahndungsdruck auf die Täter verstärken. 70 000 Plakate werden an geeigneten Orten ausgehängt und 150 000 Merkblätter gezielt an bestimmte Personengruppen wie Landwirte, Jäger, Fischer und Forstarbeiter verteilt.

Eine ähnliche Aktion Ende vergangenen Jahres, als eine Million Flugblätter in Bayern verteilt wurden, konnte bisher zu keinem konkreten Fahndungserfolg führen, allerdings, so versicherte LKA-Präsident Helmut Trometer gestern, seien bisher immerhin 100 brauchbare Hinweise eingegangen, die von einer 35köpfigen Sonderkommission „Energie und Bahn" ausgewertet werden. Wenn auch noch kein Täter gefaßt werden konnte, so zeigte sich Trometer mit dem bisher Erreichten dennoch zufrieden: „Wir haben konkrete Erkenntnisse gewonnen und wissen über die Szene jetzt erheblich mehr als je zuvor". In einigen Fällen sei man „ganz nah dran".

Ein erheblicher Teil der Täter ist nach Trometers Überzeugung von politischen Motivationen geprägt und verwendet die Wiederaufarbeitungsanlage nur als Deckmantel: Sie sagten Wackersdorf und meinten in Wirklichkeit, damit wieder einen Schritt weitergekommen zu sein zur Beseitigung des „imperialistischen Schweinesystems".

Der LKA-Präsident bezeichnete die Zahl der im vergangenen Jahr verübten Anschläge gegen öffentliche Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen besorgniserregend. Im gesamten Bundesgebiet wurden 267 derartige Anschläge bekannt, von denen fast jeder dritte in Bayern verübt wurde. Allein 64 Strommasten wurden an- oder umgesägt.

Die Welt 15.1.1987

## Israel regt Anti-Terror-Organisation an

SDZ 24.1.87

Der israelische Außenminister Peres hat die Bildung einer internationalen Anti-Terror-Organisation gefordert. Auf einem Videoband, das vor einer Konferenz unter dem Motto „Terrorismus in einer technologischen Welt" in Washington abgespielt wurde, sagte Peres: „Der internationale Terrorismus fordert, all diejenigen zusammenzubringen, die bereit sind, zu kämpfen und ihre Bemühungen zu koordinieren."

Die neue Organisation solle unter anderem diplomatische und ökonomische Sanktionen gegen Staaten, die den Terrorismus förderten, unterstützen. Sie solle ferner Auslieferungsvereinbarungen fördern, um mutmaßliche Terroristen vor Gericht zu bringen und sich für hohe Sicherheitsstandards bei internationalen Reisen einsetzen, sagte Peres. Auch solle sie darauf hinwirken, daß die Erkenntnisse der Geheimdienste ausgetauscht würden. Zudem sollten Anti-Terror-Gruppen die Kommunikationskanäle der Terroristen anzapfen. Die bisher geringen Erfolge bei der Terrorismus-Bekämpfung kämen daher, daß gegen die Verbindung zwischen Unterstützer-Staaten und Terror-Organisationen nicht vorgegangen worden sei.

## Hausdurchsuchung: Polizei beschlagnahmt „Atomzeitung"

SDZ 24.1

Gestern früh durchsuchten 20 Polizisten unter Leitung des Ersten Staatsanwalts Gerhard Mützel den Raum der „Anti-AKW-Bewegung" in einem Haus an der Kistlerstraße, Haidhausen. Rund 3000 Exemplare der dort gefundenen Publikation „Atomzeitung" wurden sichergestellt. Die Aktion steht in Zusammenhang mit einem Beleidigungsverfahren. In der „Atomzeitung" ist der Bundesumweltminister „Gauleiter Wallmann" und Kanzler Helmut Kohl als „Scherge der Großindustrie" bezeichnet, der an Geschichtskenntnissen einem Volksschüler nicht das Wasser reichen könne.

# Staatsschutzmachenschaften im Mordfall Schmücker. Bericht von einer wichtigen Front gegen die Geheimdienste

Am 3.7.86 wurden Ilse Schwipper im Prozeß über den „Mordfall Schmücker" zu lebenslänglicher Haft und ihre Mitangeklagten zu jeweils mehreren Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Es war bereits der dritte Prozeß in dieser Sache und die dritte Verurteilung. Die ersten beiden Urteile von 1976 und 1979 hatte der Bundesgerichtshof aufgehoben mit der Begründung, daß die Verbindungen Bodeux's zum Verfassungsschutz nicht genügend aufgeklärt worden seien. Auch das dritte Verfahren hat die Rolle des Verfassungsschutz' im Mordfall Schmücker nicht aufgeklärt. Trotzdem wurden die Angeklagten wiederum verurteilt. Nun muß der BGH zum dritten Mal über eine Revision entscheiden. Die Kräfte, die den Verfassungsschutz decken, sind rührig und reichen vom Westberliner Innensenator über das Gericht bis zum „Spiegel". Aber diejenigen, die an der Aufdeckung seiner Machenschaften arbeiten, sind mehr geworden und haben einiges erreicht. Wir wollen mit dem Abdruck der folgenden Artikel dazu beitragen, die Front gegen den Staatsschutz zu stärken. Der Artikel „Ermittlungen der Verteidigung ..." beruht auf einem Vortrag des RA Elferding, abgedruckt in: „Querkopp extra, Nov. 1986, Der Schmücker-Prozeß".

Politische Berichte 02/87

## Ermittlungen der Verteidigung: Rolle des Verfassungsschutzes und seines Kronzeugen

**Die Vorgeschichte: Der Verfassungsschutz macht sich an Schmücker 'ran**

„Am 7. Mai 1972 wurde Ulrich Schmücker zusammen mit Harald Sommerfeld, Inge Viett und einem weiteren jungen Mann verhaftet – schlafend in einem Auto auf einem Parkplatz in seiner Heimatstadt Bad Neuenahr. Im Kofferraum des Autos: allerlei Utensilien zur Herstellung von Sprengsätzen. Schmücker und Sommerfeld sagten später aus, man sei auf dem Wege zu einem Anschlag gegen die türkische Botschaft in Bonn gewesen. Alle vier Festgenommenen landeten im Knast, Schmücker erst in Koblenz, dann in Diez an der Lahn.

Schon kurz danach – im Juni 1972 – erhielt Schmücker Besuch von einem Beamten des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz, der sich als ‚Peter Rühl' vorstellte und jedenfalls versuchte, Schmücker dazu zu bewegen, Aussagen über sich und vor allem über die Bewegung 2. Juni zu machen. Schmücker selbst hat später behauptet, dieser Herr Rühl hätte außerdem versucht, ihn als V-Mann für den Berliner Verfassungsschutz anzuwerben ... Wie auch immer – jedenfalls begann Ulrich Schmücker alsbald, tatsächlich Aussagen zu machen ...

Aus Schmückers Gedächtnisprotoll (das er über die Gespräche mit ‚Peter Rühl' angelegt hatte – Red.) sind vor allem drei Äußerungen des Herrn ‚Rühl' noch mitzuteilen, die man sich merken muß:

... Schmücker solle nicht auf die Idee kommen, den Verfassungsschutz zu betrügen – dagegen wisse man sich abzusichern. Schmücker berichtet, Rühl habe ihm dazu einen ‚Roten Kalender' vorgelegt, in den Schmücker hineinschreiben mußte, was er Herrn Rühl erzählt hatte, diesen Kalender habe ‚Rühl' dann wieder mitgenommen mit dem Bemerken, wenn er irgendwann das Gefühl haben sollte, von Schmücker betrogen zu werden, dann werde er diesen Kalender der linken Szene zuspielen und dann werde Schmücker innerhalb einer Woche ‚erledigt' sein. – Der Gedanke, Ulrich Schmücker könnte dann vielleicht zwei Jahre später gerade auf *diese* Weise ‚erledigt' worden sein, liegt natürlich dennoch mindestens deutschen Richtern außerordentlich fern ..."

**Was der Kronzeuge auszusagen hat...**

„Was nun angeblich geschehen sein soll, wissen wir fast ausschließlich von Jürgen Bodeux selbst, und auch nach seinen Aussagen ist es schwierig auszumachen, was wirklich geschehen sein soll: Er hat bis heute mindestens fünf verschiedene Versionen darüber abgeliefert. Wir können diese hier nicht alle in ihren Feinheiten erörtern. Nehmen wir daher nur einmal den Anfang und das Ende seiner Aussagen, jeweils in groben Zügen.

Jürgen Bodeux hat, soweit wir das bis heute wissen, am 19. September 1974 erstmals begonnen, Aussagen zum Fall Schmücker zu machen. Nach dem zu urteilen, was er dazu im September 1974 in mehreren Vernehmungen ausgesagt hat, hatte er selbst überhaupt nichts und die Wolfsburger Gruppe erst ebenfalls gar nichts, dann später, im Laufe der Vernehmungen, ein bißchen, schließlich immer mehr mit dem Fall Schmücker zu tun ..."

(Bodeux's Aussagen führten im Herbst 1974, im Rahmen bundesweiter, „Aktion Winterreise" genannter Verhaftungsaktionen gegen „terroristische Gewalttäter" zur Verhaftung von ca. einem Dutzend Leuten.)

„In Sachen Schmücker sahen Bodeux's Angaben dagegen noch immer recht dünn aus. Inzwischen hatten die deswegen Inhaftierten Verteidiger, und Anfang Dezember 1974 begannen diese, der Staatsanwaltschaft mit Haftbeschwerden auf die Nerven zu gehen, die gerade diese Fadenscheinigkeit und Lückenhaftigkeit der Bodeux'schen Angaben besonders zum Gegenstand hatten.

Da plötzlich ließ Bodeux, inzwischen in Berlin inhaftiert, am 20. Dezember 1974 den Staatsanwalt Przytarski zu sich in die Anstalt rufen, um eine neue Aussage zu machen ... Nunmehr, so Bodeux jetzt, habe er doch schon etwa Anfang Mai 1974 positiv gewußt, daß die Wolfsburger den Schmücker noch immer erschießen wollten – und er sei auch damit einverstanden gewesen, nachdem man ihn überzeugt habe, daß Schmücker nicht nur ein Verräter gewesen sei – also: Aussagen gemacht habe –, sondern auch als Agent nach wie vor für den Verfassungsschutz tätig sei ..."

(Nach einem gescheiterten Versuch, Schmücker nach Köln zu locken, um ihn dort zu töten,) „... sei er mit Ilse in Wolfsburg übereingekommen, daß man jetzt ‚improvisieren' müsse, daß man die Tat nunmehr in Berlin auszuführen habe; Ilse habe telefonisch in Berlin bei Weingraber Quartier gemacht, und noch am gleich Abend ... sei er – Bodeux – mit Ilse nach Berlin abgefahren. Weßlau (ein anderer Angeklagter – Red.) sei einen Tag später nachgekommen. Bodeux und Ilse hätten dann in Berlin am 3. Juni einen geeigneten Tatort ausgekundschaftet, an einem See im Süden Berlins, Krumme Lanke genannt ..., und abends sei man zu Schmücker gegangen und habe ihn für den nächsten Abend dort hinbestellt, ... An jenem nächsten Abend habe dann Weßlau den Schmücker dort erschossen ...

Diese ‚Weihnachtsaussage' bildet im wesentlichen noch heute die Grundlage all dessen, was Bodeux bislang in drei Hauptverhandlungen zum Fall Schmücker ausgesagt hat – und sie bildet die Grundlage von bislang drei Verurteilungen. Daß sie eine Reihe

von interessanten Schönheitsfehlern hat, war für bisher drei Strafkammern offenbar ohne Bedeutung."

**... diktierte ihm der Verfassungsschutz**

„Zu der erwähnten ... ‚Weihnachtsaussage' von Bodeux ist noch zu sagen, daß es kaum noch überraschen konnte, als 1982 – acht Jahre später – so allmählich herauskam, wie sie eigentlich zustandegekommen war: Während sowohl Bodeux als auch Herr Przytarski stets erklärt hatten, das sei eine ganz spontane Sache gewesen ..., sah sich nunmehr nach acht Jahren der Chef des Berliner Verfassungsschutzes im dritten Schmücker-Prozeß genötigt zu offenbaren, daß Bodeux vor dieser ‚Weihnachtsaussage' bereits dreimal von einem Berliner Verfassungsschützer namens Seifert besucht worden sei, alle drei Male im Dezember 1974, das letzte Mal einen Tag vor der ‚Weihnachtsaussage', und daß dieser Verfassungsschützer dabei dem Bodeux erklärt hatte, seine bis dahin gemachten Aussagen wirkten noch nicht allzu vollständig und glaubwürdig, er solle sich überlegen, ob er nicht doch ‚die volle Wahrheit' sagen wolle, daß Bodeux sich dazu bereit erklärt und am 19.12.1974 mit diesem Verfassungsschützer just diejenigen Aussagen besprochen habe, welche er dann am 20.12. gegenüber Herrn Przytarski gemacht hat ...

Die ‚Weihnachtsaussage' – die Grundlage bislang dreier Verurteilungen – ist somit ein Produkt einer gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen Jürgen Bodeux und dem Berliner Verfassungsschutz. Selbstverständlich ist es uns bislang verboten, jenen Herrn Seifert selbst dazu zu vernehmen, und selbstverständlich durften wir auch bisher die Akten des Berliner Verfassungsschutzes dazu nicht sehen."

**Wo war der Verfassungsschutz, als Schmücker starb?**

„Wir wissen inzwischen, daß Ulrich Schmücker sich am 31. Mai 1974 – fünf Tage vor seinem Tod – mit seinem alten Bekannten ‚Peter Rühl' getroffen und diesem erzählt haben soll, er fühle sich bedroht und wolle eine Waffe haben – während er sich zugleich recht positiv über Ilse Schwipper geäußert haben soll; das sagt der Verfassungsschutz selbst. Wir wissen inzwischen – seit 1978/79 –, daß dieser ‚Peter Rühl' niemand anderes ist als jener Michael Grünhagen, der schon 1973 eine unrühmliche Rolle im Prozeß gegen Astrid Proll von der RAF gespielt hat – wo er noch als Zeuge ganz öffentlich auftreten durfte, um zu erzählen, daß Astrid Proll gezielt geschossen habe – inzwischen ist sie freigesprochen worden. In unserem Verfahren mußten wir erst *selbst* mit fast geheimdienstlichen Methoden herausfinden, um wen es sich bei ‚Peter Rühl' eigentlich handelte; dann durften wir klagen, bis wir ihn 1982 – nach acht Jahren und zwei Verurteilungen – endlich erstmals selbst vernehmen konnten – unter Ausschluß der Öffentlichkeit, unter Ausschluß der Angeklagten, weil ja der Mann nach wie vor so gefährdet ist – aber warum durfte er dann 1973 gegen Astrid Proll so ungeschminkt auftreten?

Wir wissen – seit 1976 –, daß Schmücker noch am Tage seines Todes mit dem Berliner Verfassungsschutz telefoniert hat, und wir wissen, seit 1978, daß es *zwei* Telefonate waren. Laut Verfassungsschutz soll er dabei nichts Bedeutendes gesagt haben, schon gar nichts von einem Treffen an der Krummen Lanke. Wir wissen, daß Schmücker am Tage seines Todes von seinem Arbeitsplatz aus gegen 16 Uhr, bei Dienstschluß, mit jemandem telefoniert hat, wobei er das Gespräch mit den Worten beendete, ‚na, wir sehen uns ja gleich' ...

Wir wissen nicht, *wen* Ulrich Schmücker an seinem Todestag nach 16 Uhr ‚gleich noch gesehen' hat. Wir wissen aber, daß ein Zeuge schon am 6. oder 7. Juni 1974 der Polizei erzählt hat, er habe Ulrich Schmücker – den er kannte – am Abend seines Todestages zweimal gesehen, und zwar in Begleitung zweier mit Parkas bekleideter Herren: das erste Mal in einem Lokal, wobei Schmücker nach dem Verlassen des Lokals von diesen beiden Herren wohl etwas unfreiwillig zum Besteigen eines dunkelblauen Volkswagens genötigt worden sei, und das zweite Mal gegen 22.15 Uhr beim Betreten eines ehemaligen, leerstehenden Hotels, etwa einen Kilometer Luftlinie vom Fundort der Leiche entfernt. Das Protokoll über diese Aussage landete in einem sogenannten ‚Hinweisordner', der nicht an das Gericht weitergeleitet wurde. 1976, im ersten Schmücker-Prozeß, verplapperte sich ein Beamter der Mordkommission und offenbarte dadurch die Existenz dieses ‚Hinweisordners'."

**Der Kronzeuge entpuppt sich als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes**

„1978/79 begannen wir dann herauszufinden, was wir da schon seit einiger Zeit vermuteten; daß nämlich zu allem Überfluß Jürgen Bodeux Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz gewesen war – und zwar lange, bevor Ulrich Schmücker erschossen wurde, mindestens seit März 1974, mindestens seit drei Monaten vor der Tat ...

Die Hinweise auf die Verbindungen zwischen Bodeux und dem Verfassungsschutz haben sich im Laufe der Jahre verdichtet. Der Journalist Stefan Aust – man mag nach seinem ‚Stammheim'-Buch und -Film von ihm halten, was man will: in Sachen Schmücker hat er hervorragende Arbeit geleistet – veröffentlichte schon 1979 die sogenannten ‚Aust-Papiere', in denen es zum Beispiel heißt, Bodeux habe nach seiner Festnahme im August 1974 gegenüber hessischen Beamten erklärt, er arbeite für den Verfassungsschutz und wolle dringend jemanden davon sprechen; wonach Bodeux Reisekosten mit dem Bundesamt abgerechnet haben soll – vor seiner Festnahme – und wonach die Geschehnisse an der Krummen Lanke in Berlin in der Nacht vom 4. zum 5. Juni 1974 observiert worden sein sollen, von einem gemischten Trupp aus Bundesverfassungsschützern und BKA-Beamten ... Daß ein ehemaliger BKA-Beamter diese Papiere von einem noch-BKA-Beamten erhalten hat, hat das Gericht als wahr unterstellt. Als die Verteidigung ein Tonband präsentierte, auf dem eine Unterhaltung dieser beiden Herren über den Fall Schmücker und über Bodeux zu hören war und das bewies, daß der noch-BKA-Beamte vor dem Gericht bereits einen Meineid geschworen hatte, als er bestritt, jemals Papiere über Schmücker und Bodeux beschafft zu haben, weigerte sich das Gericht, diese Zeugen nochmals zu vernehmen. Einen anderen, wichtigen Zeugen *konnte* es nicht vernehmen, weil er sich versteckt hält: Werner Mauss, Top-Agent von BKA und Verfassungsschutz, inzwischen bekannt aus Presse, Funk und Fernsehen. Die Verteidigung hat seit 1979 – als noch kein Mensch was von diesem Herrn Mauss wußte – die Information – bisher allerdings nicht beweisbar –, daß dieser Herr Mauss unter dem Tarnnamen ‚Rieke' der V-Mann-Führer des Jürgen Bodeux für das Bundesamt für Verfassungsschutz war. Ich denke, es wird der Zeitpunkt kommen, in dem wir auch dies werden beweisen können. Zum Glück besteht der Apparat, der gegen uns und gegen die Wahrheit im Schmücker-Prozeß steht, aus Menschen. Die einen machen irgendwann Fehler, den anderen schlägt irgendwann das Gewissen, den letzten kommen wir irgendwann auf die Spur – all das haben wir in diesem Verfahren schon mehrfach erlebt, und aufgeben werden wir nicht."

**Der Verfassungsschutz legte die Spur nach Wolfsburg**

„Als der sterbende Ulrich Schmücker in der Nacht zum 5. Juni 1974 im Wald nahe der Krummen Lanke in Berlin aufgefunden war, fand man bei ihm eine Menge Notizen – Namen, Adressen, Telefonnummern. Einiges davon ist mittlerweile verschwunden. *Eine* Telefonnummer ist erhalten geblieben, die den Vorwand bot, die Spur nach Wolfsburg aufzunehmen und zu verfolgen: die Nummer der Mutter von Ilse Schwipper in Wolfsburg. Zu ihr gesellten sich in den ersten zwei Monaten sechs Schreiben des Berliner Landesamtes für den Verfassungsschutz an die Berliner Staatsschutzpolizei, die sich tatsächlich in den ganz offiziellen Akten finden – einmalig wohl in der deutschen Justizgeschichte. Inhalt dieser Schreiben: Informationen, welche Schmücker dem Amt angeblich kurz vor seinem Tod über Ilse und die Wolfsburger Gruppe, über die Bestrebungen, ihn über die IRA wieder in die Linke aufzunehmen, gegeben haben soll. Anders formuliert: Der Verfassungsschutz hat die Spur nach Wolfsburg gelegt, und Polizei und Staatsanwaltschaft kamen gar nicht erst auf die Idee, in irgendeine andere Richtung zu ermitteln. Im Gegenteil: Alle anderen Spuren und Hinweise, die eingingen, verschwanden in Geheimakten, die erst Jahre später durch Zufall wieder auftauchten – oder bis heute verschwunden sind ...

Der Verfassungsschutz und die Strafverfolgungsorgane haben diesen Prozeß geführt, weil sie nicht hinnehmen konnten, daß jemand erschossen wurde, der in der Öffentlichkeit im Verdacht stand, für sie gearbeitet zu haben; jeder, den sie neu hätten anwerben wollen, hätte ihnen entgegengehalten, daß sie ja nicht einmal in der Lage seien, ihre eigenen Leute zu schützen. Nachdem Ulrich Schmückers Tod nicht verhindert worden ist – keiner weiß, warum nicht! –, mußten sie wenigstens so schnell wie möglich Täter präsentieren und verurteilen, um wenigstens sagen zu können: Es lohnt sich nicht, keiner kommt ungestraft davon. Die Telefonnummer von Ilses Mutter bei der Leiche Schmückers lieferte den Vorwand, das Landesamt für Verfassungsschutz legte die Spur, Polizei und Staatsanwaltschaft sorgten dafür, daß sie aufgenommen und alle anderen Spuren unterdrückt wurden, und der Verfassungsschutzagent Jürgen Bodeux lieferte schließlich die passende Geschichte dazu. Obrigkeitshörige Richter räumten die störenden Grundsätze des Strafprozeßrechts aus dem Wege, und so konnte noch bis heute im wesentlichen im Dunkeln bleiben, was eigentlich geschehen ist. Und dennoch ist das Konzept nicht aufgegangen: Auf der Anklagebank sitzen längst nicht mehr die Angeklagten; auf der Anklagebank sitzen *vor der Geschichte* die Verfassungsschützer, die Polizisten, die Staatsanwälte, die Minister, die Richter. Das hatte als erste wohl Ulrich Schmückers Mutter erkannt, als sie schon im Juli 1974 im Berliner ‚Extradienst' schrieb, die Drahtzieher der Erschießung ihres Sohnes stünden fest: der Verfassungsschutz. Als Frau Schmücker im Herbst 1974 nach Berlin reiste und zum Verfassungsschutz ging, um jenen ‚Peter Rühl' zu sprechen, der ihren Sohn anwerben wollte, war zwar der nicht für sie zu sprechen, aber ein anderer Beamter: Und der drohte ihr, sie solle es gefälligst in Zukunft bleiben lassen, den Verfassungsschutz in dieser Sache anzugreifen, man werde das zu unterbinden wissen. Frau Schmücker gehört heute zu denen, die mit der Verteidigung in diesem Prozeß zusammenarbeiten."

## Eine nachgeschobene Spitzel-Story – dem BGH recht, dem VS billig?

Am 3. Juli 1986 wurde im sog. Schmücker-Prozeß überraschend das dritte Urteil verkündet. Staatsanwalt Kalf, Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft, erklärte wenige Tage später im Südwestfunk, befragt über die „vielen Merkwürdigkeiten" des Prozesses: „Was ein Minister sagt, das glauben wir erstmal, es sei denn, wir wissen das Gegenteil ... Selbstverständlich ist es für die Justiz schlecht, wenn die Innenbehörde – sei es Polizei, sei es Geheimdienst – bestimmte Unterlagen zurückhält. Aber da gibt es Notwendigkeiten, die im Augenblick hier noch nicht angesprochen werden können ..."

Staatsanwalt Kalf wurde auch über die im Schmücker-Prozeß von der Verteidigung angeführte, nie aufgeklärte Rolle Bodeux's bei einem Raubmord in Porz 1973 befragt. Für die Einstellung der Ermittlungen in dieser Sache könnten von Bodeux entsprechende Gegenleistungen als V-Mann verlangt worden sein. Im Prozeß wurde dazu eine Zeugenaussage durch das Gericht unterdrückt mit der einmaligen Begründung: Der Zeuge sei im Irrtum, er brauche deshalb nicht gehört zu werden. Dazu Staatsanwalt Kalf in dem gleichen Interview: „Das ist eine der Merkwürdigkeiten des Prozesses, gebe ich zu, aber ich glaube, wir kommen jetzt langsam an eine grundsätzliche Frage: Wir sprechen jetzt über einen unaufgeklärten Raubmord in Porz. Nur nach einer Weile, nach – sagen wir etwa – drei oder vier Jahren des Prozesses ist die Frage gewesen: Was ist hier noch aufzuklären, in wie weit verästelt man sich und kommt jetzt vom eigentlichen Thema Schmücker-Mord ganz woanders hin ... Irgendwo geht es nicht weiter, irgendwann muß mal Schluß sein ..."

Offenbar um dieses Ende dem Verfassungsschutz billig und den für die Revision zuständigen Richtern des Bundesgerichtshofs recht zu machen, kam der „Spiegel" in seiner Nummer 40 am 29. September mit „der Enthüllung" über die Rolle des VS in diesem Mord heraus, wie sie wirklich gewesen sei: Volker von Weingraber, der bisher eine Nebenrolle spielte, sei Informant des VS gewesen. Er habe die Tatwaffe erhalten und dem Verfassungsschutz weitergegeben, der sie dann habe verschwinden lassen. Damit wäre der Vorwurf, der V-Mann Bodeux sei an der Tat beteiligt gewesen, beseitigt, die „Schuld" der Angeklagten dagegen bekräftigt. Dazu die Verteidiger in einer Presseerklärung:

„Würde zutreffen, was der Spiegel behauptet, nämlich vor allem:
– Volker von Weingraber sei Informant des Berliner Verfassungsschutzes gewesen;
– er habe diesem Amt bereits vor der Erschießung Ulrich Schmückers Hinweise auf unsere Mandanten gegeben, aus denen erkennbar gewesen sei, daß diese vorgehabt hätten, Schmücker zu erschießen;
– der Verfassungsschutz habe dennoch seine Observation von Schmücker ausgerechnet am Morgen seines Todestages eingestellt, schließlich:
– Volker von Weingraber habe dem Verfassungsschützer Grünhagen noch in der Tatnacht die Waffe übergeben, und zwar zu einem Zeitpunkt, als Schmücker noch lebte; die Waffe sei in den Tresor des Berliner Verfassungsschutzes gelegt worden –

dann müßte auch der Berliner Verfassungsschutz leicht in der Lage sein, die Richtigkeit dieser Behauptungen zu beweisen ...

Wir können von hier aus, vor allem auch in der Form einer kurzen Presseerklärung, nicht alle Gründe benennen, die gegen die Wahrheit der im SPIEGEL verbreiteten Version sprechen. Wir beschränken uns daher hier vorerst auf die zwei auf der Hand liegenden Fragenkomplexe:

– Warum stellt der SPIEGEL nicht die Frage (und beantwortet sie natürlich auch nicht), *weshalb* der Verfas-

sungsschutz angeblich die Observation Schmückers gerade am Morgen seines Todestages abgebrochen hat? Warum geht der SPIEGEL-Artikel nicht ein auf die seit 1979 vorliegenden Informationen, wonach Ulrich Schmückers Tod zwar nicht vom Berliner Landesamt, wohl aber vom Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundeskriminalamt observiert worden sein soll (eine Information, deren Richtigkeit sich aus Akten anderer Behörden ergeben soll, die uns bislang ebenfalls verweigert werden)?

– Warum erwähnt der SPIEGEL-Artikel mit keinem Wort die zahlreichen Indizien und Beweise, die er selbst schon mehrfach veröffentlicht hat und die sogar der Prozeß selbst bereits dafür erbracht hat, daß der angebliche Mittäter Jürgen Bodeux bereits vor der Tat Kontaktmann des Verfassungsschutzes war? Warum stellt der SPIEGEL nicht die Frage, ob es denn denkbar ist, daß ein Verfassungsschutzmitarbeiter – eben Bodeux – selbst maßgeblich an der Tat beteiligt gewesen wäre – wie es Bodeux ja, dem Artikel zufolge, gewesen sein soll?

Dies nämlich *wäre* der größere Skandal, zu dessen Verschleierung es sich für den Verfassungsschutz lohnen könnte, eine kleine Skandalgeschichte zu lancieren. Diese ist ihm zwar unangenehm, aber insofern dienlich, als sie nun vollkommen das Interesse daran in den Hintergrund treten läßt, was wirklich geschehen ist: Es war einzig und allein der Verfassungsschutzmitarbeiter Bodeux, der bislang behauptet hat, er selbst und unsere Mandanten seien die Täter gewesen. Bodeux ist als Mittäter verurteilt – soll also der Verfassungsschutz mitgeschossen haben? Wenn nicht, dann waren auch unsere Mandanten nicht die Täter.

Entgegen dem Eindruck, den der SPIEGEL heute erweckt, würde selbst eine Bestätigung seiner Behauptungen durch Vorlage der Waffe und Aussage des Volker von Weingraber eine Aufklärung dieser Beziehungen zwischen Bodeux und den Sicherheitsbehörden nicht etwa erübrigen, sondern erst recht notwendig machen, bevor unsere Mandanten öffentlich als schuldig hingestellt werden dürfen ..."

Am 31. Oktober 1986 gab der vom „Spiegel" als „Spitzel aus der Tarantel" beschuldigte Volker von Weingraber folgende Erklärung ab: „1. Diese falsche und leichtsinnige ‚Berichterstattung' stellt eine Gefährdung meiner Person dar. 2. Daß der Berliner Innensenator den Spiegelbericht nicht dementiert, obwohl er es besser wissen muß, erhöht meine Gefährdung noch zusätzlich. 3. Ich stelle fest: a) Ich habe nie für eine Verfassungsschutzbehörde, einen anderen Geheimdienst oder die Polizei gearbeitet. b) Ich habe nie von Herrn Weßlau ein Paket, eine Plastiktüte, geschweige eine Schußwaffe übernommen ... Ich fordere den Berliner Innensenator auf, die falschen Behauptungen des Spiegel über mich zu dementieren."

# World Antikommunist League AK 12.01.1987

**„Im Kreml sitzen keine Meßdiener, sondern eiskalte Realpolitiker, die ständig versuchen, sich zu nehmen (,) was sie bekommen können." (1)**

**„Man könne mit Sicherheit davon ausgehen, daß in allen derzeitigen Konflikten Moskau auf irgendwelche Weise seine Hand im Spiel habe: Man nehme nur das rezente Beispiel des libyschen Angriffs auf den Tschad." (2)**

**„Der Weltkommunismus betreibe seine Aggression jedoch auch auf andere Weise, wovon die brutalste der Terrorismus sei: ‚Dieses Übel muß an der Wurzel bekämpft werden!' " (3)**

Verlautbarungen eines oder mehrerer CDU-Politiker? Möglich schon, tatsächlich aber in diesem Fall nicht: Die Zitate geben die neueste Stimmung und Stoßrichtung der **Antikommunistischen Welt-Liga — World Anti-Communist League, WACL** — wieder. Zurückgehend auf Kalte-Kriegszeiten in den 50er Jahren wird WACL seit 1967 vor allem von Taiwan und Südkorea aus gesteuert. Neuerdings tritt sie aber zunehmend aus dem Schatten eher undurchsichtiger Drahtzieherschaft für diverse Propaganda- und Terroraktivitäten heraus, — Aktivitäten, die in den vergangenen Jahren vor allem in Richtung Lateinamerika, Asien und Osteuropa liefen.

Seit Beginn der 80er Jahre und nun öffentlichkeitswirksam mit dem 19. Kongreß im September 86 in Dommeldingen/Luxemburg verdient WACL verstärkt Aufmerksamkeit:

1. WACL konstituiert sich zunehmend als inoffizielles Organ des internationalen Konservativismus, speziell der US-Administration unter Reagan sowie — tendenziell — der westeuropäischen Christdemokratie.
2. Über ihre ideologisch-propagandistischen Bemühungen hinaus fungiert WACL heute als eine der zentralen Koordinierungsstellen für staatsterroristische Interventionen unterhalb der offiziellen Staats- bzw. Regierungsebenen.

Selbstverständlich sind beide Aspekte nicht getrennt zu sehen, sondern ergänzen sich gegenseitig.

## Agentur für Contra-Hilfe

Für die Größenordnung der WACL-Aktivitäten insgesamt müssen einige Hinweise genügen: Allein für ihren Kongreß in Washington 1978, laut damaliger Angabe des saudi-arabischen Scheichs Jamjoom (Chef der regionalen WACL-Abteilung), ließ die Organisation 300.000 Dollar springen. Zu dem diesjährigen 3-Tages-Kongreß in Luxemburg steuerte die asiatische WACL-Sektion, APACL, den Einzelposten von 100.000 Dollar bei.

Den nicaraguanischen Contras flossen im vergangenen Jahr aus der Kasse der US-Abteilung von WACL („American Council for World Freedom") u.a. 400.000 Dollar zu. (4)

Dementsprechend fielen bzw. fallen denn auch die Wünsche aus, die von „Freiheitskämpfern" bei WACL vorgebracht werden. Auf dem Kongreß 1985 in Dallas/USA wünschten sich die RENAMO-Contras aus Mozambique: 500 Boden-Luft-Raketen, 500 Bazookas, 100 Jeeps mit Maschinengewehren und 5 Küstenschiffe. (5) Der simple Schluß aus solchen Hinweisen ist, daß durch die Kassen der WACL Dollarbeträge in mehrstelliger Millionenhöhe fließen.

Das allein wäre allerdings keine besonders neue Erkenntnis. Neu ist aber die Funktionalisierung der langjährig erprobten WACL-Kanäle für den aktuellen Staatsterrorismus der Reagan-Administration v.a. in Mittelamerika.

Noch Mitte der 70er Jahre war WACL vor allem um drei Zentren gruppiert: die taiwanesisch-südkoreanischen Alt-Antikommunisten der Kuomintang und des Koreanischen CIA (einschließlcih des Finanzimperiums der Mun-„Sekte"), die, neben arabischen Quellen, vornehmlich für die Finanzierung sorgten; die Alt- und Neofaschisten der osteuropäischen Emigration („Ustascha", der ukrainische „Anti-Bolschewistische Block der Nationen", ABN, u.ä.); schließlich die lateinamerikanische, offen antisemitische und terroristische „Confederacion Anticomunista Latinoamericana" (CAL) mit dem mexikanischen Geheimbund „Tecos" als Zentrum, mit-

verantwortlich für die Terrorkampagnen der Todesschwadrone gegen Linke, Gewerkschafter, Priester usw.

Mit Übernahme des WACL-Vorsitzes durch den US-Anthropologen **Roger Pearson**, einen rassistischen Wissenschaftler mit politischen Ambitionen, versuchte sich WACL auch in Europa eine breitere Basis zu verschaffen — und zwar im eindeutig neofaschistischen Lager. So tauchten u.a. **G. Almirante** von der italienischen **MSI** oder **B. Pinar** von der spanischen **Fuerza Nueva** auf WACL-Kongressen auf. Nicht weniger als 17 Neonazi-Gruppen bemühten sich damals um die Aufnahme in die WACL-Gemeinde. (6)

Diese Entwicklung wirbelte in liberalen und linken Kreisen der USA (u.a. die „Washington Post") und Europa jedoch so viel Staub auf, daß WACL zunehmend in den Ruf einer nazistisch-antisemitisch-terroristischen Organisation geriet.

Der Pearsonsche Nazi-Kurs wurde also gestoppt, und unter Vorsitz des belgischen Ex-NATO-Generals Close wurde 1983/84 schließlich auch der besondern anrüchige südamerikanische WACL-Zweig CAL ausgeschlossen.

Damit war aber nicht nur das Make-up aufgefrischt; die inhaltliche Neuorientierung stand an. Close-Nachfolger als WACL-Präsident wurde 1984 der **US-amerikanische Ex-General John E. Singlaub**. Seine militärische Vergangenheit — Guerillakämpfer in Korea und Vietnam (dort Chef der „Green Baretts") setzte sich zu der Zeit in seiner Funktion als Militärberater der US-Regierung fort: für den Raum Mittelamerika und in Sachen „unkonventioneller Kriegsführung" (soll heißen: Terror, Sabotage, psychologische Kriegsführung etc.).

Für seine neuen WACL-Aufgaben war und ist Singlaub jedoch hauptsächlich aufgrund seiner zahlreichen Kontakte und Querverbindungen geeignet. Laut einer Untersuchungskommission des US-Parlaments ist Singlaub *„Leiter von fünf der dreizehn wichtigsten Vereinigungen (in den USA; Anm. AK), die private Gelder sammeln für die Contras."* (7)

Hervorzuheben sind unter anderen
— engste Kontakte Singlaubs zu der Führungsmannschaft der US-Zeitschrift bzw. Söldneragentur „**Soldier of Fortune**"; so diente SoF-Chef Robert K. Brown in Vietnam in Singlaubs „Special Operations Group". (8)
— Daneben gehört Singlaub z.B. zum Leitungsgremium des **Council for National Policy**, CNP, ein Verband für Top-Politiker und Geschäftsleute, um Geld in die Hände der Contras zu schleusen (Sammelergebnis eines CNP-Treffens: 100.000 Dollar). (9)

Einen der Höhepunkte des diesjährigen WACL-Treffens stellte dementsprechend der Auftritt von **Mario Calero** (Bruder des **FDN-Führers Adolfo Calero**) dar, der, enger persönlicher Freund Singlaubs und Zentralfigur des Contra-„Oberkommandos" in New Orleans, über die Kommandostrukturen der nicaraguanischen Contras referierte und entsprechende Vorschläge für die Verwendung der mittlerweile wieder legalen US-offiziellen Hilfsgelder unterbreitete. (10)

Daneben traten u.a. auf: der Europa-Vertreter der **RENAMO (Mozambique)**, **Armando K. Gumbe**, der übrigens in der BRD residiert. Ein weiterer WACL-Gast war der französische Ex-Geheimdienstoffizier **Pierre de Villemarest** (mit guten Kontakten zu Le Pens „Front National"), der für die **CIRPO — Konferenz der Widerstandsbewegungen in Besetzten Ländern** — auftrat. Die CIRPO, wie WACL selbst, koordiniert Waffenlieferungen usw. für Contra-Gruppen, allerdings mit Schwerpunkten in Südostasien und Indien (Sikh-Separatisten). Interessant auch die Information, daß WACL-USA in Pakistan einen *„ständigen Repräsentanten"* plaziert hat, um die afghanischen „Rebellen" besser unterstützen zu können.

Die Konferenz beschäftigte sich im übrigen speziell mit dem Thema „Terrorismus". Die ehemalige UNO-Botschafterin der USA, **Jean Kirkpatrick**, als Rechtsaußenpolitikerin in einschlägigen Contra-Hilfskreisen ohnehin tätig, steuerte ein Referat zum Thema „Internationaler Terrorismus" bei. (11) Als Ergebnis der Arbeitsgruppe zu eben dem Thema — unter Vorsitz des **Ex-NATO-Generals Romano** — plant WACL die Herstellung *„förmlicher Beziehungen zu westlichen Geheimdiensten zur Koordinierung psychologischer und politischer Kriegsführung gegen kommunistische und blockfreie Staaten weltweit"* (12).

Neben der notwendig gewordenen Neuorganisation der lateinamerikanischen WACL-Sektion, die sich jetzt „Federation of Democratic Latin American Groups", FEDAL, nennt, ratifizierte die WACL-Konferenz die Aufnahme der US „Young Conservative Federation" und erklärte sie zum offiziellen internationalen WACL-Jugendverband. Unter seinem neuen Namen **World Youth Freedom League, WYFL**, bleibt dieser Jungkonservativen-Verband aber natürlich genau das, was er bislang schon war: sozusagen ausführendes Organ der „Heritage Foundation", die als führende konservative Ideologieschmiede der USA von zentraler Bedeutung für die Reagan-Administration ist, mit der sie auch personell engstens verflochten ist.

WYFL verfügt u.a. über ein Schulungszentrum für Psychologische Kriegsführung in Washington und lädt Jung-WACL-Mitglieder zur Einweisung in Methoden der „politischen Technologie" (Werbung, PR u.ä.) ein. (13)

## Konservative Koordination

Die Einbindung der WACL in das Umfeld der Reagan-Administration zeigt deutlich ihr zweites, ideologisches Gesicht: ihre Etablierung als Koordinierungsinstrument des internationalen (Neo-) Konservativismus mit starker Betonung der militärischen Seite.
— Als Gastgeber des diesjährigen Kongresses trat Singlaubs Vorgänger im Amt des WACL-Vorsitzenden auf, der derzeitige WACL-Chef in Belgien, **Generalmajor Robert Close** (geb. 1922), mit Funktionen u.a. beim Oberkommando der Alliierten Streitkräfte in Europa/Shape (1961-65), Berater des Belgischen Verteidigungsministers (65-66), beigeordneter Kommandant und Studiendirektor am NATO-Verteidigungskolleg (74-76), Senator (für die Liberale Partei) von Brüssel (ab Nov. 80), Vizepräsident der politischen Kommission der Westeuropäischen Union (86).(14)
— Neugewählter WACL-Präsident, d.h. Nachfolger Singlaubs, ist der 61-jährige Belgier **José Desmarets**. Seine Kurzbiographie (15): „In den Jahren 1979-81 war er Vizepremier und abwechselnd Verteidigungs-, Planungs-, Wissenschafts- bzw. Mittelstandsminister. Seit 1985 gehört der christdemokratische Politiker (...) dem Senat an. 1983 gründete Desmarets das ‚Mouvement pour le rassenblement des Belges' und seit 1984 ist er zudem Nationalpräsident der Vereinigung ‚Atlantique Belge'."
— Als Stargast und Aushängeschild zur Demonstration des neuen seriösen WACL-Konservativismus trat schließlich der ehemalige niederländische Außenminister und langjährige NATO-Generalsekretär **Joseph Luns** auf, um über *„die Stärke und die Schwäche der westlichen Demokratien"* zu referieren. Noch 1983, als WACL zum erstenmal in Luxemburg kongressierte, war es nicht gelungen, einen ähnlich „seriösen" Vertreter des europäischen Konservativismus aufzubieten. 1986 fand sich Luns bereit, ohne sich allerdings auf die allerplatteste Propaganda der zahlenmäßig stark vertretenen WACL-Traditionalisten einzulassen, weshalb er auch *„nur einen lahmen höflichen Applaus"* bekam, wie beobachtet wurde. (16)

Wieviele Finger der westdeutsche Konservativismus, sprich CDU/CSU und „Braunzone" ringsum, in diesen WACL-Machenschaften stecken hat, ist bislang nicht eindeutig festzustellen. WACL selbst hält sich gern bedeckt — so wurde vom Luxemburger Treffen keine Teilnehmerliste veröffentlicht, angeblich *„aus Sicherheitsgründen"* (17). Was die BRD angeht, herrscht offenbar die — berechtigte — Einschätzung vor, ein offenes Auftreten sei zur Zeit inopportun. Über eine Konferenz in der BRD wird dort gemutmaßt: *In der Bundesrepublik wäre es eine politische Provokation, obschon die ABN-*

*Leute* (Exil-Ukrainer, AK) *am liebsten in Berlin tagen würden."* (17)

Die wenigen bisher publik gewordenen westdeutschen WACL-Namen lassen nur ahnen, was sich hierzulande von WACL-Seite aus tun mag:

— In den 70er Jahren fungierte als einer der BRD-WACL-Leute **Theodor Oberländer**, Alt-Nazi und später BHE-, dann CDU-Vertriebenenminister (erzwungener Rücktritt 1960); CDU-Abgeordneter bis 1965.

— 1978, beim 11. WACL-Kongreß in Washington, war der Alt-Nazi **Heinrich Härtle** zu Gast, Allerweltsfigur im Umkreis von „Stahlhelm", DKEG, NPD u.ä. Gruppierungen der „Braunzone". (18) Zum gleichen Sektor gehört der in einer Liste von aufrechten WACL-Freunden genannte **Otto Habsburg**.

— Auch zur Stelle war 1978 der CSU-Abgeordnete **Hans Graf Huyn**, ebenfalls in der „Braunzone" wohlbekannt und emsig-aktiv, freilich von anderem Kaliber als irgendein überalterter Nazi-Opa. **Inzwischen hat Huyn es zum regierungsamtlichen Ideologen gebracht, der für das Bundesinnenministerium ausgerechnet über „Moskau und der internationale Terrorismus" als Gefahr für „die Menschenrechte" referieren kann.** (20)

— Mittlerweile ist Leiter der BRD-Sektion der WACL **Wolfgang Schall**, Brigadegeneral und CDU-Politiker (*„Der Lothar Späth beispielsweise ist ein Duzfreund von mir. Auch Kohl kenne ich persönlich sehr gut."*). 1985 in Dallas und 1986 in Luxemburg war Schall auf den WACL-Kongressen anwesend. Seine persönlichen Daten:

*„Bis 1971 war ich Leiter der Stabsabteilung Führung beim Heer im Verteidigungsministerium in Bonn. Ich habe mich damals in den vorläufigen Ruhestand versetzen lassen, um Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg zu werden."* (21) Bis 1984 war Schall CDU-Abgeordneter im Europaparlament. Ergänzenswert weiterhin seine Aktivitäten für die „Paneuropaunion" (1979 Leiter des Arbeitskreises ‚die strategische Bedeutung des südlichen Afrika für die Verteidigung Europas") und seine Beiträge zu diversen Zeitschriften dieses konservativ-reaktionären Feldes. (22)

Laut Schall — 1985 noch immer beim Europa-Parlament engagiert, als Mitglied des Baden-Württembergischen Europa-Ausschusses — hält sich WACL in der Bundesrepublik im Hintergrund. Hier „**treten wir nicht so stark unter dem Namen Antikommunistische Weltliga auf, (...) denn es gibt bei uns ja genügend andere antikomunistische Organisationen. Unsere Aufgabe ist, deren Arbeit zu koordinieren mit der Spitze der Antikommunistischen Weltliga. Wir stehen in Verbindung mit sämtlichen *Vertriebenenverbänden*. Der maßgebende Mann für uns ist dabei der Präsident, der Bundestagsabgeordnete *Dr. Czaja*. Wir arbeiten zusammen mit der *Gesellschaft für Menschenrechte* und mit dem Bundestagsabgeordneten *Dr. Todenhöfer*, der sich für Afghanistan einsetzt. Wir sind eigentlich ein Verbindungsbüro."** (23)

**R., Antifa-Kommission, Hamburg**

**Anmerkungen**

(1) J.P. Hamelius, WACL-Repräsentant in Belgien, laut „Journal", 9.9.86
(2) Robert Close, damals WACL-Präsident, laut dem WACL-freundlichen, klerikal-konservativen „Luxemburger Wort" (LW), 9.9.83.
(3) José Desmarets, neugewählter WACL-Präsident, laut LW, 8.9.86.
(4) „searchlight", Okt. 86
(5) „Forum" (Luxemburgisches Monatsmagazin), Okt. 86, S.7. — in der Darstellung der WACL-Geschichte etc. stützt sich „Forum" vor allem auf das neue Buch: John Lee Anderson/Scott Anderson, ‚Inside the League", New York 1986.
(6) „Forum", S.5.
(7) „Forum", S.9.
(8) „searchlight", Juni 1985.
(9) „Forum", S. 9/10.
(10) LW, 9.9.86 und „searchlight", Okt. 86 — auch für die folgende Passage.
(11) LW, 23.8.86.
(12) „searchlight",Okt. 86
(13) wie (12)
(14) LW, 30.8.86
(15) LW, 8.9.86
(16) „Forum", S. 12
(17) wie (16)
(18) AK 132, 26.6.78
(19) LW, 6.9.86
(20) AK 276, 17.11.86, S. 11/15
(21) „elan" 11/85
(22) „Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis", Hamburg 1981, S. 138.
(23) „elan" 11/85

## Ein neues Buch beleuchtet die EAP

**„Organische Düngung wird von den Grünen als Mittel gegen das Waldsterben vorgeschlagen. Frage: Wieviel Grüne sind notwendig, um einen Baum zu düngen? Antwort: fünf. Eigentlich reicht einer, aber für diesen werden vier benötigt, um ihn zu überzeugen, in die Knochenmühle zu steigen."**

Richtig, diesen „Witz" gibt es in manchen Variationen. Allen gemeinsam ist der faschistische Geist, der aus ihnen herausdröhnt. In der eben zitierten Form findet sich der „Witz" in der Zeitschrift *Fusion*", Nr.1/1984. Ebendort aus dem gleichen Geist: „Was ist schwarz und sitzt auf einem Baum? — Ein Grüner nach einem Waldbrand."

Herausgeberin der *Fusion* ist die *EAP, Europäische Arbeiterpartei*. Als wichtigste europäische Filiale der in den USA beheimateten *NCLC, National Caucus of Labor Committees*, hat die EAP seit Anfang der 70er Jahren einen weiten Bogen von Linksaußen nach Rechtsaußen zurückgelegt. Ihr jüngstes Produkt sind die aggressiv rechts von der CDU agierenden *„Patrioten für Deutschland"*, die zu den niedersächsischen Landtagswahlen 1986 erstmals antraten und immerhin 0,3 % der Stimmen kassieren konnten. Die EAP hatte, als sie vier Jahre zuvor dort unter eigenem Namen kandidiert hatte, nur ein Zehntel dieses Ergebnisses erreicht. Der EAP scheint damit ein, wenn auch vorerst nur kleiner, Einbruch in das traditionelle Revier der CDU gelungen zu sein. Das verblaßt aber gegen die Erfolge der US-Muttergruppe, die sich ganz regulär als Fraktion in der Demokratischen Partei etabliert hat und erstaunliche Ergebnisse bei der Nominierung der demokratischen Kongreßkandidaten in einigen Wahlkreisen vorweisen kann, in mindestens zwei Fällen sogar die von ihr lancierten Kandidaten durchsetzen konnte.

Soeben ist bei Rowohlt ein Buch erschienen, das konkurrenzlos das Beste bietet, was bisher an Informationen über die EAP greifbar ist: „Deckname: Schiller" von Helmut Lorscheid und Leo A. Müller. Da fühlte sich der Rezensent in angenehmster Weise an die früheren vorzüglichen Untersuchungsarbeiten aus dem ehem. Reents Verlag erinnert. Freilich, ein kleiner alphabetischer Nachschlageteil zu den einschlägigen Personen und Organisationsnamen, statt des dürftigen Registers, hätte ruhig auch noch dabei sein dürfen.

Die Darstellung von Lorscheid/Müller ist auf dem aktuellsten Stand. Im Mittelpunkt stehen die neueren Kampagnen der EAP & Co. für SDI im besonderen und Hochtechnologien im allgemeinen. Das dazu vorgelegte Material, etwa über die vertraulichen Beziehungen der EAP zu deutschen Raketenforscher u.ä. mit NS-Vergangenheit, ist in dieser Fülle und Präzision wohl weitgehend neu. Auch die ausführlichen Darlegungen zu den Connections der Gruppe in den USA selbst (Nachdruck eines Artikels aus der US-Zeitschrift New Republic) sind zweifellos ein Gewinn. Andererseits kann man selbstverständlich auf 190 Seiten nicht alles schreiben, was eigentlich nötig wäre. So sind Aspekte wie die große Anti-Drogen-Kampagne der NCLC/EAP vor wenigen Jahren und die daraus resultierenden Connections oder die aktuelle AIDS-Kampagne der Gruppe kaum aufgenommen worden. Auch zu den „linksextremen" Kostümspielen der Gruppe in den 70er Jahren und zu ihrem paranoiden Weltbild erfährt mensch aus dem Buch nicht viel.

**Helmut Lorscheid und Leo A. Müller: Deckname: Schiller — Die Deutschen Patrioten des Lyndon LaRouche. rororo aktuell, Dezember 1986. DM 10,80.**

FAZ

# Die SHV Holdings zieht sich aus Südafrika zurück

**Das Handelsunternehmen beugt sich den Terroranschlägen / Vorwürfe an die Regierung**

goe. AMSTERDAM, 20. Januar. Die niederländische SHV Holdings N.V., Utrecht, wird sich dem Druck von Terroranschlägen beugen und ihr Engagement in Südafrika möglichst bis zum Frühjahr vollständig einstellen. Dies teilte Generaldirektor Paul Fentener van Vlissingen in Den Haag mit. Direktion und Aufsichtsrat seien sich einig darüber, daß dieser Schritt der einzig richtige sei, den das Unternehmen zu diesem Zeitpunkt tun könne. Der Beschluß sei erst nach den Anschlägen auf die Großhandelsgeschäfte Makro gefaßt worden, nach zahlreichen Drohungen sowie eineinhalb Jahren des machtlosen Zuschauens (F.A.Z. vom 19. Januar).

Fentener van Vlissingen rief in Erinnerung, daß SHV in den vergangenen eineinhalb Jahren wegen Brandanschlägen auf ihre Makro-Niederlassungen in den Niederlanden Schäden von 150 Millionen Gulden entstanden sind, ohne daß je Angehörige der sich für die Täterschaft verantwortlich erklärenden sogenannten Revolutionären Antirassistischen Aktion (Rara) gefaßt wurden. Er machte der niederländischen Regierung in diesem Zusammenhang harte Vorwürfe. Das Kabinett habe SHV bei der Lösung von akuten Problemen nicht genügend unterstützt. Am letzten Freitagabend habe sie einen besseren Schutz der Makro-Läden in Aussicht gestellt, einige Stunden später aber schon die Polizeibewachung von zwei Geschäften stark vermindert.

Das Risiko für die Beschäftigten der Makro werde nun zu groß. Die Regierung hatte Ende der vergangenen Woche auch die Forderung der SHV-Direktion abgelehnt, das Versicherungsrisiko für zukünftige terroristische Anschläge auf die Makro-Geschäfte zu übernehmen, nachdem eine von zwei Gesellschaften ihren Anteil an der Makro-Versicherung mit sofortiger Wirkung gekündigt hatte. Das Betriebsrisiko ist jetzt nur noch zur Hälfte gedeckt.

Die Direktion von SHV ist schließlich enttäuscht darüber, daß die Regierung die Gründung eines Garantiefonds für unversicherbare Risiken von niederländischen Unternehmen finanziell nicht unterstützen will. Wie Fentener van Vlissingen sagte, bestünden Fonds dieser Art in Großbritannien und in Spanien. Sie kosteten die Regierung im Prinzip nichts. Diese stehe als Bürge im Hintergrund und könne den Schaden durch die präventive Bekämpfung von Terror einschränken.

SHV hat an den Makro-Geschäften in Südafrika einen Anteil von 40 Prozent, den sie nun verkaufen will. Die Zahl der Beschäftigten beläuft sich auf 2000. Makro in Südafrika erzielte im vergangenen Jahr einen Gewinn von 7 Millionen Gulden, was SHV ungefähr 2 Millionen Gulden einbrachte. SHV besitzt des weiteren in Johannesburg einen kleinen Kohlenhandel, der vor allem in die Sowjetunion, Polen, Australien, die Volksrepublik China und die Vereinigten Staaten liefert. Auch er soll abgestoßen werden.

Die früher ausgesprochene Drohung, auch aus den Niederlanden auszuziehen, wird SHV vorerst nicht verwirklichen. Darüber wolle man erst einmal ruhig nachdenken, sagte Fentener van Vlissingen. Die vier größten politischen Parteien und die wichtigsten Arbeitgeber-Organisationen in Den Haag bedauern den Entschluß von SHV. Ein Regierungssprecher sagte, das Kabinett werde nicht versuchen, den SHV-Konzern dazu zu bewegen, seine Entscheidung rückgängig zu machen. Ministerpräsident Lubbers und Außenminister van den Broek hatten letzte Woche schon zu verstehen gegeben, sie würden es für unrichtig halten, wenn SHV vor Terror weiche.

# Brandanschläge waren erfolgreich

TAZ 20.01.1987

**Utrecht (taz/ap)** — Als erstes größeres holländisches Unternehmen zieht sich die Handelskette SHV vollständig aus dem Südafrikageschäft zurück. Diese Entscheidung gab die Firmenleitung am Montag bekannt.

Vorausgegangen war ein Ultimatum der SHV an die niederländische Regierung, daß Schäden, die der Betrieb durch politische Anschläge erleidet, künftig aus der Staatskasse bezahlt werden sollten. Die Regierung lehnte die Forderung am vergangenen Freitag ab. Anlaß für das Ultimatum war am vorangegangenen Wochenende der vierte Brandanschlag auf eine SHV-Niederlassung, einen Supermarkt, der vollständig abbrannte. Innerhalb von eineinhalb Wochen wur-den drei der sechs Niederlassungen der SHV-Tochter „Makro" in den Niederlanden zerstört. Bekannt hatte sich jeweils die „rara", die „revolutionäre antirassistische Aktion". Nachdem sich nun die Versicherungsgesellschaft von SHV weigerte, für weitere politisch begründete Schäden aufzukommen, wandte sich die SHV an die Regierung. Der Familienbetrieb SHV gehört zu den zehn größten Unternehmen in den Niederlanden. Seine Tochter „Makro" hat Supermärkte u.a. in der BRD, den USA und den Niederlanden. Bei den fünf Makro-Unternehmen in Südafrika arbeiten 2.000 Personen. Von den 153 Millionen Gulden Gewinn, den der Makro-Konzern im vergangenen Jahr erzielte, kamen über zwei Millionen aus dem Südafrika-Geschäft. Nach Angaben der südafrikanischen Gewerkschaft CCA-WUSA verdient ein schwarzer Arbeitnehmer bei gleicher Arbeit mehr als die Hälfte weniger als ein weißer Arbeiter. Toiletten sind für weißes und schwarzes Personal getrennt. *A. Kraft u. V. Boon*

# Brandstichting bij Nijmeegse politie

NIJMEGEN, 21 jan. — In het districtsbureau van de rijkspolitie in Nijmegen is vanochtend voor zeker honderdduizend gulden schade aangericht door brandstichting. Een deel van de hal van het bureau brandde uit en elders in het gebouw ontstond rookschade. De rijkspolitie vermoedt dat de brandstichting te maken heeft met de ontruiming, maandag, van het gekraakte Shell-kantoor in Nijmegen. De brand in het politiebureau is gesticht door met benzine overgoten autobanden tegen de gevel te stapelen en die aan te steken. Door de brand kon een deel van de administratieve dienst van de rijkspolitie in Nijmegen vandaag niet werken. (ANP)

## Anschlag auf südafrikanisches Botschaftsauto in Den Haag

SDZ 14.01.1987

**Den Haag (AP)**

**Ein Wagen der südafrikanischen Botschaft ist in Den Haag in Brand gesetzt worden. Die Polizei vermutet, daß es sich um eine Protestaktion gegen die Rassentrennung in Südafrika handelt. Offenbar besteht ein Bezug zum Amtsantritt des neuen südafrikanischen Botschafters in den Niederlanden. Auf dem Bürgersteig neben dem Auto war der Spruch „Quint, zeig' deine wahre Farbe" gesprüht. Der neue Botschafter Frank Quint ist Mischling. Er ist der zweite nichtweiße Diplomat, den die südafrikanische Regierung nach Europa schickt. Im September vergangenen Jahres hatte Bhandra Rancho, der indischer Abstammung ist, sein Amt als Botschafter bei der Europäischen Gemeinschaft angetreten.**

# *Aanslagen op ondernemingen van SHV maken deel uit van de wereldwijde strijd tegen 'US-imperialism'*

**Door onze redacteur**
**HUBERT SMEETS** NRC

AMSTERDAM, 16 jan. — Met de herovering van het Amsterdamse kraakpand de *Lucky Luyk* in voorjaar van 1982 tekende zich de scheiding der geesten voor het eerst af. Ooit was de „autonome" beweging van krakers, antiracisten en antimilitaristen in eigen kring democratisch, althans volgens de in die wereld beleden normen en waarden. Hoe schokkend en fel de grootscheepse acties bij kraakpanden, militaire instellingen en de inhuldiging van koningin Beatrix in voorgaande jaren op de buitenwereld ook mochten zijn overgekomen, binnen de beweging waren ze in den brede bedacht, besproken, uitgevoerd en eventueel gekritiseerd. De stedelijke kraakvergaderingen in de *Grote Keyser* werden massaal bezocht. Iedereen was welkom, iedereen kon overal aan meedoen.

Bij de herovering van de Lucky Luyk, een kraakpand dat door een knokploeg voor de eigenaar was ontruimd, was daarvan geen sprake meer. Die actie lag in handen van de „binnenploeg", een groepje mensen dat elkaar goed kende en zich apart had voorbereid op de bliksemactie. De gewone krakers uit de „buitenploeg" waren de waterdragers. De herovering was succesvol. Maar binnen de kraakbeweging barstte een discussie los over de wenselijkheid van deze arbeidsverdeling. De „zachte krachten" wonnen. De geweldloze acties rondom het kraakpand *Wyers* twee jaar later getuigden daarvan.

Zij die sneller resultaat wilden zien, gingen echter op eigen houtje door. In een klein gezelschap om „risico's" te vermijden, aanvankelijk met kleine en minder gewelddadige acties en, het laatste jaar, met grootscheepse brandstichtingen bij onder andere de Makro in Duivendrecht, Duiven en Nuth. Hun aantal werd steeds kleiner, hun doelgerichtheid daarentegen steeds groter.

## Machismo

Zover was het vijf jaar geleden nog lang niet. Het proces heeft zich langzaam voltrokken. Maar de „militaire" actie bij de Lucky Luyk was voor een enkeling wel al een signaal. Het waren met name de vrouwen in de beweging die zich publiekelijk, bijvoorbeeld in het alternatieve weekblad *Bluf!*, de vraag stelden of zo het „machismo" niet binnensloop. De activisten achter het Militante autonomen front (Maf), dat zich in de zomer van 1982 manifesteerde met bommetjes in een metrotrein, het kantoor van de PvdA en de Gemeentelijke dienst herhuisvesting, lieten zich daar niet veel aan gelegen liggen.

Sommigen haakten in die eerste fase reeds af, anderen gingen nog een tijd mee maar moesten later toch ook onderkennen hoe de cultuur van de beweging langzaam veranderde. Een ontwikkeling die niet alleen de krakerswereld raakte, maar ook de antimilitairistische actiegroep *Onkruit*, de anti-racistische en andere alternatieve buiten-parlementaire bewegingen. Het begrip functionaliteit deed in brede kring zijn intrede in de beweging. De Onkruit-actie in het kantoor van het Provinciaal militair commando in de Van Eeghenstraat in Amsterdam was in 1981 nog opgezet en uitgevoerd door de hele club, de tentoonstelling in Paradiso van de daar buitgemaakte papieren en documenten (de *PMC-papers* waarvoor uitgever Rob van Gennep indertijd een dag en een nacht in arrest werd gehouden omdat hij ze in zijn boekwinkel te koop had aangeboden) was nog een feest geweest. De bezetting van een bunker in Katwijk daarna werd echter al weer heel anders uitgevoerd. De leiding van een actie kwam te liggen bij een kleine groep. Die koos via coöptatie de „functionele" mensen uit om mee te doen. In de praktijk kwam het er op neer dat zij die in het verleden nogal eens politieke vragen plachten te stellen, steeds vaker werden genegeerd. Discussie over doel en middel werd niet meer op prijs gesteld. Eén actie voorbereiden, een persverklaring opstellen en vervolgens advocaten inschakelen voor de eventuele arrestanten, dàt werd meer en meer het scenario. Gevolg: de harde activisten raakten langzamerhand in een isolement. Wist vroeger iedereen in de beweging na een dag wie waar achter zat, nu werd geheimhouding noodzaak.

## Dominantie

Na de entree van de Centrumpartij in de Tweede Kamer stortte de beweging zich op het racisme in Nederland. De ontwikkeling was analoog. Bij de acties tegen de partij van Janmaat liepen de wegen nog niet meteen uit elkaar. De meningen botsten ter plaatse als een grote groep slechts wilde demonstreren, desnoods fel, en een kleine groep van de gelegenheid gebruik dacht te kunnen maken om een eigen plan te trekken. Het uit de hand lopen van de betoging in Boekel, waar de Centrumpartij in mei 1984 in het geheim haar congres wilde houden, was daarvan de eerste illustratie. De aangestoken brand in hotel Cosmopoliet in Kedichem, waar de Centrumpartij en Janmaat zich vorig voorjaar hoopten te verzoenen, een tweede. In het anti-racistische maandblad *Afdruk* werd daarna een aantal zeer harde noten gekraakt over de „kleine groep mensen die de actie op een rampzalige manier heeft bepaald".

Vervolgens werd het stil rond de Centrumpartij, niet in het minst omdat de partij zichzelf om zeep hielp. De acties tegen de apartheid begonnen te domineren. Weer waren het de actievoerders-zonder-schroom die het terrein gingen domineren. De ene institutie, Janmaat en zijn partij, werd vervangen door een andere, Zuid Afrika. De kleine groep die het voortouw nam, had zich binnen de beweging altijd fel verzet tegen pogingen van anderen om het racisme in eigen kring ter discussie te stellen. Voor bredere acties tegen racisme in de samenleving voelden die activisten ook niks. Dat soort lange-termijn beschouwingen over mentaliteit leidde de aandacht alleen maar af van het doel: de handlangers van de apartheid hier te lande daadwerkelijk bestrijden.

## Brand

Wat in januari 1984 begon met een overval op de bibliotheek van de Nederlands Zuidafrikaanse vereniging (NZAV), waarbij documenten werden buitgemaakt en boeken in de gracht werden gegooid, eindigde via kleinere acties in brandstichting. Eerst bij de oliehandelaar John Deuss thuis, omdat hij het VN-embargo tegen Zuid-Afrika ontdook, en vervolgens bij de Makro, onderdeel van de Steenkolen handelsvereniging (SHV) die ook investeringen in Zuid-Afrika heeft. De namen van de groepen die zich daarvoor verantwoordelijk stelden zijn gevarieerd en soms humoristisch bedoeld. Het *Steve Biko-commando*

# SHV capituleert voor terrorisme

claimde de vernielingen bij een Volkswagen-dealer. Het *commando Crash & Carry* bezocht de slijterij Kaapkelder. *Pyromanen tegen apartheid* stichtten de brand bij Deuss en de *Revolutionaire anti-racistische axie* (Rara) zegt achter de Makro-branden te zitten.

De mensen die deze groepen dragen zijn veel minder rijkelijk gepluimd. Het zijn grotendeels dezelfde mensen. Ze kennen elkaar uit de roemruchte jaren '80/'81 en hadden toen al gemeen dat ze verder wilden gaan dan de goegemeente. Velen wonen bovendien in Amsterdam, en wel in de Rivierenbuurt en de Staatsliedenbuurt. Als het twintig activisten zijn, al dan niet actief ondersteund door vijftig sympathiserende vrienden en vriendinnen, is het veel.

Met de verscherping van de actiemiddelen moest ook de interne discipline verder worden aangehaald. Vijf jaar geleden waren er al enkelingen die waarschuwden voor „infiltranten" en „provocateurs", toen waren dat veelal andere woorden voor geestverwanten die niet zo bekend waren of zich te veel kritiek meenden te kunnen permitteren. Nu heeft de spionitis echt toegeslagen. De actie in de bibliotheek van de NZAV was weliswaar illegaal en werd ook alom gehekeld, het was nog kinderspel vergeleken bij de Makro-branden van het afgelopen jaar. Onderduiken hoeven de activisten van Rara nog steeds niet. In Amsterdam kun je nog redelijk anoniem door het leven gaan, zeker in het milieu waarin mensen slechts een voornaam hebben en hun brieven via een postbus binnen krijgen.

## Isolement

Maar de cultuur in de eigen kring is in snel tempo wel verhard. „Verrader", stond er boven een affiche dat vorige maand in Amsterdam circuleerde. Met daaronder de foto's van twee mensen die na hun arrestatie bij een verhoor waren „doorgeslagen". Ze hadden de politie inlichtingen verstrekt over respectievelijk de ontruiming van een pand in de Okeghemstraat en het doorprikken van de banden van een politie-auto voor het posthuis aan de Pieter Aertzstraat, een dronkemansactie na een avondje cafébezoek. Het kadertje voor de derde foto was nog vrijgelaten: wie volgt? Want „verraders" moeten aan de „schandpaal genageld" worden.

Vroeger werden acties, hoe hard ook, achteraf uitvoerig becommentarieerd en bediscussieerd, onder andere in *Bluf!*. De toon was serieus maar niet theoretisch. Men sprak nog met elkaar. Ook dat is de afgelopen jaren veranderd. De kleine kern die Rara en vergelijkbare andere groepjes vormt, is meer en meer op zoek gegaan naar een algemeen theoretisch en ideologisch perspectief. „Anti-imperialistische" studiegroepjes waren de voorbode, in de communiqués van Rara is nu de vrucht van die gedachtenvorming te zien. Acties tegen bedrijven die in Zuid-Afrika actief zijn, worden niet meer louter gezien als tekenen van solidariteit en hardhandige pressie op de Nederlandse publieke opinie in en buiten het parlement, nee, ze dienen een onderdeel te zijn van de wereldwijde strijd tegen het „US-imperialisme". Een paar jaar geleden was dergelijke terminologie in Nederland spaarzaam. De beweging gruwde van al te veel ideologisch geraas. Voor de *Rote armee fraktion* (Raf) had de jonge generatie wel sympathie, maar die was vooral romantisch van aard. Thans speelt Rara en alles wat daarmee samenhangt wel nadrukkelijk leentje-buur in het buitenland, bij de *Revolutionäre Zellen* uit de Bondsrepubliek en het Franse *Action directe* bijvoorbeeld. Na de eerste brand in de Makro, in september 1985 in Duivendrecht, zette Rara haar strategie aldus uiteen: „Veranderingen vinden niet plaats door debatten in het parlement. Veranderingen moet men bevechten. Bevechten door de aanval, hier in het imperialistische Westen, op alle economische, politieke en militaire instituties die de onderdrukking hier en overal elders mogelijk maken. Daarin schuilt de gemeenschappelijkheid van onze strijd, ons enige perspectief en onze onvoorwaardelijke solidariteit met de zwarte revolutionaire strijd in Zuid-Afrika die zo bloedig gestreden moet worden. Ondersteun de revolutie in Zuid-Afrika en vorm het front in West-Europa". De verklaring verscheen in de rubriek *War news* (oorlogsnieuws) van *De Knipselkrant*, een rudiment van het vroegere *Rood verzetsfront* (RVF) dat halverwege de jaren zeventig de solidariteit met de Raf vorm probeerde te geven.

De vroegere sympathisanten van het RVF zelf staan nu aan de kant. Zij waren en zijn te oud. Maar de vergelijking met de Raf dringt zich toch al enigszins op. De verschillen zijn nog groot, al was het maar omdat de Nederlandse overheid tot nu toe altijd relatief terughoudend heeft gereageerd op politiek geïnspireerd geweld. De overeenkomsten in de zelfrechtvaardiging worden echter wel steeds opmerkelijker. Leek de harde kern zich een paar jaar geleden nog enigermate te bekommeren om het voorkomen van slachtoffers, sinds Kedichem lijkt de groep ook daarover minder scrupules te hebben. Na de brand aldaar werden de slachtoffers onder de niet-fascisten betreurd. Dat de secretaresse van Janmaat haar been verloor, was niet vermeldenswaard. En in het via het ANP verspreide „kommunikee" na de Makro-brand in Duiven, eind vorig jaar, werd het personeel weliswaar gewaarschuwd voor nog niet-ontbrande rookbommen maar daarmee was de kous voor Rara wel af.

Er zijn andere prioriteiten. De actiegroep *Stille(n) nacht heilige vracht*, die medio december 1985 een geslaagde inbraak pleegde in het bureau van het observatieteam van de rijkspolitie in Amsterdam en van de buit een boek samenstelde inclusief namen en adressen, schetste het perspectief van haar werk. „Elke belemmering van het werk van dergelijke repressie-organen verschaft ons meer ruimte en openheid van idealen, of dat nou de wereldrevo is of gewoon de executie van Lubbers, ontmanteling van het koningshuis en nationalisering van Shell en Philips...".

Onvoldoende coördinatie en verschil van mening over taak overheid en SHV
Korthals Altes kwam zijn belofte over bescherming van SHV niet na. NRC 23.1.1987

**Door onze redacteur**
**MAARTEN HUYGEN**

ROTTERDAM, 23 jan. — Minister Korthals Altes (justitie) heeft zijn toezegging aan de leiding van de Steenkolenhandelsvereniging (SHV) tot permanente politiebewaking van de Makro's gedurende het afgelopen weekeinde niet gestand kunnen doen. Dit bekende hij gistermiddag bij een mondeling overleg met de vaste kamercommissies voor justitie en binnenlandse zaken.

De bekentenis van Korthals Altes komt na een lange reeks wederzijdse beschuldigingen van de SHV-leiding en van de overheid nadat twee weken geleden in de nacht van vrijdag op zaterdag de derde Makro-groothandel door brandstichting, opgeëist door de Revolutionaire antiracistische axie (Rara), aan de vlammen was prijsgegeven.

Aan het conflict ligt naast een niet nagekomen toezegging een meningsverschil tussen de SHV-leiding en de overheid over de verantwoordelijkheid van de politie en van het bedrijf voor de preventie ten grondslag. Door onafhankelijk optreden van de lokale overheden en matige coördinatie door de ministeries van justitie en binnenlandse zaken verloor de SHV uiteindelijk vertrouwen in de overheid. Volgens Korthals Altes is er nu „gestructureerd overleg" met de Makroleiding, „buiten de sfeer van verwijten".

Korthals Altes had verzuimd aan de SHV-leiding te zeggen dat niet hij maar de burgemeesters en de politiekorpsen zelf verantwoordelijk zijn voor de ordehandhaving en bewaking. Nadat hij en zijn collega van Binnenlandse zaken, Van Dijk, aan de SHV-leiding vorige week vrijdagmorgen beloofd hadden om de permanente politiebewaking bij de Makro te handhaven, werd in twee steden, Delft en Duivendrecht, die permanente bewaking omgezet in een mobiele. De SHV-directie en de Raad van Commissarissen namen deze volgens hen verminderde politiebewaking hoog op. Volgens de president-directeur van SHV, P. Fentener van Vlissingen, was de verandering in politiebewaking voor de Raad van commissarissen een belangrijke reden om de investeringen uit Zuid-Afrika terug te trekken. De ministers Van den Broek en Lubbers stellen een dergelijk besluit niet op prijs, omdat de SHV zou wijken voor terreur.

## Symbolische waarde

Hoewel de SHV-leiding sterk aan staande politiebewaking hechtte, heeft deze volgens Korthals Altes en politie-autoriteiten slechts symbolische waarde. Het is „machteloos machtsvertoon". „Je kunt 's nachts een hele politiemacht rond een bedrijf plaatsen maar die kan dan slechts toezien als een overdag in het gebouw geplaatste bom tot ontploffing komt", zegt Korthals Altes die achteraf betreurt dat hij zich als bewindsman met de techniek van het politiewerk had bemoeid. Na de belofte aan de SHV-leiding op vrijdagmorgen hebben de ministeries zich er niet meer van vergewist of de permanente bewaking ook werkelijk werd voortgezet. Rijkspolitie (onder verantwoordelijkheid van justitie) en gemeentepolitie (via de burgemeester ressorterend onder verantwoordelijkheid van binnenlandse zaken) van Ouderamstel en van Delft voelden zich vrij om na overleg met de plaatselijke Makroleiding naar eigen keus de bewaking te regelen.

Burgemeester De Groot van de gemeente Ouderamstel, waaronder Duivendrecht valt, kreeg geen reactie op de telex waarmee hij het ministerie van justitie rond een uur vrijdagmiddag van de veranderde bewaking op de hoogte stelde. „Er zijn geen mededelingen aan de burgemeester geweest over de openbare orde, wel aan de districtscommandant van rijkspolitie", zegt hij. „Als de minister de burgemeesters iets wou meedelen, dan haalt hij hen toch bij elkaar".

De eerste Makrobrand in Duivendrecht zestien maanden geleden gaf voor de overheid geen aanleiding om de brandpreventie en de opsporing van de daders groots aan te pakken. Er was schriftelijk contact tussen de SHV-leiding en Justitie. Toen het onderzoek van de lokale politie op een dood spoor was geraakt, werd het stopgezet.

Toen december vorig jaar de Makro in Duiven afbrandde en de Makro en de gestichte brand in Duivendrecht meteen door een nieuwe sprinkler geblust werd, coördineerde de terreur-officier van justitie het onderzoek in de Makrobranden landelijk. Sinds de gestichte brand bij Van Leer vaten vorig jaar juli waren de inlichtingendiensten bij het onderzoek betrokken. Volgens Van Vlissingen had de terreurofficier van justitie aan de SHV-leiding gezegd onvoldoende geld en mensen te hebben om de daders op te sporen.

Er werden geen landelijke preventiemaatregelen getroffen. Wel had Van Vlissingen telefonisch contact met Korthals Altes. Op eigen initiatief gingen verscheidene gemeenten met de Makro's over verscherpte veiligheidseisen praten. De brandweer van Nuth stelde onder andere de installatie van een sprinklersysteem voor maar de feestdagen vertraagden de uitvoering van dit voornemen volgens de burgemeester van Nuth, mevrouw E. Coenen.

## Richtlijnen

Zaterdagochtend 10 januari om tien over half vier werd er in Nuth automatisch brandalarm geslagen. De acht minuten later arriverende brandweer kon met de steun van naburige brandweerkorpsen weinig meer uitrichten. Volgens de brandweercommandant van Nuth zouden sprinklers ook niet meer helpen als de plotselinge vuurzee door een explosie te groot is.

Maandagmorgen had minister Korthals Altes overleg met de SHV-leiding die overheidssteun in bewaking en verzekering van de Makro's wenste en aankondigde om zich bij onvoldoende toezeggingen uit Zuid-Afrika terug te trekken. „Dat gesprek is niet goed verlopen", zei Korthals Altes. „Er was een niet overbrugbaar verschil ten aanzien van de taakverdeling bij de bewaking van SHV". Maandagmiddag gingen er richtlijnen naar de plaatselijke overheden voor een staande politiebewaking van de SHV. Een actiegroep dreigde het filiaal Delft plat te branden. Maandag werden ook alle Makro-verzekeringen met politieke risico's door de Britse verzekeraar Commercial Union schriftelijk opgezegd. De SHV-leiding besloot dit nog niet naar buiten te brengen uit angst verdere terreur uit te lokken.

Woensdag pleegden de gemeenten, waar Makro's stonden, oriënterend overleg over de bewaking van deze grootwinkelbedrijven. De SHV ondersteunde het plan van de VNO om door het bedrijfsleven en de overheid een verzekeringswaarborgfonds voor politieke terreurdaden in te stellen. De aangesloten bedrijven zouden een verhoogde premie

voor dit fonds moeten betalen.

Donderdag verklaarde de Nederlandse dochter van Commercial Union, Delta Lloyd, zich tot einde dit jaar nog aan haar aandeel in het verzekeringscontract gebonden te voelen. SHV maakte bekend nog voor de helft verzekerd te zijn. 's Avonds gaf premier Lubbers de SHV-leiding goede hoop op onmiddellijke instelling van een waarborgfonds.

Vrijdagmorgen verzochten de ministers Korthals Altes en Van Dijk aan de SHV-leiding om meer veiligheidsbewust te worden zoals banken en juweliers. Voorbeelden werden gegeven van warenhuizen in Parijs die na terreuraanslagen toegangspoortjes hadden aangebracht zoals bij vliegvelden, suggesties waar een „klantvriendelijke" Makro volgens Korthals Altes niet gauw aan wilde voldoen. Besloten werd om het meningsverschil vertrouwelijk te houden zodat de precaire verzekeringssituatie niet zou verergeren. Een gezamenlijke persverklaring sprak van overleg tussen plaatselijke overheden en de directies van de Makrowinkels, gecoördineerd door de departementen en de SHV-leiding. Korthals Altes zegde toe de permanente bewaking van de Makro's gedurende het weekeinde te zullen voortzetten maar hij vergewiste zich niet van de uitvoering van deze toezegging, waarna op twee plaatsen terugtrekking volgde.

Premier Lubbers verklaarde die avond dat het kabinet bereid was tot enige medewerking van de overheid bij dekking van onverzekerbare risico's zoals die van een terroristische aanslag. Korthals Altes zei gisteren dat die medewerking neer zou komen op een eventuele speciale toeslag van de overheid als de verzekeraars het niet zelf zouden kunnen regelen. Lubbers zei ook dat zowel de overheid als de SHV meer maatregelen konden nemen om branden door terreur te voorkomen. „Het bedrijf heeft ook niet alle adviezen uitgevoerd die het door de politie en brandweer waren gegeven", aldus Lubbers die hiermee tot grote woede van de SHV-leiding de vertrouwelijkheid verbrak. Volgens Van Vlissingen was uit eigen onderzoek gebleken dat het Franse warenhuis de toegangspoortjes al na twee weken wegens onbruikbaarheid had afgeschaft. Bovendien hadden de Makro's alle plaatselijke richtlijnen volgens verklaringen van politie en brandweer wèl opgevolgd.

Het afgelopen weekeinde besloot de SHV-leiding haar aandeel in de Makro's en haar kolenhandelskantoor in Zuid-Afrika van de hand te doen.

GAZ.v. Antw. 23.1

# Vermeende bommenfabrikant van Frap werd vrijgelaten

**Nadat het parket van Brussel begin september van vorig jaar de 41-jarige Chantal Paternostre in vrijheid stelde heeft thans de raadkamer Luc Van Ackere (23) uit de gevangenis ontslagen.**

Luc Van Ackere uit Moeskroen werd vrijdag 17 januari 1986 onder aanhoudingsmandaat geplaatst. Zoals Chantal Paternostre werd hij dus een gans jaar vastgehouden.

Beiden werden verdacht bindingen te hebben met de CCC, de Strijdende Communistische Cellen en deel uit te maken van de Frap, het Revolutionair Front van de Proletarische Actie. De Frap heeft vermoedelijk twee terreuraanslagen gepleegd, op zaterdag 20 april 1985 tegen het gebouw van de Parlementaire Navo-vereniging aan de Kleine Zavel te Brussel en de dag daarop tegen het AEG-Telefunkengebouw te Ukkel. De schade liep in de miljoenen.

Luc Van Ackere werd bij zijn aanhouding beschouwd als de bommenfabrikant van zowel de CCC als de Frap. Het nieuws van zijn arrestatie verwekte te Moeskroen grote opschudding. Zijn vader is professor aan het plaatselijke college, zijn moeder onderwijzeres in een katholieke instelling. Men wist te Moeskroen wel dat hij een pacifist was, zelfs een gauchist, maar niemand geloofde dat Luc Van Ackere contacten had met een terreurgroep. Zo was hij bijvoorbeeld zeer gevoelig voor de armoede in de wereld. Twee keer reed hij met bestelwagens vol kleren naar Polen.

De voorbije jaren woonde hij te St-Joost-ten-Node. Als gewetensbezwaarde vervulde hij een burgerdienst. Met «Dokters zonder Grenzen» was hij in Soedan. Dit gebeurde na de CCC-aanslag op 1 mei 1985 te Brussel, waarbij twee brandweermannen omkwamen. Vrienden van hem lieten toen doorschemeren dat Luc Van Ackere zo door die aanslag was getraumatiseerd dat hij naar Soedan vertrok.

Maar de politie vond — naar het schijnt — zijn vingerafdrukken in een flat te Anderlecht, waar ook die van Chantal Paternostre en van Jean-Marc Rouillan en Nathalie Ménigon werden ontdekt. Vandaar wellicht dat de speurders er van uitgaan dat hij de twee kopstukken van Action Directe kende en vermoedelijk ook heeft ontmoet.

Door de vrijlating van Van Ackere zijn nu nog vijf verdachte CCC-ers opgesloten: Carette, Chevolet, Vandegeerde en Sassoye, die op 16 december 1985 werden gevat, en Vos, die veel later werd aangehouden.

Het proces van de CCC, naar alle waarschijnlijkheid voor het Assisenhof, zou nog deze zomer moeten doorgaan. Zo zijn alleszins de plannen van de gerechtelijke overheid.

## „Elektronische Falle" der spanischen Polizei gegen Eta

MADRID, 20. Januar (dpa). Die baskischen Eta-Terroristen sind der spanischen Polizei in eine „elektronische Falle" gegangen. Damit sind nach einem Bericht des spanischen Magazins „Cambio 16" vom Dienstag die jüngsten Erfolge der spanischen Polizei im Kampf gegen die Terroristen zu erklären. Die spanische Polizei spielte danach im Dezember 1985 einem internationalen Waffenhändler ferngelenkte Raketen zu, die mit weitreichenden Sendern aus Beständen des amerikanischen Geheimdienstes CIA gespickt waren. Der Händler verkaufte die Waffen an die Eta. Dadurch konnte die spanische Polizei die Terroristen durch elektronische überwachung verfolgen und im vergangenen Spätherbst deren wichtigstes Waffen- und Dokumentenversteck in Südfrankreich aufspüren. Die dort gefundenen Unterlagen sollen auch auf die Spur des am Freitag festgenommenen „Kommandos Madrid" geführt haben. Unterdessen wurde im Baskenland eine neunte verdächtige Person festgenommen. Mindestens ein Mitglied des „Kommandos Madrid" konnte flüchten. Die Polizei vermutet, daß in Madrid zumindest zeitweilig ein zweites Eta-Kommando Attentate ausführte, darunter den Mord an Vizeadmiral Cristobal Colon. Das geht aus den bisherigen Verhören der Festgenommenen hervor.

## Anschlag auf Polizei in Tokio

SDZ 21.1.1987 **Tokio (dpa)**

Eine Polizeiwache im Tokioter Stadtteil Koto ist Ziel eines Raketenanschlags geworden, der nach Überzeugung der Sicherheitsbehörden auf das Konto der Terrororganisation Chukakuha (Mittelkernfraktion) geht. Die Chukakuha kämpft seit Jahren gegen den Ausbau des neuen Flughafens Narita in der Nähe der Hauptstadt und hat, seit die zweite Ausbaustufe gegen Ende des letzten Jahres begann, ihre Aktionen wieder verschärft.

# „Killermentalität der Terroristen“

## BKA-Chef Boge begrüßt Bundestags-Gesetze / Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung

Welt 19.1

A. LUCKOW, **Hamburg**

Im altehrwürdigen Hamburger Hotel Atlantic sorgte der scharfe Frost für mäßig warme Temperaturen im großen Konferenzsaal. Doch nicht nur die Kälte ließ die Teilnehmer der 4. Internationalen Fachtagung der CSU-nahen Hanns Seidel-Stiftung zu „Staatsschutz und Terrorismus-Bekämpfung“ frösteln. Den hochrangigen Sicherheitsfachleuten aus 13 Ländern – neben EG-Staaten auch Ägypten, Pakistan und Saudi-Arabien – trug Heinrich Boge, Präsident des Bundeskriminalamts, gleich zu Beginn der dreitägigen Konferenz eine düstere Bilanz vor: „Die seit dem Spätherbst 1984 andauernde Offensive der Roten Armee Fraktion (RAF) beweist, daß alle Hoffnungen, nach den Erfolgen der Sicherheitsbehörden im Jahre 1982 sei der Sumpf des Terrorismus ausgetrocknet..., trügerisch waren.“ Vielmehr hätten sich die Verluste unter den RAF-Aktivisten wieder ausgeglichen, und der blindwütige Haß habe sich in eine brutale Killermentalität gesteigert.

Auch qualitativ rekrutierten sich die Terrorgruppen neu: Um den 20 Mitglieder umfassenden Kern gebe es mittlerweile ein starkes Feld sogenannter kämpfender Einheiten, die sich auf die Verursachung hoher Sachschäden konzentrierten.

Neben der RAF zählte Boge die revolutionären Zellen und die große Zahl undogmatisch-autonomer Gruppen zum angewachsenen Bedrohungspotential der Gewaltszene. Letztere, denen wohl auch Teile der Hamburger Hafenstraßen-Szene zuzuordnen sind, hätten eine „lawinenartige Entwicklung“ bei Sabotageakten in Gang gebracht: Während zwischen 1981 und 1984 gerade 26 Aktionen gegen Strommasten zu verzeichnen waren, sind es allein im vergangenen Jahr 127 gewesen, davon vier Sprengstoff-, drei Brandanschläge und 120 Beschädigungen durch Ansägen, Schweißen und Schraubenlösen. Boge begrüßte die gesetzgeberischen Maßnahmen des Bundestages, wie die Neuschaffung des Paragraphen 130a StGB als „Klarstellung des Gesetzgebers, die zur Bekämpfung des Terrorismus beiträgt“.

So einig sich die Teilnehmer in der Einschätzung der verschärften Lage waren, so uneinig zeigten sie sich in der Diskussion der Ursachen. Hamburgs CDU-Oppositionsführer Perschau hatte die Wiederbelebung von Bürgersinn und Wertebindung, besonders in der Jugend, als geistige Grundlage für die Austrocknung des Terrorismus bezeichnet. Andere Teilnehmer, wie der österreichische Generalmajor König, bezweifelten dagegen die Möglichkeit eines so klaren gesellschaftlichen Konsenses.

DIE WELT - Nr. 13 - Freitag, 16. Januar 1987

# Der neue Killertyp des Terrorismus

## Am mächtigsten und reichsten ist immer noch die PLO / Ein Expertenbericht

top. **Bonn**

Das Bild des modernen Terrorismus hat sich gewandelt. Ein neuer Killertyp hat inzwischen die Szene der Gewalt besetzt. Dabei handelt es sich um den smarten, gut trainierten, gut bewaffneten und reichen internationalen Terroristen.

Diese These vertritt der englische Terror-Experte James Adams in einem Beitrag für die Januar-Ausgabe des in Bonn erscheinenden „Informationsdienstes Terrorismus“. Als herausragendes Beispiel für seine Theorie nennt Adams die PLO. „Viele aus den Rängen ihrer Topfunktionäre haben ein Universitätsstudium absolviert, tragen Anzüge aus feinstem Tuch und fahren Mercedes-Limousinen. Während sie vielleicht durch einen Telefonanruf Terrorakte befehlen, haben sie selbst niemals einen Menschen umgebracht.“

Die PLO sei die reichste und somit immer noch mächtigste Terrorgruppe der Gegenwart. Sie verbuche ein jährliches Einkommen von 1,25 Milliarden Dollar allein aus ihren Investitionen, die 5 Milliarden Dollar betrügen. Der „Palästinensische Nationalfonds“ sei die Holdinggesellschaft der PLO. Sie verwalte und kontrolliere ungefähr 2 Milliarden Dollar an Guthaben. Die Hausbank der PLO sei die „Arab Bank“ in Amman. Auf dem internationalen Finanzmarkt genieße sie einen guten Ruf, sei bekannt für ihre Integrität und ihre konservative Politik. „Die Bank“, so schreibt Adams, „steuert die Investitionen der PLO in der Wall Street, in der City von London oder an anderen Plätzen des internationalen Finanzgeschäfts.“

Die Gelder der Terrororganisation kämen von den Spenden reicher Palästinenser und vor allem aus arabischen Ölstaaten. Eine geschickte Finanzpolitik hätte die PLO mit weitreichenden Geschäftsbereichen ausgestattet. Diese umfasse inzwischen Banken, Fabriken, Grundstücke, Hühnerfarmen, Wohnblocks sowie riesigen Grundbesitz in Afrika.

Als die Israelis 1982 die Militärstruktur der PLO in Libanon zerschlugen, sei es jedoch gelungen, „in vier Tagen 400 Millionen Dollar aus Libanon zu schaffen und auf Konten in der Schweiz zu hinterlegen. Heute fließt das Geld wieder nach Libanon zurück.“

Um ihr Budget ständig aufzustokken, arbeite die PLO auch mit illegalen Methoden. Sie sei in das Geschäft mit Drogen aus Libanon verwickelt. Im Bekaatal würden gegenwärtig circa 400 Millionen Dollar jährlich durch den Anbau und Verkauf von Drogen, vorwiegend Haschisch, umgeschlagen. Internationale Drogenfahnder zeigten sich beunruhigt, sie sprächen von einer Art „Narco-Terrorismus“.

1984 habe die PLO der Regierung von Nicaragua einen 12-Millionen-Dollar-Kredit verschafft. Die Arafat-Organisation soll der nationalen nicaraguanischen Fluggesellschaft „Aeronica“ sogar eine Boeing 727 geschenkt haben. Adams Erkenntnisse werden von westlichen Geheimdiensten bestätigt. Die PLO besitze bereits einen Anteil von 25 Prozent an der „Aeronica“. Der „Palästinensische Nationalfonds“ sei der Verteiler der Geldmittel an die verschiedenen PLO-Gruppierungen. Die finanziellen Zuwendungen richteten sich nach der Anzahl der Kämpfer in der jeweiligen Gruppe. James Adams nennt Zahlen: „Ein aktiver Kämpfer erhält monatlich 320 Dollar. Ein Nachrichtenoffizier 500 Dollar. Wenn ein PLO-Mitglied heiratet, bekommt es eine einmalige Aufwandsentschädigung von 2000 Dollar.“

TAZ
16.1.87

# TWA-Entführer festgenommen

*Bei Gepäckkontrolle auf dem Frankfurter Flughafen wurde Sprengstoff entdeckt / Festgenommener Libanese soll an der Entführung der amerikanischen TWA-Maschine aus Athen beteiligt gewesen sein*

**Von Kuno Kruse**

**Frankfurt/Berlin (taz)** — Am Dienstag dieser Woche wurde ein 22jähriger Libanese bei einer Grenzkontrolle am Frankfurter Flughafen mit Flüssigsprengstoff im Gepäck und gefälschten Papieren von der Polizei festgenommen. Im Juni 1985 soll er mit zwei anderen Mitgliedern der libanesischen Schiitenorganisation „Hisb Allah" (Partei Gottes) eine US-amerikanische TWA-Maschine entführt haben. Die „Middle East" brachte ihn direkt aus Beirut. Das BKA ist eingeschaltet. Der Name des Festgenommenen wurde bis Donnerstag mittag „aus Fahndungstechnischen Gründen" noch nicht bekanntgegeben. „Verdacht der Vorbereitung eines Sprengstoffattentates", so der vorläufige, von der Frankfurter Staatsanwaltschaft beantragte Haftbefehl. Ein weltweiter Steckbrief liegt vor. „Nun müssen noch einmal die international vorliegenden Unterlagen abgeglichen werden, wimmelt ein Sprecher des Bundeskriminalamtes ab. Die Fingerabdrücke seien bereits verglichen, meldet die hessische Staatsanwaltschaft: Es sind die des gesuchten mutmaßlichen Flugzeugentführers. Innenminister Zimmermann zeigt stolz seinen „ganz großen Fisch". Mit einer Neun-Millimeter-Pistole und zwei Handgranaten sollen am 14. Juni 1985 die damals 20jährigen adretten libanesischen Passagiere Ahmed Gharbije und Ali Junis den Kapitän des TWA-Flugs 847 Athen-Rom zu einem Kurswechsel in Richtung Algier gezwungen haben. Ziel der Aktion: Die Freipressung von 766 auf dem israelischen Rückzug aus dem Libanon mitgenommenen schiitischen Kriegsgefangenen. Der 21jährige dritte Hijacker Ali Atwa(bei dem es sich aufgrund der Altersgleichheit um den in Frankfurt Festgenommenen handeln könnte), hatte trotz aller Bemühungen keinen Platz mehr auf der Passagierliste bekommen und war in der griechischen Hauptstadt zurückgeblieben. Seine Kameraden ließen ihn in einer Maschine der „Olympic Airways" nach Nordafrika nachfliegen. Dort hatten sie die entführte Maschine bereits ein zweites Mal gegen den Widerstand der Algerier zum Landen gezwungen. Inzwischen war eine spektakuläre Visite in Beirut absolviert, 21 der Geiseln frei — und die Leiche des ermordeten US-Marinetauchers Robert Stethms auf dem Rollfeld zurückgelassen. Das Kommando wurde durch ein Dutzend Glaubensbrüder der Amal mit schweren Waffen verstärkt.

Durch die Vermittlung des Amal-Chefs Berri wurden die wieder nach Beirut gezwungenen Geiseln innerhalb von 17 Tagen freigelassen.

# US-Justiz will TWA-Entführer haben

*In Frankfurt festgenommener Libanese sitzt in Auslieferungshaft / Der 22jährige gilt als Hauptverdächtiger*
TAZ 17.1 *Bundesdeutsches Auslieferungsrecht schließt Vollstreckung eines Todesurteiles aus*

**Von Kuno Kruse**

**Berlin (taz)** — Die US-amerikanische Justiz beantragt die Auslieferung des mutmaßlichen TWA-Entführers Mohammed Ali Hamadei. Der 22jährige soll nach amerikanischen Angaben der Hijacker sein, der im Juni 85 während der Entführung der TWA Flug 847 Athen-Rom dem US-Marinetaucher Stethem die Pistole an die Schläfe legte und abdrückte. Die Maschine war mit 177 Passagieren nach dreitägigem Irrflug nach Beirut entführt worden.

Am Dienstag wurde Hamadei mit falschen Papieren und neun Litern Flüssigsprengstoff Methylnitrat, explosiv wie Nitroglyzerin, bei der Grenzkontrolle auf dem Frankfurter Rhein-Main Flughafen festgenommen. Eilig wurde am Donnerstagabend vor dem höchsten US—Gericht eine 15pünktige Anklageschrift gegen vier Flugzeugentführer, darunter Hameidi, freigegeben. Ein damit in den USA bereits eingeleitetes Verfahren gegen den Libanesen soll seine Auslieferung beschleunigen.

Um welchen der Luftpiraten — damals wurden die Namen von drei Tätern mit Ahmed Gharbije, Ali Junis und Ali Atwa angegeben — es sich handeln soll, ist der hessichen Generalstaatsanwaltschaft noch nicht bekannt: „Da müssen sie schon die Amerikaner fragen. Wir haben die Akten noch nicht."

Bis Freitag lag den deutschen Justizbehörden lediglich ein Auslieferungshaftbefehl der USA vor. Das endgültige förmliche Auslieferungsersuchen wird folgen. Die amerikanische Presse beschreibt das Vorgehen ihrer Justiz als vorsichtig. Sollte Hameida wirklich als Haupttäter überführt werden, würde ihn der Umstand, in Frankfurt verhaftet worden zu sein, vor dem elektrischen Stuhl bewahren. Das bundesdeutsche „Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen" und Artikel 12 des deutsch-amerikanischen Auslieferungsvertrags von 1978 verlangen die Zusicherung, daß über den Ausgelieferten die Todesstrafe nicht verhängt bzw. nicht vollstreckt werden darf.

Vorraussetzung für eine Auslieferung, so der Sprecher des Bundesjustizministeriums, Jürgen Schmidt, sei auch das Einverständnis der Frankfurter Staatsanwaltschaft, die auf Einleitung eines Verfahrens verzichten müßte. Was Hameida mit dem Sprengstoff vorhatte bleibt im Dunkeln. Hameida hatte sich von 1982 bis 1984 in der Bundesrepublik aufgehalten. Seinen Antrag auf politisches Asyl zog er zurück. Er ist Vater einer unehelichen Tochter mit einer deutschen Frau.

Ein Mitglied des Selbstmordkommandos zur Befreiung von 766 schiitischen Glaubensbrüdern aus israelischer Gefangenschaft hatte der deutschen TWA-Stewardess erzählt, in der Bundesrepublik gelebt und Autos nach Beirut überführt zu haben. Er „liebe Deutschland", ließ sich Kinderlieder vorsingen und sonderte amerikanische Geiseln mit jüdisch klingenden Namen aus. Seine arabische Frau und sein Kind seien 1984 in Beirut, als die Stadt von einem US-Kriegsschiff beschossen worden sei, gestorben, berichtete er der Stewardess. Im Flugzeug hinterließ er seine Fingerabdrücke.

# Neue Hinweise in „La Belle"-Anschlag

*In Italien lebender Cousin des in Berlin verhafteten Tatverdächtigen Ahmad Hasi soll in einem Brief über den Anschlag unterrichtet worden sein / Angeblich auch Hinweise auf mutmaßliche syrische Hintermänner*

**Aus Berlin Kuno Kruse**

Eine Schlüsselrolle bei der Aufklärung des Sprengstoffanschlags auf die Berliner Discothek „La Belle" soll dem in Genua verhafteten Cousin des tatverdächtigen Ahmad Hasi zukommen. Das berichtete unter Berufung auf Ermittlungsbehören die Berliner Springerzeitung 'Morgenpost'. Bei dem in Italien studierenden Cousin Anwi Hindawi sei ein Brief gefunden worden, der auf den Anschlag in Berlin Bezug nehme. Wie in dem ersten Prozeß gegen Ahmad Hasi und Farouk Salameh wegen des Anschlags auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft in Berlin festgestellt wurde, war der in Genua lebende Awni Hindawi gemeinsam mit den beiden inzwischen zu hohen Freiheitsstrafen Verurteilten für eine „Revolutionäre Jordanische Bewegung" rekrutiert worden. Als Initiator der Bewegung gilt der in London wegen eines versuchten Anschlags auf eine israelische Verkehrsmaschine verurteilte Nezar Hindawi.

In dem in Genua gefundenen Brief sollen neben dem Namen Nezar Hindawis auch die Namen mutmaßlicher syrischer Hintermänner der Attentatsserie „Deutsch-Arabische Gesellschaft", „La Belle" und „El-Al-Maschine" genannt worden sein. Es soll sich dabei um den Luftwaffengeheimdienstoffizier Haitham Said und einen zweiten Offizier namens Samer Koukhash handeln. Diese hätten Nezar Hindawi die Anschlagsziele genannt.

Der in Genua einsitzende Awni Hindawi sei von der Berliner Staatsanwaltschaft noch nicht vernommen worden.

Der Sprecher der Berliner Justizbehörden, Volker Kühne, bestätigte die Existenz eines in Genua gefundenen Briefes. Aber die Meldung, der Fall stehe kurz vor der Aufklärung, decke sich nicht mit dem Stand der Ermittlungen bei der Berliner Staatsanwaltschaft. Bei dem Anschlag auf die Berliner Discothek waren eine junge Türkin und ein schwarzer U.S.Soldat getötet und über 200 Personen zum Teil schwer verletzt worden.

Auch in anderen Fahndungssachen, vermeldete das Bundeskriminalamt der 'Morgenpost', habe man „gewisse Erkenntnisse" gewonnen. Eine fünfköpfige Palästinensergruppe, darunter zwei Frauen, die bereits im September letzten Jahres in Marokko wegen Sprengstoff- und Waffenschmuggels festgenommen worden seien, zeichneten möglicherweise für das Attentat auf das Berliner Restaurant „Mifgash" verantwortlich. Bei dem Anschlag waren ein Kleinkind getötet und zahlreiche Gäste verletzt worden. Bei einem der Verhafteten handle es sich um den 37jährigen Palästinenser Darwich Abdul-All, gegen den in Berlin ein Haftbefehl wegen illegalen Waffenbesitzes vorliegt. Der mit einer deutschen Frau verheiratete Palästinenser hat noch zwei Koffer in Berlin. Inhalt: Sprengstoff. Sie befinden sich in der Reservatenkammer des Berliner Staatsschutzes. Nach einem dritten Bombenkoffer wurde damals vergeblich gesucht.

TAZ 19.1.1987

# Paris befürchtet neue Terrorwelle

FAZ

vM. PARIS, 20. Januar. Die französischen Sicherheitsbehörden befürchten eine neue Terrorwelle aus dem Nahen Osten, wie sie Paris bereits im vergangenen September erlitten hatte. Das geht aus Berichten der Wochenzeitschrift „Le Point" und einigen Tageszeitungen hervor. Zweck der angedrohten Terroraktionen ist die Beschleunigung des Verfahrens gegen Georges Ibrahim Abdallah, den im Pariser Santé-Gefängnis inhaftierten Anführer der „Bewaffneten Revolutionären Libanesischen Fraktionen" (FARL). Der Prozeß hatte sich verzögert, da Abdallah, ein prosyrischer marxistischer Maronit aus dem Nordlibanon, aufgrund amerikanischer Hinweise auch wegen eines Mordanschlags gegen den amerikanischen Konsul in Straßburg im Jahr 1984 unter Anklage gestellt werden mußte. Eine rasche und milde Verurteilung des mutmaßlichen Terroristen und seine Abschiebung sind dadurch erschwert worden.

Wie „Le Point" berichtet, wurden die entsprechenden Drohungen oder Warnungen einem hohen französischen Beamten von Bassam Abu Scherif, einem der wichtigsten Mitarbeiter des PFLP-Gründers Georges Habasch, in einem „Land des Nahen Ostens" übermittelt. Bassam Abu Scherif soll an der Freilassung des Fernseh-Journalisten Aurel Cornea beteiligt gewesen sein, der zusammen mit anderen französischen Geiseln im Libanon gefangengehalten wurde. Als potentiellen Ausführenden der geplanten Anschläge soll Abu Scherif die „PFLP-Sonderorganisationen" genannt haben, den für geheimdienstliche und terroristische Aufgaben zuständigen Zweig der Organisation Habaschs. Auch Ibrahim Abdallah hat seine Ausbildung in einem Lager der „Volksbefreiungsfront" im Nordlibanon erhalten. Habasch hat gegenwärtig seine Operationsbasis in Syrien.

Der Name „Selim Abu Salem" ist Beobachtern des nahöstlichen Terrorismus noch nicht bekannt. Vermutlich handelt es sich um einen Decknamen. Die Tageszeitung „France-Soir" behauptete dieser Tage, eine Kommandogruppe des Terroristen Abu Nidal sei Ende Dezember über Ost-Berlin nach West-Berlin und von dort über die Bundesrepublik, die Niederlande, Belgien und Luxemburg nach Frankreich gelangt. Die Festnahmen des Libanesen Mohammed Ali Hamadei auf dem Frankfurter Flughafen mit mehreren Kilogramm Sprengstoff im Handgepäck und des Libanesen Beschir Chodr in Mailand, der elf Kilogramm Sprengstoff in Ostereiern versteckt bei sich führte, gibt diesen Hinweisen Gewicht. Der bei Chodr gefundene Sprengstoff ist das gleiche aus der Tschechoslowakei stammende Semtex, das bei den Pariser Anschlägen im September verwandt worden war.

# Political Prison for Women Opens in Lexinton Shut it Down!

## Insurgent Vol.2 Nr.3 Winter '86

On Thursday, October 30, the control unit for women prisoners was opened in a specially-constructed basement area at the federal prison at Lexington, Kentucky. Puerto Rican Prisoner of War Alejandrina Torres and Northamerican anti-imperialist political prisoner Susan Rosenberg were both transferred to the unit on that day. They are the first and only prisoners now held in the unit. The conditions they face include:

-- complete isolation from all other prisoners in the institution.
-- no social visits with anyone other than their immediate family.
-- strip searches every time they leave their cells for recreation in the yard.
-- denial of access to any of the educational and recreation programs available to other prisoners.
-- both family visitors and attorneys photographed before they are allowed to visit.
-- correspondents limited to 15 people who must be investigated and approved before Susan or Alejandrina can send or receive any mail.
-- constant video surveillance and surveillance by the guards, who have been instructed not to converse with Alejandrina or Susan.
-- constant changes in the rules, which do not appear in print anywhere.

Alejandrina and Susan have been told that the Lexington Control Unit was designed for women prisoners where there is a threat that "external forces" might aid in an escape. They were told that they were placed in the unit because of their "political associations." Carol Manning of the Ohio 7 has already been designated to Lexington after her trial in Boston next year; we also believe that political prisoner Judy Clark will likely be transferred there by New York State authorities. The control unit is a prison explicitly for political prisoners -- it is the Robben Island, Stammheim, H-Block of the United States of America.

The opening of the control unit poses an urgent challenge to our movements of resistance. It is a showcase for counterinsurgency techniques that have been studied and perfected behind the prison walls. Its goal is to use isolation and psychological warfare to break the spirit and will to resist of women POWs and political prisoners; and to destroy their very political identities. We are joining with many others to call for an offensive to IMMEDIATELY end the specific abuses now in practice, while building our capacity to SHUT DOWN LEXINGTON, MARION AND ALL OTHER CONTROL UNITS.

The Lexington Control Unit did not fall from the sky. Its structure and program reflect the lessons that the Bureau of Prisons has learned from years of experimentation with behavior modification units and special housing units. Marion federal penitentiary in Illinois is the recent prototype -- not only for Lexington, but for the notorious political prisons in the Federal Republic of Germany (West Germany) as well. For over three years, Marion has been in a total lock-down situation. The BOP has used Marion as an experiment in the control of prisoners -- dominantly Third World prisoners -- and especially those who are either political prisoners or outspoken resisters within the prison system. The threat of a transfer to Marion is a threat hanging over the heads of all men federal prisoners.

The goal of the control units is exactly that -- control. They are designed not only to isolate political prisoners from the prison population, the community and the movements they are part of, but to destroy their political identities. In a 1982 meeting in Washington, D.C. between social scientists and prison wardens, Dr. Edward Schein presented an address called "Man Against Man: Brainwashing." He advised placing individuals "into new and ambiguous situations for which the standards are kept deliberately unclear, and then pressuring to conform to what is desired in order to win favor and a reprieve from the pressure." This is exactly what is being implemented at Lexington, where rules change from hour to hour. Nazi documents captured after WW II show that this is the way they administered the concentration/extermination camps. Schein also recommended "physical removal of prisoners from those they respect (to) break or seriously weaken close emotional ties" and "using techniques of character invalidation, i.e. humiliations, revilements and shoutings to induce feelings of guilt, fear and suggestibility, coupled with sleeplessness and exacting prison regimen and periodic interrogational interviews."

Every aspect of the conditions at Lexington is designed so that prisoners have no power over their lives. Their movements, what they read (they are only allowed books from the unit's library), what they wear (all personal clothing has been re-

placed by institutional clothing) and who they can talk to are all regulated. Susan and Alejandrina were told that they can be transferred out of the unit if the conditions that resulted in their designation no longer exist -- in other words, if they renounce their politics.

When women political prisoners are targeted by the government, attacks often come down through sexual abuse. Before Alejandrina and Susan were transferred to the unit from the prison at Tucson, Arizona, they were subjected to forcible rectal and vaginal searches by a male medical technician while being held down by guards. This is nothing less than rape, with the same violent and degrading purpose as rape of any other kind.

The U.S. government, while denying that there are any political prisoners in its jails, knows very well that these comrades are a threat to a repressive system not only in society at large, but within the prison population. Political prisoners stand up for their civil and human rights and for those of other prisoners. They fight to direct people's anger and frustration into focused resistance. The prison administrators do not want political prisoners in the general population, and one goal of the control units is isolation. In the meantime, many have been put into isolation on trumped-up disciplinary charges. Over the past year, many Black political prisoners and POWs in New York State -- including Richard Dhoruba Moore and Basheer Hameed -- as well as Northamerican political prisoner Judy Clark have received long sentences in segregation.

On November 1, several hundred people attended a conference in Chicago sponsored by the Committee to End the Marion Lockdown where speakers addressed the need for the community to support resistance inside the prisons. In a statement to the conference, anti-imperialist political prisoner Tim Blunk said:

> "While many of us on the inside are doing what we can, at this juncture the burden of exposing Marion and the Control Units necessarily falls on those of you outside. You should know that all of your efforts on the prisoners' behalf are greatly appreciated. Your work directly empowers all of us fighting behind the walls. In a very real sense you are fighting for yourselves. Anyone willing to make sacrifices for social change in this country is a candidate for the concentration camps.
>
> As in revolutionary movements around the world and historically here in the U.S. empire, the prisons will become a significant front. . . The degree to which we can build effective organization now on the outside will largely shape the possibilities for this front when conditions change and contradictions ripen. The time will come when the prisoners will reciprocate with our own initiatives. One need only look at Ireland, the Federal Republic of Germany or El Salvador for recent examples."

The Committee to Fight Repression is participating, along with the National Committee to Free Puerto Rican POWs and other organizations, in a campaign to shut down Lexington, Marion and all the control units. This is a long-term fight which also demands that we be vigilant to specific abuses as they occur.

WHAT YOU CAN DO

We urge our readers to join with us in the campaign.

Write letters of protest to Warden R.L. Matthews, FCI Lexington, P.O. Box 2000, Lexington, KY 40512 and send a copy to Norman Carlson, Director of the Bureau of Prisons, 320 First St. N.W., Washington, D.C.

Alejandrina and Susan are resisting the special regulations, so they have not supplied a list of correspondents to be investigated. That means they can't receive mail -- but it is important for the prison administration to know that they have support. Send a card to them -- their addresses are on our prisoner list -- understanding that it will be read by the prison and then returned to you.

Send the Committee to Fight Repression any ideas you have for the campaign -- and send us financial contributions!

If you are an artist, a reporter, a doctor, part of a religious community, a member of a political organization or an independent activist -- or if you know anyone who is -- get in touch with us.

Contact CFR to arrange speaking engagements about the Control Units and the campaign to SHUT THEM DOWN.

In the words of Alejandrina Torres:

> "The purpose of the government's counterinsurgency strategy is to destroy the growth and support of our struggles for national liberation and social justice and to deter dissent and civil disobedience . . . We will cotninue because in order to achieve justice and peace for our people and other oppressed peoples, we must dare to struggle, dare to win."

# Tom Manning & Richard Williams: *Self Defense Shakes New Jersey Trial*

Insurgent Vol.2 Nr.3 Winter 1986

The trial of anti-imperialists Richard Williams and Tom Manning opened on November 10 in the New Jersey town of Somerville, which has been turned into an armed camp by the New Jersey authorities. Tom and Richard are charged with the December 21, 1981 killing of a New Jersey State Trooper, Philip Lamonaco. Tom has said that he shot Lamonaco in self-defense; when his car was pulled over by the trooper, Lamonaco recognized Tom, and attempted to murder him. Lynne Stewart, attorney for Richard Williams, stated in her opening remarks that Richard was not in the car. "This is guilt by association. We reject the guilt, and we embrace the association."

At the time of the shooting, Richard and Tom were part of the revolutionary clandestine movement. Tom was on the FBI's Ten Most Wanted List. In this same period, the FBI, state and local police agencies throughout the Northeast had begun to carry out one of the largest fugitive hunts in U.S. history, later titled BOSLUC/Western Sweep (BOS for Boston, headquarters of the investigation; LUC for Raymond Luc Levasseur, one of the targets; Western Sweep because it concentrated on western Massachusetts and Connecticut.) Also targeted were Barbara Curzi-Laaman, Jaan Laaman, Patricia Gros and Carol Manning, who along with Tom, Richard and Black community activist Chris King face charges in Boston of seditious conspiracy and racketeering (see, Insurgent, Vol. 2, No. 2). The other targets of BOSLUC were New Afrikan Freedom Fighters Mutulu Shakur (captured February, 1986), Assata Shakur (remains free) and Nehanda Abiodun (also free); and anti-imperialists Alan Berkman (captured May, 1985), Marilyn Buck (captured May, 1985) and Susan Rosenberg (captured November, 1984). BOSLUC saturated the Northeast with wanted posters labeling these revolutionaries as "armed and extremely dangerous," giving any police agent an open invitation to kill them, if and when they were captured.

Richard and Tom's trial has been marked by blatant police antagonism towards the comrades on trial, their attorneys and their supporters. Outlandish security procedures are designed to intimidate the public, the jury and spectators and supporters. The Courthouse and the surrounding neighborhood is filled with heavily armed state police, including sharpshooters on roofs. Anyone attending the trial must present identification with a photograph, as well as give officers at the front door Social Security numbers and home addresses, all of which are logged in a book. Richard and Tom are flanked by uniformed guards while court is in session and have to get the Judge's permission to leave the defense table to view articles in evidence.

During pre-trial proceedings, Judge Imbriani signed an order permitting the government to use "necessary force" to take a sample of Tom Manning's blood. The sample was to be compared to dry blood stains found in the car -- a test whose reliability is under serious criticism by experts. Tom refused to give the sample voluntarily because he and all of his comrades have refused to collaborate in any way with the government's investigations. In his order, Imbriani specified that, if all other measures failed, New Jersey State Troopers would be allowed to restrain Tom and take the blood -- the same troopers who had been hunting Tom, Richard and their comrades with shoot-to-kill orders and "unofficial" death squads for almost five years! A small but effective demonstration was held outside Trenton State Prison, and diligent press work helped prevent a serious assault on Tom.

The trial is about more than the killing of a cop -- in the state's eyes, that is the most serious crime, but trials for cop killings do go on without this level of hysteria and repression. More important, it is the government's view that Lamonaco was killed by an armed revolutionary in an unanticipated military encounter. These same revolutionaries not only eluded capture, some for as long as ten years, but it is the state's contention that these comrades bested them several times in combat -- and, in the final analysis, were willing to fight rather then be captured.

The government has not done very well in presenting its case to date. Every government witness has either failed to identify either Richard or Tom as having been at the scene of the shooting, or has grossly contradicted their previous testimony. Tom is being represented by William Kunstler and Ron Kuby; Richard by Lynne Stewart; all attorneys are working for no fees. As the government's case has faltered, the State Troopers guarding the courtroom have become more provocative.

The ability of Tom, Richard and the other members of the Ohio 7 to remain free necessitated vigilance and combativity. They have continued to demonstrate these qual-

ities since their capture; their tenacity under some of the worst conditions has not wavered when at many points it would have been "easier" to back down from what they know to be true and righteous. Their strength is a challenge to our movement, whatever our particular work may be. These comrades are an example of fighting to win, and should be defended and supported.

**STATEMENT OF RICHARD WILLIAMS AND TOM MANNING TO THEIR SUPPORTERS ON THE OPENING OF THE NEW JERSEY TRIAL**
**November 10, 1986**

We would like to extend our warmest greetings and revolutionary love to all our people who came today to witness the beginning of this show trial and demonstration of police state terrorism.

Just like the Attica uprising of 1971 where 100's of our Brothers rose up in resistance to state repression, and the state police reacted with lies and false propaganda, declaring that the prisoners castrated guards and cut their throats, to creat an atmosphere that would justify the murderous institutionalized violence that followed.

We face the same lies and false propaganda now. Their statements declare that Lamonaco was brutally gunned down, when the facts are he died with a smoking pistol in his hand; and their attempt to frame another freedom fighter by making it a two-on-one attack, when the truth is that their supertrooper got bested in a one-on-one confrontation. The armed forces you see surrounding this building now are the same instruments of oppression that surrounded D Yard on September 13, and are the same forces that are mobilized whenever the resistance of the people challenges the forces of the state. What we will show during these coming weeks will be the necessity and the right of self-defense and the building of a revolutionary resistance movement in North America. We dedicate this trial to Zayd Malik Shakur, who gave his life on a New Jersey highway in the war of liberation. We send love and solidarity to freedom fighters everywhere, in the prisons and in the fields.VENCEREMOS!

# Sexual Harrassment of Women Political Prisoners

Insurgent Vol.2 Nr.3

By Susan Rosenberg
HSU Lexington

In the U.S. today there are over 100 Prisoners of War and political prisoners. We all have in common our active resistance to the US government in its war crimes and war machine, in the colonization and attacks against nations struggling for self-determination and independence; in its racist and unjust system based on white supremacy and bourgeois rule; in its violence and domination of women. Some are Prisoners of War captured in the course of struggling for the national liberation of their nations--Puerto Rico, New Afrika, and Native American nations. We are classified as "violent, extremist, and terrorist" by the Federal and state prison systems to justify all treatment at the hands of the prison authorities.

The purpose of this classification is to cement the process of criminalization. The prisons need to deny our existence to mask the reality that there is revolutionary resistance from within. The prisons as part of the Justice Department believe that by destroying POW's and political prisoners they will destroy and demoralize the movements and social forces that we represent. The patterns of violent counterinsurgency used by imperialism around the world are institutionalized in the prisons today.

The physical and psychological attacks on women POW's and political prisoners have grown more violent and systematic as the Federal Bureau of Prisons (BOP)/US Marshal service (arms of the Justice Department) have become less and less concerned with maintaining the appearance of due process. The anti-terrorist conference in Puerto Rico in 1978 laid out guidelines for repression against revolutionary movements, particularly the Puerto Rican Independence movement. They state that because revolutionary individuals cannot be rehabilitated, they must be sentenced to lengthy sentences; they must be isolated; they cannot be allowed to become martyrs. In other words, revolutionaries must be neutralized. In the field this means death; in the prisons it means political and physical destruction. The intent is to drive political prisoners crazy, to alienate prisoners, to set up prisoners, to kill prisoners. The justification is "maximum security status", and the classification is "terrorist". The prisons, while publicly denying our existence, understand full well that political prisoners represent a special threat to the

system and are not the same as other prisoners. Within these walls everything is done to intensify that difference.

The use of sexual violence is part of the program. It has always been a particular weapon used against women, but in the prisons, it is policy against women political prisoners and POW's. Isolation, physical brutality, psychological torture, sexual threats and intimidation are used to destroy our spirit of resistance. The hole, the box, segregation, mental wards in prison hospitals, holding women prisoners in men's prisons, and control units--the names of these conditions change, but the repressive measures serve the same function. Women POW's and political prisoners are being used in experimental techniques by the federal BOP and the state prisons all over the country. Judy Clark is in her second year in the box at Bedford Hill's (NY) women's facility (the longest sentence given to a woman to serve in the hole). Carol Manning had been in segregation in Framingham (MA) women's prison where she was singled out, brutalized and sexually violated by male guards in forced cavity searches. Puerto Rican POW Alejandrina Torres and political prisoner Susan Rosenberg had been in a control unit for women at Tucson Federal Correctional Institute (FCI). We have just been transferred to the new high security women's control unit at Lexington (KY) FCI.

The development of the control unit as a model for repression against political prisoners and POW's, as well as the most militant prisoners has been in the making since the 1960's. The attacks on women involved in the liberation struggles of their people and the Northamerican women who have participated in revolutionary activity, has existed since the 1950's:

** Lolita Lebron, Puerto Rican nationalist and political prisoner for 25 years, spent a year in isolation and then 9 months in the prison mental hospital at Lexington, KY FCI.

** Assata Shakur, New Afrikan Freedom Fighter who was liberated from prison in 1979 by the Black Liberation Army, spent a year in the hole in Davis Hall, the segregation unit in Alderson womens prison. She was in a "behavior modification" program. She also spent a year in the basement segregation unit of a men's state prison in New Jersey.

** Marilyn Buck, Northamerican political prisoner, spent 18 months in isolation in Davis Hall, in a behavior modification program.

** Rita Brown, Northamerican political prisoner spent many months in Davis Hall and 2 years living in a prison detention center designed for pre-trial prisoners; she spent years in a men's state prison in Nevada.

** Haydee Torres and Ida Luz Rodriguez, Puerto Rican Prisoners of War, spent 10 and 8 months each in the Cardinal Unit isolation cells in Davis Hall, the first "control unit" for women in federal BOP.

** Alejandrina Torres, Puerto Rican POW, spent 3 months in the men's segregation unit at Chicago Metropolitan Correctional Center (MCC) and was sexually assaulted twice by BOP guards and a Lieutenant. She was transferred the day after her sentencing to Tucson, and she had been there a year.

Sexual threats and sexism as a weapon are rampant in the prisons as a whole. It is an underpinning of the institutional policies of the BOP. It is encouraged and applauded by the administration and by the guards. One regulation says that male guards can pat search a woman prisoner at any time. In an "emergency" situation, a male guard can strip search a woman prisoner. Defining an emergency situation is left up to the individual discretion of the guard. In every case where sexually abusive contact on the part of guards against us has happened, it is the prisoner's word against the guard's. Strip searches are conducted regularly after any contact with non-BOP personnel. A strip search is exactly that. You are made to strip naked and every part of you is inspected. You must bend over and spread your behind; your ears, mouth and hair are inspected. (The policy of strip searches has been resisted by Irish women political prisoners--they have said it is one of the most dehumanizing and degrading attacks on them carried out by the British and Irish authorities). Strip searches in US prisons are standard and violate our very dignity as human beings.

Healthcare is also used as a weapon. There are almost never women healthcare workers, and there are no provisions for the special medical needs of women. Our security classifications are used to either deny us decent medical care, or used to turn serious medical problems into physically tortuous situations. Drugs, depressants, tranquilizers are regularly dispensed; when they are refused they are put in our food.

The Cardinal Unit was a sensory deprivation control unit in the segregation unit within Davis Hall at Alderson FCI. A political campaign against it was led by the Puerto Rican Independence Movement and specifically the National Committee to Free Puerto Rican POW's. It was closed as a result of that campaign and Haydee Torres and Ida Luz Rodriguez (who were there) were transferred into general population at Pleasanton (CA) FCI. The BOP then created the women's control unit in Tucson FCI. Norman Carlson, director of the BOP, designated Tucson as a temporary unit for maximum secuity women prisoners until the new high security control unit at Lexington was finished (see Editorial, this issue).

The Lexington control unit opened on Thursday, October 30. The first two and only women sent there are Alejandrina Torres and Susan Rosenberg. The Lexington unit is the first complete control unit for women. The BOP has taken 25 years of experimentation in "behavior", in control, in their counterinsurgency studies and practices, and from that, created Lexington. It is designed to prevent "external terrorist attacks", which includes in its design, its location in the basement of the larger Lexington FCI. All women POW's and political prisoners will go to Lexington at some time or another. If they are not designated there, then it will be used as a threat, or resulting from set-ups, women will be sent there. The conditions that we face need to be exposed and fought. The existence of Lexington as a special prison for political prisoners itself shreds the lie that there are no political prisoners in this country.

## Letter to the Editor

Dear friends:

For a while now, I've been feeling a need for a collective form in which to air my concern about and criticisms of some of the recent armed actions by anti-imperialist, and, specifically, anti-zionist groups.

Among those I am referring to are those claimed by two established Palestinian groups: the hijacking of the Achille Lauro and the coordinated attacks against El Al at various European airports. Certainly the attempted bombing of the El Al jetliner at London Airport, whether or not done with direct Syrian involvement, is one. I assume these actions are done as part of a campaign to isolate 'Israel' from tourism and international commerce.

There are other attacks that I am equally critical of, but I'm not as clear about who is responsible for them: the bombing of an in-flight TWA jet near Italy this past year and the recent spate of bombings of civilian targets in France. I'm sure we will all agree with the fairly universal condemnation of the reactionary and overtly anti-semitic attacks on synagogues in Turkey and in some European countries.

Let me make my criticism explicit. I think these attacks are terrorism: the intentional killing of civilian populations for political purposes. I do not support them. I would not be surprised if many of us do not. More importantly, though, I think that our movement needs to discuss them, not so we can self-righteously criticize others but so that we deepen our own understanding of revolutionary morality and its application to issues of violence. And, in the process, I think we will be conveying our concern to those Third World comrades whose political goals we support.

I want to make some brief but sincere disclaimers: I am aware of the wholesale terrorism of the imperialist powers and am committed to resisting it. I believe imperialism's violence will only be stopped by the organized violence of the oppressed. I know that organizations such as the PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine), DFLP (Democratic Front for the Liberation of Palestine) and the PFLP-GC (Popular Front for the Liberation of Palestine - General Command) have not done such actions and that discussions may be taking place among Palestinian nationalist forces. I do not believe much of what I read in the Western press and less of what comes out of Reagan's and Thatcher's mouths.

Since most of the actions are related to the struggle in the Middle East, I'd also like to clarify my general political perspective: I wholeheartedly support the Palestinian people's right to self-determination. Reciprocally, I consider 'Israel' a settler colony and an outpost of Western imperialism. I support Syria's aid to the Palestinians and progressive Lebanese and its right to reclaim its national territory occupied by 'Israel'. I generally consider religious fundamentalism of any type a reactionary force, although it may sometimes give rise to anti-imperialist struggle.

Aware of the lack of support for the Palestinians in this country and the hypocrisy of Reagan's 'anti-terrorism' campaign, I vacillated between trying to convince myself that the actions weren't what they seemed to be and a tactical decision that it was not the right time or place to air such criticisms. I think this was wrong. Questions of morality cannot be subordinated to the "larger issues;" it was just such a stance that led much of the world communist movement to uncritically accept Stalinism in both its original and derivative forms. And, I believe part of our movement's ideological underdevelopment is a practice of basically accepting the bourgeoisie's view of a polarized good/evil world and then assuming the mirror image position of that of the imperialists. I think we need to mature and realize that life and politics just ain't that simple.

For a while, I articulated my criticisms as: "these actions play into Reagan's anti-terrorism campaign." I think the deeper question is: do these actions validate some of the charges concerning terrorism? This is much more ideologically threatening. Let me immediately clarify that I in no way mean to imply that the political goals or the strategic nature of that campaign is validated.

More specifically, let me pose two questions using two specific examples: 1. Is there any qualitative difference between the moral bankruptcy of using a pregnant women to destroy herself and 320 other people, and the moral bankruptcy of the 'Israeli' bombing of refugee camps under the guise of attacking guerrilla bases? 2. Doesn't the

murder of a 60-year-old wheelchair bound Jewish man on the Achille Lauro, and the subsequent attempted denial, smack of anti-semitism of the worst sort and not of anti-zionism at all?

I am aware of who has initiated the violence. I am aware of the difference in scale. I am aware of the difference in political goals. Yet, I cannot help but believe that there is a revolutionary way to conduct a war and a reactionary way. That the ends do not justify the means but rather must shape them, and that the means employed will ultimately shape the achieved ends.

I do not believe that these actions constitute more than a small part of the practice of some anti-imperialist and anti-zionist groups; yet I fear that without explanation they become a defining part. To remain silent implies acceptance, if not agreement.

That is why I could no longer remain silent.

I welcome replies and discussion.

Alan Berkman
#86-01514
Holmesburg Prison
Philadelphia, PA 19136

# Neuer Terrorabwehrkoordinator in Paris

## *Jacques Franquet als Uclat-Chef*

**Neue Zürcher Zeitung** *Paris, 23. Januar*

Jacques Franquet, seit knapp sechs Jahren Leiter der zentralen Polizeidienststelle zur Bekämpfung des Rauschmittelhandels, ist zum neuen Koordinator von Frankreichs Terrorismusabwehr ernannt worden. Der 46jährige neue Chef der «Unité de coordination de la lutte antiterroriste» (Uclat) löst den im Alter von 60 Jahren in den Ruhestand abtretenden *François Le Mouël* ab, welcher der Uclat seit deren Gründung im Herbst 1984 vorstand und in dieser Eigenschaft die Anstrengungen zur Terrorismusbekämpfung durch die diversen Sicherheitsdienste des Innen- und Verteidigungsministeriums sowie des Elysée aufeinander abzustimmen hatte.

### Bemühen um Kontinuität

Rivalität und Animositäten zwischen den *«polices parallèles»* sind in Frankreich sprichwörtlich; doch gelang Le Mouël, der seinerseits in den siebziger Jahren die Drogenbekämpfungsbehörde geleitet hatte, teilweise eine *bessere Koordinierung* im gemeinsamen Interesse der Sicherheitsdienste angesichts der gewachsenen Herausforderung durch den Terrorismus. Die Ernennung Franquets zu seinem Nachfolger markiert das Bemühen um Kontinuität in dieser Hinsicht und wird als Beförderung einer der fähigsten «Spürnasen» des französischen Polizeidienstes auf einen Posten interpretiert, dessen tatsächliches Gewicht weitaus weniger von der Definition im Zuständigkeitsorganigramm als vielmehr von Persönlichkeit, Takt und *Durchsetzungsvermögen* seines Inhabers bestimmt wird.

Nächste Woche werden in Paris gleich *zwei wichtige Gerichtsentscheide* zur Abwicklung von Verfahren wegen terroristischer Delikte fällig. Der eine betrifft den letzten Monat wegen Einschüchterung der Geschworenen geplatzten Prozess gegen drei einer Mordtat an zwei Polizisten angeklagte Mitglieder der Linksterrorbewegung *Action directe*, unter ihnen deren Mitbegründer *Régis Schleicher*. Nach einer am 30. Dezember durch das Parlament verabschiedeten Änderung des Gesetzes vom 9. September letzten Jahres über die Bildung von ausschliesslich aus Berufsrichtern zusammengesetzten *«besonderen Geschworenengerichten»* zur Aburteilung terroristischer Straftaten soll die Neueröffnung des Verfahrens einer solchen speziellen Strafkammer übertragen werden, wogegen sich der Anwalt von zwei der Angeklagten unter anderem unter Hinweis auf eine Verletzung des Rechtsprinzipes der unzulässigen Retroaktivität stemmte. Ein Entscheid darüber soll am 29. Januar gefällt werden.

### Neue Drohungen

Auf einen Tag früher ist ferner ein Beschluss des zuständigen Gerichtes angesetzt, mit welchem die Eröffnung des Prozesses gegen den Nahostterroristen *Georges Ibrahim Abdallah* festgelegt werden soll; auch er kommt wahrscheinlich vor eine ausschliesslich aus Berufsrichtern bestehende Strafkammer. Laut einem jüngsten Bericht von «Le Point» haben seine Anhänger in Libanon ultimativ einen Verfahrensbeginn für spätestens Ende nächsten Monats verlangt. Bassam Abu Scherif, ein führendes Mitglied von Habaschs «Volksfront für die Befreiung Palästinas» (PFLP) soll gegenüber einem französischen Abgesandten letzten Monat für den Fall der Nichtbefolgung eine *neue Attentatswelle* durch eine Untergruppe der PFLP angedroht haben; inzwischen bestritt die PFLP in einer Erklärung, dass es ein Treffen Scherifs mit einem französischen Emissär gegeben habe und irgendein Ultimatum ausgesprochen worden sei.

# Wiederbelebte Rote Brigaden in Italien?

NZZ

## *Die Verhaftung Paolo Cassettas in Rom*

*T. W. Rom, 23. Januar*

In Rom sind, wie bereits gemeldet, am Donnerstag abend nach einer Schiesserei der flüchtige Rotbrigadist Paolo Cassetta und zwei weitere Personen verhaftet worden. Eine vierte Person konnte entkommen. Die Polizei hatte Cassetta bereits *beschattet*. An der *Via Nomentana*, im Osten der Stadt, kam es am Donnerstag bei einer Bushaltestelle vor einem Kino zu einem Treffen. Als Cassetta entdeckte, dass er von Carabinieri beobachtet wurde, zog er seinen Revolver. Es kam inmitten des belebten Vorplatzes zu einem Feuerwechsel, in dem Cassetta und die 31jährige *Geraldina Colotti* verletzt wurden. Ein alter Mann, der als Passant in die allgemeine Panik geriet, wurde durch einen Beinschuss verwundet. Der ebenfalls festgenommene 25jährige *Fabrizio Melorio* ist ohne Vorstrafe.

### Unbehindertes Untertauchen

Der 26jährige Paolo Cassetta war 1982 als Rekrut in Rom verhaftet worden. Er stand in Verdacht, der römischen Kolonne der Roten Brigaden anzugehören und in deren Auftrag im *militärischen Bereich* zu arbeiten. Wie viele andere Verdächtige musste er nach Ablauf der Untersuchungsfristen zwei Jahre später auf freien Fuss gesetzt werden, allerdings in Form einer *Verbannung* nach dem sizilianischen *Porto Empedocle*, wo er bald untertauchte. Er hat sich nach seiner Verhaftung sogleich als politischer Gefangener deklariert. Geraldina Colotti, die Philosophie unterrichtet, kommt aus Ventimiglia. Ihr Name fehlte bisher in den Listen potentieller Terroristen. Es wird für möglich gehalten, dass sie als Verbindungsperson zwischen dem italienischen und dem *französischen* Terrorismus fungierte.

### Über 150 flüchtige Brigadisten

Nach den fragmentarischen Meldungen handelt es sich bei den Verhafteten um ein Terroristenkommando, das ein Attentat vorbereitete, welches möglicherweise am gleichen Abend hätte stattfinden sollen. Als potentielles Opfer wird der Name eines *Justizbeamten* genannt, der früher in Turin eine Reihe von Untersuchungen gegen Terroristen geleitet hatte. Innenminister *Scalfaro* fühlt sich in seinen Warnungen der letzten Zeit bestätigt, die Drohung des Terrorismus von links und rechts nicht als abgeschlossen zu betrachten. Auch der neue Chef der italienischen Polizei, *Vincenzo Parisi*, sprach von der Existenz neuer Gruppen, an die sich flüchtige Elemente anschliessen würden. Besonders in den Gefängnissen sollen radikale Elemente Pläne für einen neuen Aufschwung des ultralinken Terrorismus ausarbeiten. Die insgesamt 151 flüchtigen Brigadisten in Italien werden dabei als Ansatzpunkte für die Bildung neuer Formationen betrachtet. Der Fall des nun verhafteten Cassetta scheint diese These zu bestätigen.

## Acht Jahre Haft für RAF-Mitglied Dutzi

SDZ 26.1.87 **Frankfurt** (dpa)

Zu acht Jahren Haft hat der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt die 35 Jahre alte Technische Zeichnerin Gisela Dutzi in einem zweiten Prozeß verurteilt. Die nur zweitägige Verhandlung war erforderlich geworden, nachdem der Bundesgerichtshof in der Revision das erste Urteil gegen Gisela Dutzi wegen Unstimmigkeiten bei der Vielzahl der Delikte im Schuldspruch aufgehoben hatte. Das Gericht hat sie wegen Begünstigung, Unterstützung und Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung RAF sowie des Verstoßes gegen das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz und der Urkundenfälschung verurteilt. Es ging im zweiten Prozeß praktisch nur um das Strafmaß, das auch lediglich um ein halbes Jahr reduziert wurde.

## Fahndung ohne Erfolg

**Stuttgart** (dpa)

Trotz der rund 440 regionalen Großfahndungen nach den Morden an Siemens-Vorstandsmitglied Karl-Heinz Beckurts sowie dessen Fahrer Eckhard Groppler ist in Baden-Württemberg kein Terrorist festgenommen worden. Im Rahmen der Fahndungen wurden nach Angaben von Innenminister Dietmar Schlee (CDU) seit Juli 14 000 Personen und 49 000 Kraftfahrzeuge überprüft. Dabei wurden neun Personen gefaßt, nach denen aus anderen Gründen mit Haftbefehl gefahndet wurde. Ebenfalls keine Terroristenfestnahme, wohl aber zahlreiche Hinweise aus der Bevölkerung habe eine Fahndungsserie im November und Dezember 1986 in den Medien erbracht.

Abelerdo Collazo Araujo & Enrique Cerdan Calixto